Sonntag, 15. März 1925.

Einzelnummer 15 Groschen
mit illustrierter Beilage 30 Gr.

64. Jahrgang. Nr. 62.

erscheint
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Auf dem Wege zur Kulturautonomie.

Von Dr. Hermann Rauschning.

Das am 5. Februar von der estnischen Volksvertretung verabschiedete Gesetz über die Kulturautonomie der Minderheiten, dem in Lettland unlängst ein ähnliches, in mancher Hinsicht allerdings den Sinn verstümmelndes Gesetz gefolgt ist, zeigt in klarer Weise die Bahnen für eine gesunde Fortentwicklung auch unserer Volksgemeinschaft. Gegenüber dem Deutschtum in Estland stehen wir dabei empfindlich im Nachteil dadurch, daß unsere organisatorische Entwicklung durch polizeilichen Eingriff unterbrochen worden ist, und unsere Gemeinschaft nahezu aufgehört hat zu bestehen, während es dem baltischen Deutschtum vergönnt war, sich folgerichtig zu sammeln und organisatorisch zu entwickeln, so daß der nun infolge des neuen Gesetzes zu bildende kulturelle Autonomieverband lediglich als die gesetzmäßige Anerkennung einer organisatorischen Entwicklung erscheint.

Die bisher geleistete zielbewußte Organisationsarbeit des Deutschtums in Estland kann dabei auch für uns praktisch wertvolle Winke für den Wiederaufbau unserer Volksgemeinschaft geben. Wirft die Bewilligung der durch ähnliche Paragraphen der Verfassung wie in Polen zugesicherten Kulturautonomie in den kleinen Randstaaten schon ein etwas seltsames Licht auf die traditionelle Toleranz und Unionspolitik des soviel größeren Polen, so kann es für uns schlechterdings keinen Hinderungsgrund geben, unserer Volksgemeinschaft nicht, auf dem Boden der Verfassung bleibend, eine uns brauchbar erscheinende organisatorische Form zu geben. Auf die grundsätzliche Bedeutung der nun Gesetz gewordenen Kulturautonomie für die Entwicklung des nachversailler Europas wurde bereits von berufener Seite eingegangen. Es bleibt übrig, die für uns möglichen praktischen Schlüsse zu ziehen.

Die schweren Erschütterungen, die das baltische Deutschtum durch den Bolschewisteneinfall und die folgenden Kämpfe, sowie durch die nationale Politik der Esten und Letten erlitten hat, dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Die traditionellen Träger des Deutschtums, die vielfach noch altständische Formen aufwiesen, wurden zertrümmert, Gilden und Zünfte aufgehoben. Uebrig blieben Trümmer örtlicher Einzelvereine, die kaum geeignet schienen, dem Deutschtum einen künftigen Halt zu bieten. Da wurde in Estland der Verband der deutschen Vereine in Estland gegründet, der eine Spitzenorganisation darstellt und in 105 Einzelvereinen das gesamte deutsche Kultur- und Wohlfahrtswesen Estlands zentral zusammenfaßte. Die Mitgliederliste des Verbandes weist eine für uns sehr lehrreiche Zusammensetzung auf. Da erscheinen neben kulturellen Vereinen wie Schulvereine, gelehrte Gesellschaften, Theatervereine, Gesangvereine, kirchliche Vereine als innere Mission, evangelische Gemeindevereine, ferner Wohltätigkeitsvereine, aber auch Ansätze berufsständischer Vereinigungen wie Lehrervereine, Bruderschaft der Schwarzhäupter (Kaufmann), Handwerkervereine, und schließlich waren dem Verbande auch rein wirtschaftliche Institutionen angeschlossen, wie die Revaler Vorschuß- und Sparkasse, der Estnische Gewerbeverein. Daß die Landwirtschaft fast gar nicht in die Erscheinung tritt, liegt an der Vernichtung des deutschen ländlichen Besitzes.

Diese Verschiedenartigkeit der Mitglieder zeigt zweierlei. Einmal war der Verband — und das ist sehr beachtenswert — von unten auf durch Zusammenfassung bestehender und in einem bestimmten Arbeitsbereich und Ortsbezirk wurzelnder Vereine geschaffen worden, und nicht von oben herab durch Gründung von Ortsgruppen. Dann aber zeigt dies bunte Gemisch auch, daß der Verband tatsächlich das gesamte kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der Volksgemeinschaft umfassen sollte und daß bewußt die planmäßige Fürsorge für alle Arbeitszweige von einer ausgleichenden Stelle angestrebt wurde. Ausgeschlossen waren alle rein politischen Belange. So lautet denn auch das Statut des zur Zeit noch bestehenden Verbandes „die deutsch-baltische Volksgemeinschaft in Estland ist ein Kulturverband zum Zweck der Wahrung und Förderung der kulturellen, Wohlfahrts- und wirtschaftlichen Interessen der estländischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität."

Dem Verbande fehlte aber, und auch das zeigt die Verschiedenartigkeit der angeschlossenen Einzelvereine, ein klarer und folgerichtig durchgeführter Aufbaugedanke und war somit schließlich nur ein aus der Not des Augenblickes geborener Notbehelf. Die auch bei uns als höchst lästig in die Erscheinung getretene Vielfältigkeit der Vereine, die oft nur von lokaler Bedeutung waren, zeigte sich auch hier. Es war auf dieser Grundlage keine einheitliche Erfassung der Minderheit möglich, ebensowenig eine einheitliche Besteuerung. Das Vereinsbeitragwesen ersetzte notdürftig eine einheitliche Volksabgabe und belastete, wie bei uns, unverhältnismäßig hoch den Abgabewilligen zugunsten des national Gleichgültigen.

Von vornherein aber war das Ziel dieses Verbandes in einem kulturellen Autonomieverband, der die Pflege der Minderheitskultur und Wohlfahrtspflege zu einer Aufgabe der Minderheit selbst macht, aufzugehen. Das estländische Gesetz, das die Grundlage für einen solchen Verband abgibt, wurde vor kurzem veröffentlicht. Schon ein flüchtiger Blick zeigt, daß nur ein Teilgebiet der Aufgaben einer Minderheit herausgegriffen ist, daß wirtschaftliche Interessen, wie sie noch im Verbande mitvertreten wurden, ausgeschieden blieben, und daß somit der Autonomieverband eine gewisse Verengung dem früheren Verband gegenüber bedeuten wird. Dafür gewinnt er einen klaren Aufbaugedanken und die Möglichkeit großzügigerer Kulturpolitik.

Es war ein langer Weg von der Einreichung des ersten Entwurfes bis zum endgültigen Gesetz, das in dritter Lesung angenommen wurde. Die mehrfachen Aenderungen sind sehr lehrreich, aber ein näheres Eingehen auf Einzelheiten verbietet sich hier.

Ein Vergleich mit unseren Verhältnissen läßt nun unschwer das Gemeinsame wie das Trennende erkennen. Der Deutschtumsbund war aus der Entwicklung herausgerissen worden, von einem allgemeinen Verein mit lokalen Ortsgruppen zur Spitzenorganisation zusammengeschlossener großer Interessenverbände zu werden. Es wird also unsere Aufgabe sein, an Stelle des Deutschtumbundes und entsprechend seiner letzten inneren Entwicklung eine neue Organisation zu schaffen, die möglichst die Gesamtheit des Deutschtums klar und übersichtlich erfaßt, ohne das bisher Bestehende wieder umzuändern oder große kräftevergeudende leere Organisationsarbeit zu leisten, d. h. nach dem ökonomischen Grundsatz des geringsten Aufwandes zu verfahren. Und hier kommt man zu einem Punkt, wo eine berechtigte Kritik an dem Aufbau des estländischen Autonomieverbandes am Platz ist, wo aber auch die Besonderheit unserer deutschen Minderheit ihre Beachtung verlangt.

Das ist die soziale und wirtschaftliche Struktur unseres Deutschtums in Polen.

Das estnische Deutschtum ist in der Hauptsache der Rest einer sozial ziemlich einheitlichen Führerschicht. Von ihr ist der Grundbesitz (ca. 700 Güter) völlig vernichtet. Sie bleibt ein sozial gehobenes Bürgertum mit geringen Ansätzen des Handwerks, besonders zahlreichen Angehörigen akademischer Berufe. Beträgt doch zum Beispiel die gegenwärtige Zahl der deutschen Studierenden Estlands 527 auf eine Minderheit von etwa 30 000 Deutschen. Die Struktur unseres Deutschtums zeigt demgegenüber eine größere Differenzierung. Die Landwirtschaft, Großgrundbesitz und Bauerntum, ist der bei weitem stärkste Berufsstand in allen Teilgebieten. Ein der Zahl nach nicht mehr starkes Handwerk, Kleinindustrie und Kaufmannschaft, daneben in Kongreßpolen Arbeiterschaft und der Berufsstand der kaufmännischen Angestellten treten hinzu. Der Zahl nach treten Angehörige geistiger Berufe stark zurück. Hier gibt es bei uns einen ausgesprochenen Bedarf. In Polnisch-Schlesien ist die Differenzierung eine noch stärkere, zum Teil einseitige Industriebevölkerung, zum Teil, wie in Bielitz, verbunden mit altangesessenem, durchgegliedertem Bürgertum.

Hieraus folgt, daß die wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben bei uns nicht nur wesentlich vielfältigere sind als in Estland, wozu noch die Wesensverschiedenheit der vier Teilgebiete erschwerend hinzukommt, sondern daß auch der Organisationsgrundsatz ein klarer sein muß, wenn wir nicht ständig an inneren Schwierigkeiten kranken wollen.

Das Wesen des Autonomieverbandes ist, daß er die Pflege der eigenen Kultur in die Hände der Minderheit selbst legt, unter anteilmäßiger Zuwendung staatlicher Mittel für diese. Dem Autonomieverband ist als Ergänzung zu diesen staatlichen Mitteln das Selbstbesteuerungsrecht eingeräumt. Die Grundlage aber bildet das nationale Kataster. Dieses ist im wesentlichen eine mit staatlicher Unterstützung aufzustellende nationale Personalstands- und Steuerliste, in der jeder sich zur Minderheit Bekennende geführt werden muß. Damit wird der Beitritt zum Autonomieverband staatsbürgerliche Pflicht in dem Augenblick, wo sich jemand zur Volkskultur des Verbandes bekennt. Somit hört das verschämte Spiel auf, daß unsere Volksgenossen aus gewissen Rücksichten nicht der Volksgemeinschaft öffentlich beitreten wollen. Wer an den Institutionen der Volksgemeinschaft teilnehmen will (Kirche, Schule, Genossenschaft u. a.), der muß sich durch Willenserklärung zur Volksgemeinschaft bekennen und dem Verbande als Mitglied beitreten. Die Führung eines solchen Katasters verlangt einen klaren Aufbau. Doppelmitgliedschaften müssen vermieden werden. Die bisherigen Organe der Bildungs- und Wohlfahrtspflege müssen aufhören, zugleich die Organe kulturpolitischer Interessenvertretung sein zu wollen. Der Autonomieverband legt deshalb einen nach dem gebräuchlichen Wahlsystem örtlich gegliederten Aufbau fest. Das ist in dem sozial und wirtschaftlich leicht übersehbaren deutschen Volkstum in Estland möglich. Anders aber wird es für uns.

Die erwähnten Verschiedenheiten in unserer Struktur haben dazu geführt, daß sich bestimmte Berufsgruppen zu Verbänden zusammengeschlossen haben, die, aus natürlichen Bedürfnissen erwachsen, einen beträchtlich wirkenden eigenen Schwerpunkt haben und wesentlich stärker sammelnd wirken als rein kulturelle Vereine. Das lebenswichtigste Interesse ist das wirtschaftliche. Es gilt zunächst den Bestand der Volksgemeinschaft wirtschaftlich zu sichern und die Interessenkonflikte innerhalb der Gemeinschaft zu beheben. So liegt eine Spitzenorganisation der beruflichen Interessengruppen im Interesse unserer Volksgemeinschaft.

Es ergibt sich nun die Frage, ob wir durch die Gründung eines neuen Kulturvereins mit Ortsgruppen und Vertrauensmännern dieser berufsständischen Gliederung, der auch der Deutschtumsbund in seinem letzten Entwicklungspunkt Rechnung getragen hatte, entgegentreten wollen, oder ob sich nicht ein Weg zur Kulturautonomie finden läßt, indem wir grade die berufsständischen Interessengruppen zugleich auch zu Trägern einer Spitzenorganisation machen, der die Pflege der kulturellen Belange obliegt.

Eine solche Einfügung des Kulturverbandes in die berufsständische Gliederung des Volkstums ist nicht nur möglich, sondern würde eine ungleich rationellere Ausnutzung unserer Volkskraft bedeuten, wie sie die Wirkung eines solchen Verbandes steigern könnte.

Anstatt in einem Ortgruppensystem erfolgt alsdann die Führung des Katasters in den Berufsständen, durch sie erfolgte ebenso die Wahl in den Volkstag. Wichtig ist ferner folgendes: eine Nationalabgabe ist, wenn man einen großen Apparat vermeiden will, nur in Berufsverbänden eintreibbar. Diese Abgabe wird je nach Einkommen und Einkommensart gestaffelt sein. Solange daher die Nationalabgabe nicht durch den Staat als Zusatzsteuer erhoben wird, kann eine gerechte und den berufsständischen Interessen und Leistungsfähigkeiten entsprechende Auflage von der Volksgemeinschaft unabhängig von der Wirtschaftsverbänden nicht beschlossen werden. Das Wichtigste aber wird immer sein, daß wir in unserer Gemeinschaft die beruflichen, wirtschaftlichen Interessen nicht werden übersehen können, wenn wir überhaupt zu einem klaren Plan auch in unserer Kulturpflege kommen wollen. Nur auf dem Wege über den Berufsstand gelangen endlich auch die Persönlichkeiten in die Volksvertretung, die als wirkliche Vertreter größerer Gruppen auftreten können.

Um zum Praktischen überzugehen: die gegenwärtige Lage des Deutschtums in Polen ist im allgemeinen die des estnischen Deutschtums vor der Gründung des „Verbandes der deutschen Vereine". Sie hebt sich ab durch die Ansätze berufsständischer Gliederung in z. T. starken Berufsverbänden. Hier wäre der Punkt, wo mit einem Neuaufbau unserer Volksgemeinschaft begonnen werden könnte. Ohne größeren Zeit- und Kraftaufwand wäre zunächst für das ehemals preußische Teilgebiet durch Bildung einer gemeinsamen Spitze von Vertretungen der bestehenden Berufsverbände die wirtschaftlich-kulturelle Einheit der Leitung unserer Volksgemeinschaft zu ermöglichen und, wo solche Interessengruppen fehlen oder nur dürftig sind, sie zunächst unter Hervorhebung des wirtschaftlichen und beruflichen Interesses aufzuziehen. So gewinnen wir endlich auch den gesunden Aufbau einer Gemeinschaft von unten auf. Notwendig ist dabei die klare Unterscheidung zwischen solchen Vereinen, die lediglich Träger und Übermittler kultureller Bildung sind, und den großen berufsständischen Vereinen. Nur letztere können Träger kultur- und wirtschaftspolitischer Willensbildung sein. Hier war die Lücke in der deutsch-estnischen Organisation. Machen wir zum Grundsatz: jeder Deutsche gehört in eine berufliche Interessenvertretung, so haben wir bei der Durchführung und Bildung einer gemeinsamen Spitze eine klar gegliederte Gemeinschaft.

Unsere Organisation berufsständisch aufzuziehen, wird daher die Aufgabe der kommenden Zeit sein müssen, ganz gleichgültig, ob zunächst die Möglichkeit besteht, ihr die Gestalt eines Autonomieverbandes geben zu können. Zwar ist das Ziel unserer Organisation die Pflege unserer Kultur; diese aber wird allein niemals tragfähig genug sein, auch die Grundlage für die Organisation selbst zu bilden.

Das Konkordat im Parteienstreit.

Die Linke gegen die Ratifizierung. — Wenig Freude. — Die Nationaldemokratie macht sich gegenseitig Vorwürfe. — Etwas von geheimnisvollen Dingen. — Die Folgen der Bestimmungen und die Geistlichkeit. — Neue Projekte zur Ausarbeitung.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Es kann nun als sicher gelten, daß die Linke des Sejm gegen das Konkordat stimmen wird. Die Sozialisten haben aus prinzipiellen Gründen gleich von vornherein das Konkordat abgelehnt, da sie die Trennung von Kirche und Staat zu den Grundlagen ihrer Anschauungen zählen. Dagegen konnte es einigermaßen überraschen, daß die Partei der kleinen, meist äußerst strenggläubigen Bauern, die „Wyzwolenie" sich gegen das Konkordat in der jetzigen Form erklärt. Ihr geht die Entäußerung von Kirchengut, die das Konkordat ausspricht, nicht weit genug. Statt 15 bis 30 Hektar will die Wyzwolenie den 6 bis 10 Hektar lassen und den Bischofssitzen, statt der vom Kondordat bewilligten 180 Morgen nur 60, also um 10 Hektar weniger wie selbst das demagogische von Poniatowski vorgeschlagene Gesetz den privaten Grundbesitzern lassen will. Die Minderheiten, Ukrainer, Weißrussen und naturgemäß die Juden, haben wenig Interesse am Konkordat. Aber auch die Deutschen können das Konkordat kaum mit besonderer Freude hinnehmen. Es enthält Bestimmungen, die es der Regierung und den polnischen streitbaren Geistlichen leicht machen, einen deutschen Geistlichen zu verdrängen, denn die dehnbare Bestimmung, daß die Behörden, die Verdrängung eines ihr unliebsamen deutschen Geistlichen, unter dem Vorwand fordern kann, er arbeite gegen die Interessen des polnischen Staates, kann bei jeder Gelegenheit angewandt werden, auch dann, wenn der deutsche Geistliche lediglich religiöse oder kulturelle deutsche Einrichtungen und Rechte der Deutschen in Polen zu seinem Gewissen entsprechend und den Verträgen getreu schützt.

Aber auch innerhalb der Parteien der Rechten ist, wenn auch nach außen hin weniger sichtbar, ein Kampf wegen des Konkordats entstanden. Nur durch einen Zufall hat die Außenwelt von diesem Kampf unter Brüdern Kenntnis erhalten. Ein Krakauer nationalistisches Blättchen erhob plötzlich gegen den Posener Prälaten, Senator Adamski, den Vorwurf, daß er und die Posener Gruppe das Konkordat umzuwerfen suchten, indem er seinen Anhängern angeraten habe, während der Abstimmung über seine Annahme, den Saal des Sejm zu verlassen. Hierüber geriet nun der christlich-demokratische „Głos Narodu" ganz aus dem Häuschen, und begann zu drohen. **„Wenn uns wirklich die National-Demokraten zum Reden zwingen,"** so schreibt das Blatt, **„dann werden wir aus der Schule schwätzen, und erzählen, welche Absichten und Ziele eigentlich der Abgeordnete Grabski als Vertrauensmann der National-Demokraten hinsichtlich der Besoldung und der Pensionierung der Geistlichkeit hatte."** Und so hören wir, daß Herr Grabski tatsächlich in der Lage gewesen wäre, für die Geistlichen der Parafien und die Seminarprofessoren bei weitem bessere Besoldungsbedingungen herauszuholen, als sie nun im Konkordat festgesetzt worden sind. Und zudem waren diese Sätze schon vor Jahr und Tag von der Regierung in Aussicht genommen worden.

Der „Głos Narodu" erhebt nun gegen den polnischen Unterhändler Grabski den direkten Vorwurf, daß er im Gegensatz zu den Absichten der Regierung auf **eine Proletarisierung der Parafialgeistlichkeit hingearbeitet habe!** Und als der „Głos Narodu" dem nationaldemokratischen Krakauer Blättchen den Ofen noch mehr einheizte, antwortete dieses, ob denn der „Głos Narodu" nicht das Memorandum kenne, das Adamski dem Nuntius Lauri überhändigt habe. Nun wohl, aus dem Streit ergibt sich das eine, **daß das Konkordat und seine Vorgeschichte mit einer Reihe von Geheimnissen umgeben ist, die zu kennen nicht überflüssig wäre.** Die große Besitzentäußerung, die das Konkordat für die gesamte höhere und niedrigere Geistlichkeit Polens vorsieht, ist überhaupt nur möglich gewesen durch den patriotischen großen Verzichtbeschluß, den die Bischöfe ausgesprochen haben, als es zum ersten Male galt die Ackerbau- und Parzellierungsgesetze ins Leben zu rufen. Wenn sie wirklich im Sinne des Konkordates ausgeführt werden, so kann man die Verarmung zahlloser geistlicher kultureller und sozialer Institute erwarten, und auch die Geistlicheit selbst wird sehr unter den Folgen der Konkordatsbestimmungen zu leiden haben, falls wirklich der Staat an die Parzellierungen herantritt. Hieran ist ja noch einstweilen zu zweifeln. Interessant ist es nun, daß die Rechte, an Hand der Vorschläge des Berichterstatters Dubanowicz (übrigens des entschlossensten Großgrundbesitzers und Gegners der Parzellierung) eine Reihe von Resolutionen vorlegt, die die Folgen des Konkordates ein wenig abschwächen sollen. Hiernach soll für die Besoldung nicht die im Annex zum Konkordat angegebene Staffelung maßgebend sein, sondern die von der Regierung im Jahre 1923 ausgearbeitete Besoldungsliste. Dann solle, bevor zur Parzellierung von Kirchengut geschritten wird, zunächst einmal ein genaues Projekt ausgearbeitet werden, das für solche Diözesen, in denen sich Kirchengüter befinden, nachweisen muß, ob die vorhandenen Ländereien überhaupt zur Besoldung der Geistlichkeit und Durchführung des Kirchendienstes genügen. Dann soll ein Projekt ausgearbeitet werden, wonach die Kirche für die zu Gunsten des Staates aufgehobenen Einkünfte entschädigt wird. Und endlich soll für Regierungsgüter, auf denen Servitute aus Messelegaten oder des „Onus fabricae" ruhen, nur dann von diesen Servituten befreit werden, wenn ein ausgleichender Fonds geschaffen worden ist, aus dem diese Verpflichtungen bestritten werden. Alles das sind Dinge, die es klar erscheinen lassen, daß die Raitfizierung des in Rom abgeschlossenen Konkordates durch den Sejm keine so einfache sein wird.

Wie das Paulinum übernommen ward.

„Wir erkennen das Pariser Schiedsgericht nicht an!"

Nachstehend bringen wir eine genaue Schilderung der Übernahme des Paulinums von maßgebender Stelle, ohne uns näher darüber zu äußern.

„Am 12. März, nachmittags gegen 5 Uhr, nachdem bereits das Bureau geschlossen war und ich mich zum Weggehen fertiggemacht hatte, erschienen sechs Herren, die ohne Anmeldung das Geschäftszimmer, Przemysłowa 15 II, betraten. Innerhalb der Räume stellten sie sich mir namentlich vor, sagten aber erst, als sie in meinem Bureauraum angekommen waren: „Sie werden ja wissen, Herr Pastor, weshalb wir hier sind." Als ich keine Antwort gab, sagten sie: „Wegen der Liquidation; wir wollen das Paulinum jetzt übernehmen." Zwei der Herren stellten sich als Mitglieder des Posener Magistrats vor, die übrigen vier, darunter Herr Krzywon und Herr Nikodem, als Mitglieder des polnisch-evangelischen Vereins. Einer der vier Herren wurde vorgestellt als jetziger Leiter des Paulinums. Unterdessen kam ein Herr, der sich als Pastor Kotula vorstellte. Ich hatte Frl. Bolte und Frl. Rhode gebeten, der Unterredung als Zeugen im Nebenzimmer beizuwohnen. Die Herren erklärten nun folgendes: „Wir sind hier, um das Paulinum zu übernehmen, und möchten über die Aufnahme ein Protokoll abfassen." Ich: „Ich bin nicht in der Lage, ein Protokoll zu unterschreiben, **da auf Grund der einstweiligen Verfügung des Gemischten Schiedsgerichts in Paris die Rechtslage eine durchaus veränderte ist.** Außerdem bin ich nur Vertreter des Herrn Pfarrer Kammel."

Es entspann sich daraufhin über die Frage der Vertretung und des Eigentümers eine Diskussion, die damit endete, daß die Herren an die Abfassung eines Protokolls gingen, das ich unterschreiben sollte. Ich erklärte nochmals, das nicht zu tun auf Grund meiner eben geschriebenen Rechtsauffassung. Als ich konsequent verweigerte, das Protokoll zu unterschreiben, versuchten die sechs anwesenden Herren (Herr Kotula hatte sich inzwischen wieder entfernt), das Protokoll in meiner Gegenwart abzufassen, und gaben mir anheim, gegen das Protokoll zu protestieren, ließen aber die Auffassung durchblicken, daß durch die Abfassung des Protokolls auch ohne meine Unterschrift die Übernahme des Paulinums rechtsgültig erfolgt sei, sofern ich nur gegenwärtig sei.

Herr Krzywon sagte: „Ob Sie unterschreiben oder nicht, ist uns ja ganz gleichgültig und ändert an der Sache nichts. **Wir übernehmen hierdurch einfach das Paulinum.**" Daraufhin erklärte ich, daß ich auch bei der Abfassung des Protokolls nicht zugegen sein werde, und protestierte nachdrücklich gegen ein Verbleiben der Herren in den Mietsräumen der Inneren Mission nach meinem Weggehen. Ich äußerte: „Auf Grund der gegebenen Rechtslage betrachte ich mich in Vertretung Pfarrer Kammels in diesen Räumen als Hausherr. Außerdem unterlägen diese gemieteten Räume dem Mieterschutzgesetz, und im übrigen könnte ich die ganze amtliche Handlung der Übernahme nicht als zu Recht bestehend anerkennen." Die Herren antworteten, sie seien verpflichtet, die Übernahme heute zu tättigen, und sie blieben auch in meiner Abwesenheit trotz meines Protestes in diesen Räumen, denn das Paulinum gehöre jetzt ihnen, und sie seien hier im Paulinum. Ein Herr, der künftige Verwalter, werde überhaupt gleich dauernd hier bleiben. Ich sagte: **„Von einer Pflicht kann hier wohl keine Rede sein; Sie können das tun auf Grund ihrer Auffassung, aber Sie müssen es nicht tun, und wenn Sie es trotzdem tun, müssen Sie sich über die Folgen im Klaren sein."** Ich fragte darauf die Herren: **Sie erkennen also das deutsch-polnische Schiedsgericht in Paris überhaupt nicht an?** Und ist der Spruch dieser Behörde überhaupt für Sie nicht maßgebend? Ich frage Sie ausdrücklich, meine Herren, vor diesen anwesenden Zeugen." Darauf antwortete der Wortführer, m. W. Herr Nikodem, und noch ein anderer:

„Nein, wir erkennen das Schiedsgericht in Paris nicht an!"

Ich: „Nach dieser klaren Antwort erübrigt sich ja jede Diskussion." Die Herren machten mich auf die Folgen meines Verhaltens aufmerksam und eröffneten mir, daß sie das Inventar aufnehmen und daß am 22. März die Exmission erfolgen würde. Gegen die Inventaraufnahme protestierte ich (sie erfolgte noch nicht), die zweite Erklärung erklärte ich darauf, nicht zur Kenntnis nehmen zu können. Der Wortführer der polnischen Herren, Herr Nikodem, drohte im Anfang der Verhandlungen auf meine Weigerung, bei der Übernahme mitzuwirken, **die Übernahme mit Hilfe der Polizei zu bewerkstelligen.** Ich stellte ihnen dies anheim. Als er später in drohendem Tone auf die Folgen meiner Verweigerung der Unterschrift des Protokolls, der Gegenwart bei der Inventaraufnahme usw. aufmerksam machte, stellte ich ihnen nochmals anheim, die Polizei zu holen, mit der Begründung, dadurch würde die Sache doch am klarsten und einfachsten geregelt werden. Herr Krzywon sprach darauf: **„Das könnte Ihnen passen; diesen Gefallen werde ich Ihnen nicht tun,"** und sprach etwas von lächerlichem Verhalten. Es entspann sich darauf eine persönliche, scharfe Debatte zwischen Herrn Krzywon und mir. Ich verbat mir das Lächeln und gab der Auffassung Ausdruck, daß die Unterhaltung sich doch in der zwischen gebildeten Menschen üblichen Form bewegen müsse.

Ich fragte die Herren darauf noch einmal in aller Form: **„Können die Herren es vor dem Gesetz, vor der öffentlichen Meinung und vor ihrem eigenen Gewissen verantworten, nach meinem Weggehen hier in fremden, gemieteten Räumen zu schalten und zu walten?"** Sie antworteten mit der stereotypen Redensart: **„Das Paulinum gehört uns, und hier ist auch Paulinum."** Im Laufe des Gesprächs äußerte ich auch, daß die einstweilige Verfügung meines Wissens bereits in Händen des polnischen Vertreters beim Pariser Schiedsgericht sei und daß sie infolgedessen in kürzester Zeit auch in Händen der Liquidationsbehörde sein werde. Herr Krzywon antwortete: „Kennen Sie die einstweilige Verfügung? Ich glaube nicht an sie. Ich bezweifle, daß sie da ist." Mit den Worten: **„Ich protestiere ausdrücklich dagegen, daß Sie in meiner Abwesenheit sich in diesen Räumen aufhalten,"** verließ ich in Begleitung von Frl. Bolte und Frl. Rhode die Räume der Inneren Mission, bat aber Herrn Torno, der einem großen Teil des Gesprächs als Zeuge beigewohnt hatte, in den Räumen zu bleiben, bis die Herren weggegangen seien. Als ich im Laufe des Gesprächs auch auf die Folgen der öffentlichen Meinung aufmerksam machte, sagte Herr Krzywon: **„Das ist die öffentliche Meinung, wie Sie sie hinstellen."**

Ich bin bereit, oben gemachte Angaben auf meinen Eid zu nehmen.

Herr Torno berichtete mir, daß nach meinem Weggehen die Herren noch etwa 45 Minuten in den Räumen der Inneren Mission sich aufhielten. Aus den bei dieser Gelegenheit gefallenen Bemerkungen wurden mir folgende durch Aussagen des Herrn Torno bekannt: „Die Aufregung des Vertreters der Inneren Mission sei ja natürlich, wenn man überrumpelt wird (zaskoczono). **Nach zehn Tagen käme ja doch die Exmission, und in diesem Falle würden sie Herrn Schletz zuerst hinauswerfen."**

Die Herren gingen dann nach unten und verlangten von Herrn Assessor Stiller, daß der Verwalter hier übernachten könne. Der Verwalter machte aber hiervon keinen Gebrauch.

Die Herren hatten auch meinen Namen festgestellt.

Zu Herrn Assessor Stiller äußerten die Herren: **„Zu verhandeln gäbe es überhaupt nichts mehr, denn die Übernahme sei bereits vollzogen."**

Posen, ul. Przemysłowa, den 12. März 1925.

gez. Fr. Schletz, Pfarrer."

Danzig-Polen vor dem Völkerbundrat.

Polnische Meldungen.

Die polnische Telegraphenagentur meldete am Freitag um 6 Uhr 35 Min. abends: „Der Völkerbundsrat beendigte eben die Erörterung der ersten Danziger Fragen. Polen war durch Minister Skrzyński vertreten. In Sachen der Staatlichkeit hob der Rat die Entscheidung des Hohen Kommissars auf. Danzig wurde endgültig als **„Freistadt"** im Versailler Vertrage bezeichnet. In der Angelegenheit der Post wurde beschlossen, die Entscheidung bis zum Juni zu vertagen und den Haager Schiedsgerichtshof um sein Gutachten zu bitten.

Bis zurzeit der Herausgabe einer endgültigen Entscheidung durch den Völkerbundsrat bleiben die polnischen Briefkästen an Ort und Stelle und der Postverkehr wird ungehindert vor sich gehen. Im weiteren Verlauf der Sitzung, wo Polen durch den Minister Straßburger vertreten wurde, beschloß der Rat: 1. einen neuen Präsidenten des Hafenrates zu ernennen —, bis zur Übernahme der Amtsgeschäfte durch denselben wurde beschlossen, das Mandat de Reyniers zu verlängern; 2. das Gutachten der Juristen in Sachen der Eisenbahndirektion zur Kenntnis zu nehmen und den Parteien Verhandlungen über ihre Belassung in Danzig, 3. ferner eine Teilung des Weichsel-Fuhrparks zwischen Polen und dem Hafenrat zu empfehlen, 4. in Sachen der Hafenpolizei die Vorschläge des Vorsitzenden des Hafenrates zu bestätigen in der Schaffung eines besonderen Polizeikorps mit weiß-rotem Abzeichen und eines polnischen Verbindungsoffiziers; 5. die Inkompetenzen des Hohen Kommissars in Sachen der Verteilung vom Eigentum von öffentlich-rechtlichen Institutionen zu erklären, und 6. den Appell Danzigs gegen die Entscheidung des Hohen Kommissars über die Unterwerfung der Freistadt unter die polnische Zollgesetzgebung abzulehnen.

Eine weitere Meldung der polnischen Telegraphenagentur aus Genf lautet: „Gemäß den in der Danziger Frage vom heutiden Völkerbundsrat gefaßten Beschlüssen muß betont werden, daß die Entscheidung in Sachen der Eisenbahndirektion eine Juristenentscheidung von ausschließlich rechtlichen Kennzeichen ist, während technisch der Rat, indem er beiden Seiten die Erlangung einer Verständigung über die Unterbringung der Eisenbahndirektion antrug, eigentlich die Anschauung des Hohen Kommissars Mac Donell teilte, der in der Zeit der Diskussion über diese Angelegenheit in der heutigen Sitzung erklärte, daß die Verlegung der polnischen Eisenbahndirektion aus Danzig eine Niederlage für die Freistadt wäre. In Sachen der Zölle muß bemerkt werden, daß die Angelegenheit nach 4 Jahren des Konflikts erledigt wurde. Es wurde eine Entscheidung getroffen, die eigentlich formuliert, daß Danzig gegenwärtig die polnischen Zollmaßnahmen ausführen soll, und nicht nur Einfuhr-, sondern auch Ausfuhrzölle erheben muß, wogegen es bisher kämpfte. In Sachen der Polizei ist daran zu erinnern, daß Danzig überhaupt gegen die Bildung einer Hafenratspolizei war und, als die Angelegenheit grundsätzlich entschieden wurde, sich gegen die Absonderung irgend eines Territoriums und dessen Übergebung für die Tätigkeit der Hafenpolizei wehrte. Auch in diesem Falle hat die heutige Entscheidung des Völkerbundsrates die polnische These unterstützt.

In Ergänzung der Berichte über Danziger Fragen werden folgende allgemeinen Eindrücke mitgeteilt: Die Debatten weckten Interesse und machten nicht den Eindruck geringfügiger Konflikte zwischen Danzig und Polen, sondern hatten infolge der Fassung der Gesamtgestalt in den Angelegenheiten in der Anfangsrede des Minister Skrzyński grundlegenden Charakter und stellten unsere Notwendigkeit des Zugangs zum Meere und die Schwierigkeit der in dieser Frage durch die allgemeine Politik Danzigs geschaffenen Lage fest.

Eine Bitte oberschlesischer Rekruten.

Im „Oberschlesischen Kurier" findet sich ein „Eingesandt" oberschlesischer Rekruten, die, weil sie jetzt eingezogen werden sollen, arbeitslos geworden sind. Wir bringen dieses „Eingesandt" als ein Bild aus Oberschlesien. Es heißt darin:

„Seit Monaten sind wir zukünftige Rekruten, die wir unserem Vaterlande dienen sollen, arbeitslos. Und wie sieht unser Magen leer und düster aus, wie unsere Kräfte durch all die minderwertige Ernährung. Können wir noch an all die Strapazen, die uns beim Militär bevorstehen, denken, doch nur mit Grausen. Denn durch die schwere Zeit ist man bereits matt und mutlos geworden. Wir sind gewillt, als gute Patrioten unserm Vaterlande zu dienen, doch fürchten wir, daß wir Arbeitslose uns durch die Schlappheit sehr strenge Verweise bei unserm Vorgesetzten holen werden. Es gibt aber noch einen Ausweg, und zwar bitten wir die Herren Stadtväter, uns schnelle Hilfe angedeihen zu lassen und uns einen Vorschuß auf ein paar Wochen im Voraus auf unsere Unterstützung zu gewähren. Man könnte ein paar Tage wenigstens wieder besser essen, und wir glauben, damit wäre uns und dem Vaterlande viel geholfen. Wir appellieren an unsere Bevölkerung, uns durch Fürsprache zu einer Unterstützung zu verhelfen, denn wir wollen nicht Hurra schreien, wenn wir nach getanem Dienst zum Essenempfang geführt werden, sondern wollen im Dienste zeigen, daß der oberschlesische Rekrut seinen Mut behalten hat. Es wird ein jeder verstehen, daß man für die Reise Koffer, Wäsche, Lebensmittel und anderes dringend braucht, doch woher nehmen? Für die 9 Złoty, die man wöchentlich erhalten hat, konnte man kaum den notwendigsten Lebensunterhalt beschaffen. Vergönnt uns wenigstens ein paar Złoty für ein Taschentüchlein, um unseren lieben Angehörigen die Tränen zu trocknen, denn so mancher Vater und Bruder zog anno dazumal zum Militär, aber noch nie mit leerem Magen und leeren Taschen, wie wir zukünftige Rekruten es tun müssen. **Mehrere arbeitslose Rekruten aus Krol.-Huta."**

Republik Polen.

Dichtung und Wahrheit.

Die „Gazeta Warszawska" schreibt in einem Leitartikel, daß in der gegenwärtigen Phase der Verhandlungen über den Sicherheitspakt es im Interesse Deutschlands liege, den schlechten Eindruck zu verwischen (!). Hingegen liege es im Interesse Polens, daß sich die polnische Meinung über die Lage genaue Rechenschaft ablegte (!). Es sei Tatsache, daß die Deutschen nach der Revision des Versailler Vertrages streben, ebenso wie die egoistischen Beweggründe der englischen Politik, wogegen Entrüstung nichts auszurichten vermöge, Tatsache seien. Die Presse müßte die Bevölkerung gebührend informieren und als Werkzeug der polnischen Diplomatie dienen.

Liquidationsbesitzer.

Die „Agencja Wschodnia" meldet, daß der der Liquidation unterliegende Gutsbezirk Stablewice im Kreise Culm, Besitz des Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg, in polnische Hände übergegangen ist. Die dazu gehörigen Vorwerke Stablewice, Gołoty, Bagart und Bolumin hat in einem Gesamtumfang von 2473 Hektar Adam Szczerbiński aus Rudnik für 400 000 Dollar und das Vorwerk Zygląd mit einem Umfang von 573 Hektar der Abgeordnete Jerzy Zdziechowski aus Warschau für 100 000 Dollar erworben. Den Liquidationsbesitz in Wielkie Gronowo im Kreise Mewe, Umfang 83 Hektar Besitzer Werner Unkrieg, hat Leon Morawski gekauft. Die betreffenden Kaufkontrakte sind vom Liquidationskomitee bereits bestätigt worden.

An die Adresse des Gemischten Schiedsgerichtes.

Ansichten eines „genialen Juristen".

Im „Kurjer Poznański" finden sich folgende beiden Artikel:

„Im Gemischten Schiedsgerichtshof in Paris haben die Deutschen bisher gegen den polnischen Staat tausend und einige hundert Angelegenheiten für die Gesamtsumme von 300 und einigen 10 Millionen Złoty anhängig gemacht. Wenn der Schiedsgerichtshof zu dieser ungeheuren Summe verurteilen sollte, und wir sie zahlen müßten, dann würde **unsere ganze Sanierung der Finanzen zunichte werden.**

Zum Glück sind es so grundlose Angelegenheiten, daß ich trotz meines ganzen Mißtrauens gegenüber internationalen Institutionen nicht denke, daß uns eine solche Katastrophe drohen könnte. Unter diesen Angelegenheiten nehmen die Liquidationsangelegenheiten die erste Stelle ein. Die Deutschen haben beschlossen, sie alle vor den Gemischten Schiedsgerichtshof zu bringen, sogar solche, die keinen Anlaß zur Klage geben. Den Lenkern unserer Liquidationsaktion schien es zu dünken, daß, wenn sie die gelindeste Liquidationsweise anwenden würden, die darauf beruht, deutschen Bürgern freiwilligen Verkauf ihrer Güter zu gebieten, die Deutschen keinen Anlaß haben würden vor dem Gemischten Schiedsgerichtshof zu klagen, und die polnische Regierung in Zukunft langwierige Konflikte auf internationalem Boden vermeiden würde. Man täuschte sich ferner damit, daß die Furcht vor einer zwangsweisen Enteignung die Deutschen bewegen würde, ihre Güter freiwillig loszuwerden, daß sie das Damoklesschwert sein würde, das ständig über ihren Köpfen hänge, um ihre Herzen mit Furcht und Schauder zu erfüllen.

Es stellte sich heraus, daß es Illusionen waren; das Damoklesschwert hat so lange ohne jeden Schaden über den deutschen Köpfen gehangen, daß es aufhörte, irgend welchen Eindruck zu machen. Die von ihm Bedrohten hörten nicht nur auf, es zu fürchten, sondern begannen sich offen darüber lustig zu machen. (!) Die Beschwerden dagegen gingen fortwährend nach dem Gemischten Schiedsgerichtshof, ganz gleich, ob der Deutsche sein Gut freiwillig verkaufte oder ob das Gut zwangsweise liquidiert wurde.

Der größte Stein des Anstoßes für die Deutschen sind die Restriktionen des Liquidationskomitees in bezug auf die Person der neuen Käufer, von denen verlangt wird, daß sie nicht staatsfeindlich gesonnen sind. Die Deutschen behaupten, daß das Komitee, indem es von den neuen Käufern staatliche Loyalität verlangt, damit von der Zahl der Reflektanten eine Menge von sehr vermögenden Personen — lies: Deutsche — beiseite geschoben wird. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, daß jeder der hiesigen Deutschen, selbst wenn er kein persönliches Gut besäße, jegliche Mittel fände, liquidierte Güter zu erwerben; er würde sie auf der anderen Seite der Grenze finden. Denn wenn die Deutschen kein Geld haben, Frankreich die Entschädigung zu zahlen, so würden sie es sicherlich dazu finden, den deutschen Besitzstand in den zeitweilig „annektierten" Provinzen aufrecht zu erhalten.

Aber das bezweckten wohl nicht die Verfasser des Versailler Vertrages, als sie in ihm die Bestimmungen über die Liquidation unterbrachten. Das Hauptziel, wenn nicht das alleinige Ziel, war die Entdeutschung des Landes, das mit Gewalt im Verlauf von 150 Jahren germanisiert (!) wurde. Dieses Ziel kann man nur dadurch erreichen, daß man an die Stelle der Deutschen Polen ansiedeln wird. Hierbei handelt es sich nicht um die Staatszugehörigkeit, sondern um die Nationalität. Was hat man davon, wenn ein Gut, ein Haus, eine Fabrik und dergl. aus der Hand eines verbissenen Hakatisten, der deutscher Bürger ist, in die Hand eines Hakatisten kommt, der zufällig das polnische Staatsbürgerrecht hat! Wenn nicht Schulz, dann Müller. Das Land wird dadurch nicht entdeutscht. Die vertraglichen Bestimmungen über die Liquidation hätten dann nicht den geringsten Sinn. Deshalb sind die daraus hervorgehenden deutschen Ansprüche unbegründet.

Aber außer den Klagen, die direkt oder indirekt mit der Liquidation verbunden sind, die also wenigstens formell der Kompetenz des Gemischten Schiedsgerichtshofs unterliegen, überschütten die Deutschen den Schiedsgerichtshof mit ganzen Massenbeschwerden der Art, daß ihr Wortlaut und ihre Begründung jeden unvoreingenommenen Juristen (Herr Kierski rechnet sich also auch zu den „Unvoreingenommenen"! Red. Pos. Tagebl.) in Erstaunen setzen müssen. Da sind Angelegenheiten, die nichts gemein haben mit der Liquidation, die im Versailler Vertrag vorgesehen ist. Denn keiner der Klagenden ist zur Liquidation qualifiziert worden. Es gab kein Liquidationsverfahren, und es wurde keine Entschädigung im Liquidationsverfahren festgesetzt. Das sind gewöhnlich Zivilrechtskonflikte, die der allgemeinen Landesgerichtsbarkeit unterliegen und sich ergeben aus den Zivilrechtsverhältnissen zwischen dem Staatsfiskus und Personen deutscher Nationalität. Als typisches Beispiel führe ich Angelegenheiten von Domänen und Ansiedlungen an. Bei ersteren handelt es sich darum, ob die früheren preußischen Mietskontrakte den polnischen Staat verpflichten oder nicht, und ob die polnische Regierung das Recht hat, zur Deckung der von den Pächtern angerichteten Schäden Inventar zu behalten. (Großartig! Red. Pos. Tagebl.) In den anderen Fällen verlangen die Kolonisten vom polnischen Staat Entschädigung für die Vertreibung aus ihren Ansiedlungen, die sie ohne jeglichen Rechtstitel im Besitz hatten. (Wundervoll! Red. Pos. Tagebl.)

Die Deutschen verstehen sehr wohl, daß solche Angelegenheiten nicht der Kompetenz des Gemischten Schiedsgerichtshofs unterliegen, und deshalb haben sie, um ihre Berufung an den Schiedsgerichtshof einigermaßen zu begründen, einen ganz neuen, im Versailler Vertrag unbekannten Begriff: „Maskierte Liquidation" („Liquidation déguisée") konstruiert; ein überaus dehnbarer Begriff, und bei gutem Willen, der im gegebenen Falle den Deutschen nicht fehlt, kann man ihn überhaupt auf alle Konflikte und alle deutschen Ansprüche an den polnischen Staat ausdehnen. Also sind die Angelegenheiten der Domänen — maskierte Liquidation. Die Angelegenheiten der Ansiedlungen sind auch — maskierte Liquidation. Die Beschlagnahme geschmuggelter Waren ist — maskierte Liquidation. Noch einen Schritt weiter, und der deutsche Handwerker, der bei einem Diebstahl auf frischer Tat ertappt wird, tritt mit einer Klage hervor darüber, daß man ihm Diebsgeräte liquidierte. (Geradezu genial ist diese Auffassung! Red. Pos. Tagebl.)

Indem die Deutschen mit diesem neuen Begriff jonglieren, den sie entdeckten, haben sie beim Gemischten Schiedsgerichtshof 158 Klagen eingereicht — von denen die Mehrzahl jetzt erörtert werden wird — auf Entschädigung für den Bruch von Pachtkontrakten und die Einbehaltung von Inventar. Wenn jemand von ihnen auf Grund eines Gerichtsurteils von den Domänen vertrieben wurde, dann hat er sich nicht allzu sehr angestrengt, die eingereichte Klage zu begründen; der Kontrakt ist gebrochen worden, das Inventar wurde ihm genommen, man ließ sich eine maskierte Liquidation zu schulden kommen, — also steht ihm von der Regierung eine Entschädigung zu. Eine Rechnung, die aus der Luft gegriffen ist: Ich hatte so und so viel Pferde, Rinder, Schweine, Hühner, Enten usw. (Im sonderbaren Zusammentreffen der Umstände waren die angegebenen Zahlen immer größer als in der Wirklichkeit.) (!) Die Zuständigkeit für sie beträgt so und so viel Schweizer Goldfrank, für totes Inventar so und so viel, eingebüßter Gewinn für die übrigen Pachtjahre wieder eine phantastische Summe, Umzugskosten — ständig 10 000 oder 12 000 Goldfrank. Im ganzen — eine Lappalie! Eine halbe Million, eine Million oder auch mehr Schweizer Goldfrank! (Ein Beweis für das Vertrauen zur neutralen Nation!)

Sonderbar, daß kein Kläger sich die Mühe machte, irgend welche Beweise zu erbringen (So? Red. Pos. Tagebl.), die, wenn auch annähernd, die Höhe der in der Klage verlangten Summe rechtfertigten. Alle Klagen wurden gleichmäßig abgefaßt und auf gleichen Formularen eingereicht, die in französischer Sprache gedruckt waren. Augenscheinlich glaubten selbst die Deutschen nicht, daß der Gemischte Schiedsgerichtshof sich ernsthaft mit diesen Angelegenheiten befassen würde.

Schlimmer war es, wenn irgend ein Deutscher die Pacht freiwillig abtrat. Woran sollte man sich in solchem Falle klammern? Und wie die Berufung an den Gemischten Schiedsgerichtshof begründen? Du hast abgetreten und hast das Geld dafür genommen — was willst du also noch mehr?

So möchte es scheinen, aber wozu ist denn da die deutsche Erfindungsgabe?

Ja, das stimmt. Ich habe verkauft, ich habe das Geld bekommen, aber das eine wie das andere tat ich unter dem Einfluß eines unwiderstehlichen moralischen Zwanges. Man schikanierte mich auf Schritt und Tritt. Man drohte, und man brachte mich schließlich in einen solchen psychischen Zustand, daß ich, um den Rest des Gutes und vielleicht auch das Leben zu retten, die Pacht für einen Spottpreis dem ersten besten Polen abtrat, der mir zu Gesicht kam.

Und ein anderer beklagt sich, daß das Kohlenamt ihm nicht die Menge Kohlen zugewiesen habe, die er verlangte, und sieht darin eine Schikane, die ihn dazu gezwungen hat, die Pacht abzutreten. Und wieder ein anderer erzählt, daß man ihn zwecks Entfernung aus der Domäne in Konzentrationslager internierte, obwohl er sehr wohl weiß, daß dies allein auf Grund nachgewiesener Ränke mit dem Feinde während des großpolnischen Aufstandes geschah. Andere breiten sich über Machenschaften von Wojewodschaftsämtern aus, die ihnen angeblich die Anwendung der Liquidation androhten, wenn sie nicht ihre Pacht an von den Ämtern bezeichnete Personen abtreten wollten. Es sind da eigentlich auch solche, die überhaupt nichts erwähnen von freiwilliger Abtretung ihrer Pachten, sondern von der polnischen Regierung volle Entschädigung dafür verlangen, wofür sie von den neuen Pächtern bereits Geld erhielten. (!)

Auch die deutschen Ansiedler verlangen im Gemischten Schiedsgerichtshof Entschädigung für das Inventar, das sie vor der Abreise nach Deutschland an Ort und Stelle zu hohen Preisen verkauften. Die polnischen Behörden behielten nämlich solch Inventar nicht, indem sie anerkannten, daß es unbestrittenes Eigentum der Ansiedler bildete, und letzteren gestatteten, darüber nach eigenem Ermessen zu verfügen.

Und wieder kommt die Frage auf, worauf eigentlich die Deutschen rechnen, wenn sie solche Forderungen stellen. Kompromittiert doch unter normalen Bedingungen schon allein die Einreichung solcher Klagen einen wohlanständigen Juristen. Sollten die Deutschen annehmen, **daß auf dem internationalen Forum nicht die üblichen Grundsätze juristischer Wohlanständigkeit verpflichten?**

*

Der zweite Artikel des Herrn Kierski (Kurjer Pozn. vom 8. 3. 1925) lautet:

„Unter der ganzen Menge von Angelegenheiten, die im Gemischten Schiedsgerichtshof gegen den polnischen Staat von den Deutschen anhängig gemacht worden sind, habe ich buchstäblich keine einzige gefunden, die der Schiedsgerichtshof, wenn er sich nur an die ihn verpflichtenden Rechtsvorschriften halten wollte, zugunsten der Deutschen aburteilen könnte. Ich sage das mit ganzer Entschiedenheit und mit ganzem Rechtsobjektivismus, indem ich mich von vornherein gegen eine Bezichtigung jedweder Parteilichkeit verwahre. Die einen Angelegenheiten unterliegen nicht der Kompetenz des Gemischten Schiedsgerichtshofs aus formellen Rücksichten, die anderen entbehren meritorisch jeglicher Grundlage.

Schon in den vorhergehenden Artikeln warf ich die Frage auf, welches Ziel die Deutschen haben können, wenn sie im Gemischten Schiedsgerichtshof eine solche Masse offenbar unbegründeter Klagen einreichen. Geht es ihnen wirklich um irgend welche Ziele des Rechts und der Gerechtigkeit, um die Wiedereinsetzung durch die polnische Regierung angeblich vergewaltigten Rechtes, um den Empfang berechtigter Entschädigungen vom polnischen Staat, oder streben sie vielleicht nach der Erlangung rein politischer Zwecke, angesichts derer die rechtliche Begründung der erhobenen Ansprüche schon eine ganz sekundäre Rolle spielt.

Es scheint mir, daß ich der Wahrheit nahe sein werde, wenn ich sage, daß die Deutschen im gegebenen Falle vor allem politische Ziele im Auge haben. Diese Ziele beruhen einerseits darauf, Polen die Realisierung der Berechtigungen zu erschweren, die aus dem Versailler Vertrage hervorgehen (das ist also eines der Mittel der Sabotierung dieses Vertrages), andererseits darum, der Welt die angebliche Bedrückung zu zeigen, die die Deutschen in Polen erfahren, und festzustellen, daß Polen als Staat nicht in der Lage sei, jedwede Rechtsgarantie zu geben, die im Leben zivilisierter Nationen nötig sind. Es ist dies also eins der Mittel der antipolnischen Propaganda Deutschlands auf internationalem Boden, die ohne Zweifel infolge unmittelbarer Initiative und auf Kosten der deutschen Regierung betrieben wird, da natürlich alle die angeblich Geschädigten nicht in der Lage sind, die ungeheuren Kosten zu tragen, die verbunden sind mit der Anhängigmachung und Führung von Angelegenheiten beim Gemischten Schiedsgerichtshof.

Diese Tendenz, Polen zu schaden und es als einen Staat hinzustellen, der jeglicher Rechtsordnung entbehrt, klingt sogar aus dem Ton der beim Gemischten Schiedsgerichtshof eingereichten Klagen hervor. Das Vorgehen der polnischen Behörden wird von den Deutschen stets „vom Rechtsstandpunkt brutal und unstatthaft" genannt, obwohl dieses Vorgehen von Anfang bis zu Ende streng legal und auf die gültige Gesetzgebung gestützt war, was übrigens schon wiederholt Gerichtsurteile bestätigten. Im Gegenteil sind gerade die von den Deutschen eingereichten Klagen in fast allen Fällen auf eine Darstellung der Dinge gestützt, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmt, vom Rechtsstandpunkt unstatthaft.

Mit Rücksicht auf die Autorität Polens muß gegen solche Invektiven, die in den deutschen Klagen enthalten sind, energischster Protest eingelegt werden. Obwohl die Prozeßordnung des Gemischten Schiedsgerichtshofs in dieser Hinsicht keine Weisungen enthält, nicht minder aber lassen alle Gerichtsverfahren eine Beleidigung der Gegenseite in Gerichtsschriften nicht zu. Bei der Aufsetzung des Reglements hat man augenscheinlich nicht die Möglichkeit angenommen, daß die Deutschen sich so etwas erlauben könnten. Das ist um so empörender als solche Ausdrücke an die Adresse Polens geradezu von Deutschen gebraucht werden, die wegen ihrer Brutalität und unzeremonieller Vergewaltigung des Rechts (!) bekannt sind.

Die deutschen Klagen enthalten noch ein charakteristisches Moment: Die Deutschen meiden nämlich in ihnen die Angabe der richtigen amtlichen polnischen Namen verschiedener Ortschaften, die in Großpolen und Pommerellen liegen, und führen Namen auf, die zu germanisierenden Zwecken verunstaltet oder auch ganz deutsch bezeichnet sind. Da all diesen Ortschaften schon seit einigen Jahren die früheren polnischen Namen wiedergegeben sind — die deutschen Namen hat man entweder vergessen oder sie waren zahlreichen Landsleuten aus anderen Teilgebieten, die in den beiden westlichen Wojewodschaften wohnten, gar nicht bekannt —, so erschwert somit die Angabe deutscher Namen im höchsten Maße die Auffindung in den betreffenden Akten und die Sammlung des Beweismaterials. Wer käme darauf, außer früheren Bewohnern des hiesigen Teilgebiets, daß zum Beispiel „Karlskrone" unser Puszczykowo, daß „Strasburg" auch in Pommerellen liegt und das polnische Brodnica bezeichnen soll!

Die Ignorierung polnischer Namen und die Angabe von deutschen Namen ist eine absichtliche Bosheit und Provokation von seiten der Deutschen, die sogar in kindischer Weise die Nichtanerkennung der neuen durch den Versailler Vertrag geschaffenen politischen Verhältnisse kundgeben möchten. Mit Unkenntnis können sich die Deutschen nicht rechtfertigen, da sie in Klagen, die in den gleichen Angelegenheiten (wegen Domänen und Ansiedlungen) an die polnischen Gerichte gerichtet wurden, überall die richtigen Namen anführten. Und wiederum halte ich es mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, das Ansehen des polnischen Staates auf internationalem Boden zu wahren und selbst den Anschein zu beseitigen, daß hier deutsches Land wäre (worum es doch den Deutschen so sehr geht), für angezeigt, daß unser Vertreter im Gemischten Schiedsgerichtshof von den Deutschen die Angabe der richtigen, amtlichen, jetzt gültigen und in Polen allein gebräuchlichen Namen verlangt, nicht aber irgend welcher unbekannten, erdachten oder verunstalteten Namen. Wenn das nicht wirken sollte, dann müßte er sich der Beantwortung der deutschen Klagen enthalten, da sie ganz unbekannte Ortschaften betreffen. Ich erinnere an die Tatsache, daß die deutsche Post am Tage nach der Umbenennung von Inowrocław in „Hohensalza" Briefe, die nach Inowrocław gerichtet waren, mit der Zuschrift zurückzuschicken begann, daß diese Ortschaft in Deutschland nicht existiere.

Außer den von mir bezeichneten politischen Zielen rechnen die Deutschen wahrscheinlich darauf, daß es ihnen in der Masse der eingebrachten Klagen trotz ihrer völligen Unbegründetheit (!) letzten Endes gelingen wird, doch etwas zu gewinnen. Die Berechnung der Deutschen ist einfach und stützt sich auf die Ausnutzung von Momenten rein psychischer Natur: Treten sie doch in der Rolle von Benachteiligten und Beschädigten auf und reichen Hunderte und Tausende von Klagen ein. Man wird schwerlich annehmen, daß alle diese Klagen jeder Grundlage entbehren. Es entscheidet eigentlich der Vorsitzende, der als Ausländer vielleicht weder die deutsche Psyche noch die deutsch-polnischen Verhältnisse genügend kennt. Das Sentiment wird also von vornherein auf seiten derer sein, die sich beklagen, gegen die, über die sie sich beklagen. Das übrige macht geschickt betriebene Propaganda, der vielleicht sogar die angeklagte Partei dadurch zu Hilfe kommt, indem sie gegenüber den Deutschen und dem Schiedsgerichtshof selbst eine ungenügend entschlossene Haltung einnimmt."

*

Dem Stil und dem Geist nach zu urteilen, wird jeder Deutsche in Polen, und nicht nur der Deutsche, herausfühlen, wer dieser „geniale Jurist" ist, der immer wieder von neuem dann seine Stimme erhebt, wenn sie die Deutschen am nötigsten brauchen. Nun wissen die Deutschen wieder, was für Bösewichter sie sind, und in welch strahlendem Gewande dieser Paradieseswächter mit dem Tintenkiel das Vaterland vor der Welt und vor sich selber rettet. Es lohnt sich nicht, den Namen des Mannes zu nennen, der solch ein Sammelsurium von durcheinandergebrachten Phrasen zustande bringt. Es ist, wie gesagt, ein „sehr bekannter" Jurist, der die Rechtswissenschaft nur allein begriffen hat, und der alle anderen Juristen der Welt für ausgemachte Idioten hält. Es ist müßig, über alle die Märchen zu eifern, die dieser Herr erzählt, der mit dazu beigetragen hat, daß jetzt der polnische Staat so große Summen für Entschädigungen bezahlen muß.

Einige grundsätzliche Fragen sind jedoch zu erwähnen. Die Behauptung, daß dieses Land germanisiert worden sei innerhalb von 150 Jahren, zeigt die Kenntnisse dieses glorreichen Juristen. Wenn das der Fall gewesen wäre, wäre niemals die Entstehung einer Großpolnischen Republik möglich gewesen, und es hätte nie einen großpolnischen Aufstand gegeben. Dann scheint dem Herrn Juristen auch weiter nicht bekannt zu sein, daß in der Zeit der preußischen „Gewaltherrschaft" nach genau erwiesenen Statistiken der polnische Besitzstand in Posen und Pommerellen nicht abgenommen, sondern im Gegenteil zugenommen hat. Freilich behauptet das Gegenteil der große Mann, und es wird auch genug Leute geben, die ihm glauben. Es ist jedoch eine alte Tatsache, daß nicht alle, die schöne Worte reden, zu den großen Propheten zu rechnen sind.

Was die Faseleien anbelangt, die von den Domänen und Ansiedlern handeln, deren Klagen angeblich keinerlei Rechtsgrundlage haben, so wollen wir darüber nicht rechten. Wir wissen, daß es höhere Stellen gibt, die auch das objektive Urteil besitzen, zu entscheiden, ob diese Behauptungen wahr oder unwahr sind. Wir glauben auch nicht, daß sich irgend eine internationale Stelle in lange Verfahren einlassen wird, wenn die deutschen Entschädigungsansprüche sich nicht auf bestimmte Beweisen gründen. Daß man zu Verfahren Beweise braucht, ist eine alte Tatsache, und man wird nicht um der schönen deutschen Augen willen auf diese Beweise verzichten.

Was die geradezu unglaubliche Behauptung anbelangt, daß man den deutschen Domänenpächtern nur deshalb das Inventar abgenommen habe, weil sie die Domänen heruntergewirtschaftet haben, so wollen wir auch darauf nicht näher eingehen und nur auf die Äußerungen polnischer Abgeordneter verweisen, welche selbst die früher musterhaft bewirtschafteten Domänen erwähnt und auf die heutigen Zustände hingewiesen haben. Was die Behauptung anbetrifft, daß man die Domänenpächter ganz zu Recht von den Domänen gewiesen habe und daß man ihre Verträge kündigte, so wollen wir nur auf eine recht interessante Unterredung hinweisen, die in diesen Tagen vor der Agrarkommission erfolgt ist. Es wurde da auch über die Aufteilung des polnischen Staatsbesitzes gesprochen, der besonders in Posen und Pommerellen noch sehr zahlreich vorhanden sei und der jetzt aufgeteilt werden könnte. Darauf erhob sich der Vertreter des Justizministeriums und stellte fest, daß man die Kündigung dieser Pachtverträge nicht vornehmen könne, weil das zu Recht bestehende Pachtverträge wären. Hierauf ergriff der in der Kommission sitzende deutsche Vertreter das Wort und sagte: „Der Polnische Volksrat hat seinerzeit kurz nach der Übernahme durch Polen den deutschen Domänenpächtern zugesagt, daß die Domänenpächter ihre Verträge behalten könnten. Man hat dann nach einem Jahre diese Pachtverträge dennoch rückgängig gemacht. Was damals möglich gewesen ist, das müsse doch auch heute möglich sein." Darauf sagte ein anderer polnischer Abgeordneter, daß diese Zustände wirklich ganz eigenartig seien.

Darauf erklärte der Vertreter des Justizministers:

„Diese Aufhebung der Pachtverträge sei wahrhaft zu Unrecht erfolgt. Es handle sich hier um eine Maßnahme, die unabhängig von den Anordnungen der Warschauer Behörden erfolgt sei. Das Justizministerium stehe auf dem Standpunkt, daß Pachtverträge unbedingt geachtet werden müssen, und daß das Justizministerium sich zu

solcher Zurücknahme von Verträgen niemals bereitfinden könnte, weil dieses dem Recht zuwiderlaufen würde."

Diese Nachricht, die uns aus maßgebenden politischen Kreisen berichtet wird, sagt deutlich, was wir nicht besser sagen könnten. Der Posener „Rechtsgelehrte" wird also durch einen polnischen Vertreter des Justizministeriums ad absurdum geführt, und das ist wohl die deutlichste Antwort auf die Behauptungen, die dieser Mann hier aufzustellen sich bemüht.

Zu der ganzen Angelegenheit wird noch das Wort ergriffen werden müssen, und wir glauben, daß uns recht bald maßgebende Urteile vorliegen werden, die wir zu veröffentlichen gedenken. Mit diesen Artikeln des Posener „Juristen" ist jedenfalls dem polnischen Staate ein sehr zweifelhafter Dienst erwiesen worden, dessen Wirkung die Staatskasse zu spüren bekommen wird.

Der Bund der deutschen Landwirte in der Tschechoslowakei.

Verteidigung des Heimatbodens.

Vor einigen Tagen fand in Karlsbad der Reichs-Parteitag des „Bundes der deutschen Landwirte" in der Tschechoslowakei statt. Die „Prager Presse", ein tschechisches Blatt in deutscher Sprache, berichtet darüber u. a. folgendes:

„Abg. Dr. Spona referierte über inner- und außenpolitische Angelegenheiten. In der europäischen Politik charakterisierte er folgende drei Punkte:

1. den Beginn der Liquidierung der Großen Entente,
2. die Schwierigkeiten des russischen Bolschewismus und
3. die Konsolidierung Deutschlands.

Bezüglich der inneren Politik sagte Redner: Wenn im tschechischen Volke und mehr noch in seinen Machthabern die Erkenntnis nicht rechtzeitig durchdringt, daß nicht der geschriebene Vertrag mit Frankreich die Hauptsache für den Staat ist, sondern der noch ungeschriebene Vertrag mit seinen Minderheitsvölkern und vor allem mit uns Deutschen, dann kann auch die Wirkung auf die inneren Verhältnisse des Staates nicht ausbleiben. Außenpolitisch steht der Staat sechs Jahre nach dem Weltkriege im Banne einer unnatürlichen Bündnispolitik, die, wenn der vorhandene europäische Zunder einmal fängt, ihn unversehens vor Schicksalsfragen von schwerster Bedeutung stellen wird.

Dann behandelte der Reichs-Parteitag die Bodenreform durch ein Referat des Abg. Zierhut. Dieser führte in längeren Darlegungen aus, daß die Partei gegen die heute praktizierte Durchführung der Bodenreform entschieden protestieren und ankämpfen müsse, da sie eine Tschechisierung der deutschen Sprachgebiete bedeute.

Im Sinne der Ausführungen Zierhuts wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die Durchführung der vom tschsl. Revolutionskonvent beschlossenen Bodenreform durch das staatliche Bodenamt gestaltet sich immer mehr zu einer nationalen und wirtschaftlichen Entwurzelung des deutschen Volkes in diesem Staate. Wirtschaft und soziale Grundsätze einer Bodenreform werden nicht beachtet. Die gesetzlichen Bestimmungen, die in ihrer Mangelhaftigkeit jede Deutung zulassen und deren Auslegung und endgültige Entscheidung ausschließlich dem Bodenamt überlassen ist, werden mißachtet und mißbraucht. Aus einem großen sozialen Werke, das Segen und nationalen Frieden hätte stiften können, ist ein gewöhnlicher Bodenschacher geworden. Tschechischnationaler Chauvinismus tobt sich dabei aus, und so muß die Bodenreform zur Quelle unaufhörlicher erbitterter nationaler Kämpfe werden. Das deutsche Volk wird seinen Heimatsboden verteidigen und auf ihn nie und nimmer verzichten. Wir fordern auf das nachdrücklichste, daß die Bodenreform im deutschen Siedlungsgebiete streng nach den geltenden Gesetzen durchgeführt wird, daß hierbei die deutschen Bodenbewerber und Gemeinden in ihrem Bodenbedürfnis befriedigt und daß die sonach verbleibenden Restgüter in erster Reihe den darauf wirtschaftenden Personen, wie Güterbeamten, -Angestellten und Gutspächtern, sowie landwirtschaftlichen Genossenschaften und Arbeitern zugeteilt werden.

Die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen in der Sicherungsfrage der Güterbeamten und Angestellten sind vollständig ungenügend und müssen zur Verelendung dieses wichtigen Standes führen. Insbesondere verlangen wir, daß den Gemeinden und Bezirken Waldboden und Teiche zugeteilt werden. Zu einer Verstaatlichung der großen Forste ist kein Anlaß gegeben, und wir werden daher die nur zu Tschechisierungszwecken durchgeführte Wälderverstaatlichung aufs schärfste bekämpfen. Jede Bodenreform, die nicht in diesem Sinne zur Durchführung gelangt, lehnen wir entschieden ab und behalten uns Schritte zur Erreichung unseres Zweckes und zur Erhaltung des deutschen Heimatbodens in deutschen Händen vor."

Nach weiteren wirtschaftlichen Verhandlungen wurde die gut besuchte Tagung geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 14. März.

Wie erhält man einen Auswandererpaß?

Die Ausstellung von Pässen an Auswanderer hängt von der Genehmigung des Auswandereramtes oder seiner Abteilungen ab. Zur Ausreise nach überseeischen Ländern müssen entsprechende Dokumente des Emigrationsamtes, zur Ausreise nach Kontinentalländern solche der staatlichen Arbeitsvermittlungsämter, die sich in zweifelhaften Fällen die Meinung des Emigrationsamtes einholen, beigebracht werden. Zur Erlangung dieser Bescheinigung müssen von den Auswanderern Dokumente vorgelegt werden, die feststellen sollen, ob der Bewerber tatsächlich Auswanderer ist, in Vermögensangelegenheiten fährt oder von der Familie unterhalten werden soll, die vor ihm in das gleiche Land gereist ist; ob die ihm angebotenen Arbeitsbedingungen mit den Verträgen übereinstimmen, die mit dem Einwanderungsland abgeschlossen wurden, und mit den Lohnsätzen, die für die örtlichen Arbeiter festgesetzt wurden; ob er nach einem Lande fährt, in dem die Einwanderung durch besondere Verträge geregelt ist oder besonders günstige Bedingungen aufweist, so daß die polnische Regierung sie billigen kann. Ferner sind die Gründe anzugeben, die die Reise in das bestimmte Land und den längeren Aufenthalt dort notwendig machten.

Pässe nach Frankreich und Belgien.

Die Auswanderer, die einzeln zu Erwerbszwecken nach diesen Ländern reisen, müssen eine Arbeitsaufforderung vorlegen, worin angegeben sind: die Art der Arbeit, die Höhe des Lohnes, die Dauer des Vertrages, die Adresse des Arbeitgebers, die Zusicherung einer Wohnung. Eine schriftliche Bestätigung durch die belgische oder französische Polizei ist notwendig. Ferner ist eine Bescheinigung des im betreffenden Lande amtierenden polnischen Konsuls nötig. Zur Erlangung von Pässen nach anderen Ländern, mit Ausnahme von Rußland, Deutschland und Litauen, wohin die Auswanderung gesperrt ist, müssen die Emigranten gleichfalls eine Arbeitsaufforderung mit den oben angeführten Angaben vorlegen, oder eine amtlich bestätigte Einladung von seiten des Gatten, Vaters oder der Kinder.

Pässe nach den Vereinigten Staaten.

Auswanderer, die einen Paß erlangen wollen, müssen dem Emigrationsamt die Eintrittskarte übersenden, die vom amerikanischen Konsulat in Warschau zwecks Visumerlangung ausgegeben wurde. Wegen Beschränkung der polnischen Einwanderungsziffer auf Grund des amerikanischen Einwanderungsgesetzes werden vom amerikanischen Konsulat Studenten, Geistliche und solche Personen bevorzugt, die an amerikanischen Hochschulen immatrikuliert sind.

Pässe nach Kanada, Brasilien, Argentinien und Palästina.

Der Bewerber muß dem Emigrationsamt die Einreisegenehmigung, ein Gesuch, enthaltend eine Bescheinigung über die beabsichtigte Ausreise auf längere Zeit, den Berufsnachweis und die angezahlte Schiffskarte einsenden. Da Panama, Guatemala, San Salvador, Honduras, Nikaragua und Costarika polnischen Einwanderern keine günstige Bedingungen bieten, werden nach diesen Ländern keine Pässe ausgefolgt. Ferner nicht nach Kuba und Mexiko, wo es den Polen sehr schlecht geht.

Die Jagd im März.

Der milde Winter hat auch im Februar angehalten. Wenn auch seine zweite Hälfte bei Stürmen eine kleine Abnahme der Temperatur und in einigen Gegenden, namentlich in Höhenlagen, Schneefall brachte, so kann dieser unserem nicht herabgekommenen Wilde kaum noch von größerem Nachteil sein, da bei dem wieder einsetzenden milden Wetter der Schnee nicht von langer Dauer sein wird. Selbstredend muß in den Gegenden, wo Schnee gefallen ist, dem Umstande Rechnung getragen werden durch etwas reichere Beschüttung der Fütterungen. Wie schon im Februarbericht erwähnt, hat der milde Winter eine Verschiebung der Verhältnisse im Leben des Kleinwildes, namentlich in dem des Flugwildes, mit sich gebracht. Schon frühzeitig konnte man Anzeichen der Paarungslust sehen, und allem Anschein nach ist damit zu rechnen, daß ein etwas früherer Vogelzug einsetzt. So ist auch damit zu rechnen, daß der Schnepfenzug nicht mehr lange auf sich warten lassen wird und für dieses Jahr die Schnepfensonntage kaum Gültigkeit haben werden, wenn nicht noch ganz unvorhergesehene Umstände und Verhältnisse eintreten, die dieser Annahme entgegenwirken. Darum tut der Jäger gut, auf die Ankunft beizeiten zu passen. Er suche die Stätten auf, die ihm als solche bekannt sind, wo die Schnepfen ziehen. Besonders nach einem warmen Regen pilgere er hinaus in den Forst gegen Sonnenuntergang. Der gute Hund ist hierbei nicht zu vergessen.

Das Edelwild ist in höheren Gebirgslagen, wo es sich mit Heidekraut- und Knospen-Äsung behelfen muß, noch zu füttern, um es wegen der Engerlingsplage nicht herunterkommen zu lassen. Vorhandene Salzlecken sind neu aufzufrischen und neue anzulegen, womit man wandernde Hirsche am besten ans Revier fesselt.

Vom Damwild, den Rehen und den Sauen gilt noch das im vorigen Monat Gesagte.

Beim Auergeflügel und dem Birkwild dürfte auch eine etwas frühere Balz eintreten, besonders in der Tiefebene. Der Auerhahn hat seinen Balzplatz erkoren. Man kann ihn zeitig des Abends verhören, vergräme ihn aber nicht, damit er nicht, wenn's so weit ist, ganz wo anders singt. Für die Birkhahnbalz sind die Schirme baldmöglichst herzustellen.

Der Fuchs wirft. In der zweiten Hälfte des Monats glückt es oft, ganze Gehecke auszugraben. Der Schwerpunkt aller Vertilgungsarten liegt im März bei den Bauen, wo man so oft als möglich nachsieht, ob sie befahren sind.

Der Hase setzt das Rammelgeschäft fort. Vielfach sind schon Hasensätze zu bemerken; sie gegen Raubzeug aller Art zu schützen, sollte das Bestreben jeden Jägers sein.

Rebhühner beginnen sich zu paaren, oder sie haben sich auch schon gepaart. Kleine Feldremisen begünstigen die Paarung und fördern zeitige Gelege auch da, wo schwache Felddeckung vorhanden ist. Diese späteren Remisen-Gelege entgehen dem Ausmähen, finden Schutz vor dem Raubzeug und sichern gewöhnlich eine gute Jagd.

Enten haben mit dem 1. März Schonzeit. Die Märzenten haben sich gepaart und beginnen zu legen.

(Aus der illustr. Jagdwochenschrift „St. Hubertus", Cöthen-Anh.)

s. **Lohnbewegung.** Die Metallarbeiter haben eine Lohnerhöhung von 50 % beantragt.

s. **Ein Unfug im Straßenbahnverkehr.** Die Fälle mehren sich, in denen Fahrgäste durch die Vordertür die Straßenbahn verlassen, was bekanntlich verboten ist. Leider kümmern sich die Schaffner um diesen Unfug nur selten. Da die Hintertür meist offen ist, entsteht durch das Öffnen der Vordertür Zugluft, die anderen Fahrgästen Schaden zufügen kann.

s. **Gasverschwendung.** Heute, Sonnabend, früh 6½ Uhr brannten auf der Zwierzyniecka und Jasna (fr. Tiergarten- und Buddestraße) noch die Straßenlaternen.

* **Inowrocław, 12. März.** Am vorigen Donnerstag fand eine gut besuchte Versammlung des Inowrocławer Hausbesitzervereins statt, in der zur Frage der staatlichen Anerkennung Inowrocławs als Kurort gemeinnützigen Charakters Stellung genommen wurde. Kürzlich hatte sich eine Delegation mit Rechtsanwalt Dr. Michnik nach Warschau begeben, um bei den Behörden eine Aufhebung des 100prozentigen Kurortaufschlages in der Einschätzung der Grundstücke zur Vermögenssteuer zu erwirken. In der Versammlung erstattete die Delegation Bericht über die von ihr unternommenen Schritte. Danach erwägt das Gesundheitsdepartement zwei Möglichkeiten der Regelung: entweder sollen die von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen engeren sanitären Grenzen des Kurortes anerkannt werden, oder die ganze Stadt wird in den Bereich des Kurortes einbezogen. Nach einer Aussprache kam die Versammlung zu dem Beschluß, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Stadt den Antrag auf Bestätigung der Kurortgrenzen, sowie überhaupt auf die staatliche Anerkennung als Kurort gemeinnützigen Charakters zurückziehe. Zur Durchführung dieses Beschlusses soll der Hausbesitzerverein mit anderen Berufsorganisationen Fühlung nehmen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

Fr. J. in R. 1. Diese Steuer besteht nicht mehr. 2. Mit 15 Prozent. rückzahlbar für städtische Grundstücke vom 1. Januar 1928, für ländliche vom 1. Januar 1927 ab. 3. Das Anerbenrecht für Ansiedler ist noch nicht fertig, infolgedessen ist auch Ihre Frage nicht zu beantworten. 4. Die Geldüberweisung ist möglich; das Nähere erfahren Sie bei den Devisenbanken, die die Ueberweisung übernehmen. Bei einer Reise nach dem Auslande können ohne besondere Erlaubnis 1000 zł oder deren Wert mitgenommen werden.

J. H. in J. Die Zuschrift der genannten Bank ist leider grundsätzlich richtig; Sie haben keinerlei Anspruch auf Rückzahlung, teilen damit aber das Schicksal vieler anderen Leidtragenden. Irgendwelche aussichtsreichen Schritte gibt es in der Angelegenheit leider nicht.

J. in P. Das betreffende Geld hat nicht mehr den geringsten Wert; höchstens, daß Ihnen Sammler dafür noch einige Groschen geben.

R. K. T. Nr. 1. 1. Sie haben Anspruch auf Aufwertung. 2. Wir halten es für besser. 3. Sie schreiben einfach an den Darlehnskassenverein: „Ich melde hiermit mein Darlehn von 5000 Mk. vom Juni 1916 zur Aufwertung an."

L. in Cz. 1. Die Aufwertungsverordnung kostet in unserer Versandbuchhandlung 1.25 zł (ohne Porto); sie geht Ihnen dieser Tage zu. 2. Adressieren Sie an Plac Wolności 9.

G. G. in Sm. 1. Es dürfen nur die 5 Prozent Zinsen verlangt werden. 2. Ja.

A. T., Elsaß. Etwas anderes als das in der Nr. vom 28. v. Mts. Mitgeteilte können wir Ihnen nicht angeben. Wir würden aber aus den verschiedensten Gründen auf die Lockung nicht eingehen.

A. W. in R. Da Sie es s. Z. verabsäumt haben, sich eine löschungsfähige Quittung ausstellen zu lassen, wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als auf die Forderung der Sparkasse einzugehen.

Chr. G. in K. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja, unter allen Umständen. 4. Bei den hiesigen Kreissparkassen ist eine Anmeldung nicht erforderlich.

6. Sinfoniekonzert.

Anton Dvoraks Sinfonie „Aus der neuen Welt", der Zahl nach die fünfte, ist keineswegs ein Preislied auf die „unbegrenzten Möglichkeiten" oder eine Verhimmelung des amerikanischen Spleens. Das Werk steht mit der „Neuen Welt" nur in sehr losem Zusammenhang. Es ist entstanden, während der Komponist als Direktor eines Volkskonservatoriums in Neuyork wirkte (1892 bis 95) und stellt eine Art von äußerlicher Aufmerkamkeit dar, welche Dvorak den Bewohnern Amerikas erweisen wollte. Bringt man das stürmisch bewegte Allegro in Abzug, in dem Wildwest-Romantik in markantester Weise an das Hauptthema geknüpft ist, teilweise auch als Vorspann dient, so ist nämlich der Charakter der Musik alles andere, nur nicht überseeisch oder exaltiert. Im Gegenteil, der Gesichtsschnitt der Sinfonie ist ein außerordentlich gut entwickelt europäischer mit einigen typisch national-slawischen Zügen. Sie ist inhaltlich eine der reichhaltigsten Kompositionen und farbenprächtig illustriert. Dem Böhmen standen bei Niederschrift dieses kraftstrotzenden Tonwerks alle guten Geister zur Seite. Es entstand ein Gefüge, in dem so ziemlich sämtliche Effektquellen sprudeln, wo die Leuchtfontänen der Instrumentation besonders hoch gehen. Diese Sinfonie wird daher noch lange Zeit mit Recht ein sicheres Zugstück des Konzertsaals bilden und dort ein lautes Echo finden. Das kostbarste Juwel birgt der dritte Teil: das Trio des Scherzos. Hier haben die Töne einen selten schönen Schliff erfahren, sind apart gefaßt und glitzern in herrlichster Harmonie. Damit soll Dvorak nun nicht das Zeugnis ausgestellt werden, er wäre lediglich ein Freund von bunten Äußerlichkeiten. Dieser ganze Zierat mit seinem auf freiestem Fuße lebenden Rhythmus bildet nur die kunstgerechte und gut ausgedachte Umrahmung für eine urwüchsige Tonsprache. Dieser Dvorak war kein Freund von Traurigkeit, selbst in dem Largo der Sinfonie würden Tränendrüsen vergeblich suchen, um auf ihre Kosten zu kommen. Für einen Dirigenten jedoch, der das Zeug in sich spürt, das Orchester in allen Regenbogenfarben schillern und den Motor des dramatischen Höhenflugs mit höchster Umdrehungszahl arbeiten zu lassen, ist diese Komposition ein wahrer Verführungsherd. Herr Prof. Jirak aus Prag drehte an und gewann. In den Anfangstakten herrschte zwar nicht volle Einmütigkeit bezüglich einiger Einsätze, aber dann wickelte sich alles prompt und reibungslos ab. Der Gastdirigent erwies seinem großen Landsmann alle Ehren und brannte das Brillantfeuerwerk in Tönen meisterlich ab. Mit Sorgfalt widmete er sich der Detailarbeit, ohne den Zug nach Größenwirkung aus dem Auge zu verlieren. Die Klangkontraste unterlagen ebenso wie die maßgebenden Themen genauester Beobachtung und Heraushebung, ohne sie jedoch ins Maßlose zu steigern. Die Phrasierungsmaschine verrichtete tadellose Leistungen, ihre Triebkraft, darunter verstehe ich den Kopf des Kapellmeisters, wußte genau, wo sie sich stärker, wo sie sich schwächer zur Verfügung halten mußte. Und unsere Philharmoniker waren freudig dabei, der Sinfonie das richtige, vollblütige Gepräge zu geben. Im großen und ganzen wirbelt das Werk viel Staub auf; ich kann aber konstatieren, daß der klare Blick für sinngemäßes Zusammenwirken und Abtönen nicht getrübt wurde. Der Abguß gelang, kurz gesagt, vortrefflich. Ein zweiter tschechischer Komponist, Nowak, der zu Worte kam, steht zu Dvorak hinsichtlich seiner musikalischen Bedeutung in einem ähnlichen Größenverhältnis, wie David zu Goliath. Seine sinfonische Dichtung „In der Tatra" ist Stimmungsmarmelade, der es an jeder tonpoetischen Vertiefung gebricht. Vermutlich wollte der Autor einige Landschaftsbilder mit Wasserfällen, Seen, Bergen, Tälern, über die gelegentlich der Sturmwind fegt, mit der Kamera seines musikalischen Entdeckens auffangen, doch die Aufnahmen sind nicht günstig ausgefallen. Sie sind schlecht belichtet und daher stark verschwommen. Hinzu treten Retouchen moderner Manier mit den sattsam bekannten Kakophonien, wodurch der Gegenstand des tonkünstlerischen Interesses einen verwilderten Anstrich erhält. Herr Jirak gab sich redliche Mühe, das Werk den Herzen der Zuhörer mundgerecht zu machen, der Erfolg dürfte indessen den Erwartungen kaum entsprochen haben. Herr Konzertmeister St. Pawlak spielte das Violinkonzert D-dur von Beethoven, das der Meister 1806 für den Wiener Primgeiger Franz Clement geschrieben und einem Herrn von Breuning gewidmet hat. Wegen seiner wahrhaft klassischen Schönheit erregte es s. Zt. Aufsehen und größte Bewunderung, in ehrfurchtsvoller Andacht lauschte auch das heutige Geschlecht den klingenden Offenbarungen des Genies. Der Vortrag der schwierigen Tonschöpfung erheischt einen Violinisten, der für die Superiorität Beethovenschen Geistes genügend Platz zwecks Aufnahme hat. Herr Pawlak ist nach der Richtung hin räumlich noch etwas beengt. Die Flamme der Hingebung und Begeisterung warf zuweilen mattes Licht, manches blieb im Duster, was Anspruch darauf hat, im hellsten Glanze zu strahlen. Der Solist war an sich eifrigst bestrebt, das Beste zu vermitteln, die Auffassung war zweifellos gesund, die Technik durchaus gewandt und gut fundiert, aber Herrn Pawlak steht nicht das Ausdruckskapital zu Gebote, mit dem sich nur eine großkalibrige, geistige Analyse bewerkstelligen läßt. Die Kadenzen (wohl in der Joachimschen Fassung) wurden leidlich gespielt und zeigten, daß der Vortragende auch verwickelteren Aufgaben die Stirn zu bieten vermag. Schwer zu kämpfen hatte der Geiger mit dem Dehnen der Saiten, die ihm einigemal übel mitspielten. Die Orchesterbegleitung fiel durch ihr dezentes Untermalen angenehm auf. Der Besuch des Konzerts — es war die 6. Veranstaltung der Posener Philharmonie — war wieder ungewöhnlich stark, der Beifall gleichfalls. Der grobe Unfug, nach jedem Satz einer umfangreicheren Komposition die Handteller in Tätigkeit zu setzen, führte dazu, daß nach dem dritten, vorletzten Teil der Dvorakschen Sinfonie der Dirigent auf Grund derartiger ganz unangebrachter Ovationen das Orchester veranlaßte, sich zum Dank zu erheben. Ein großer Teil des Publikums glaubte nun, die Sache wäre zu Ende, und trat fluchtartig den Rückzug an. Ein wenig rühmlicher Vorgang. Alfred Loake.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Ein großes Unglück ist es nicht,** wenn man täglich Zeitungsmitteilungen verschiedenster Art aus allen Teilen der Welt liest, ohne auch nur eine Ahnung zu haben, wo sich diese Ereignisse abspielen, aber ein Mangel, den jeder Denkende unangenehm empfindet. Da kommt der eben in neuer Ausgabe 1925 erschienene G. Freytags Welt-Atlas gerade recht: In handlichem Format fest in Ganzleinen gebunden, inhaltsreich (255 Karten, ein Namensverzeichnis mit zirka 45 000 Namen), in vielfachem Farbendruck schön ausgeführt, auf der Höhe der Zeit stehend, muß dieser ideale Handatlas den Zeitungsleser wie den Kaufmann, den Studierenden wie den Beamten, überhaupt jeden Gebildeten beim täglichen Gebrauch vollauf befriedigen. Die genau gezeichneten Karten zeigen die heutigen politischen Grenzen, reiche Beschriftung, so daß kaum ein Name vergeblich gesucht werden dürfte, und gute Terraindarstellung. Viele Detailkarten von Industrie- und Produktionsgebieten und zahlreiche Pläne und Umgebungskarten großer Städte ergänzen den wertvollen Inhalt des Werkes, das bei der schönen Ausführung und bequemen Arbeit im Preise (K. 250 000 = 25 Schill.) sehr niedrig gehalten ist. Nach Erhalt dieses Betrages und Porto (zirka K. 10 000) liefert jede Buchhandlung, eventuell auch der Verlag, die Kartographische Anstalt G. Freytag u. Berndt A. G., Wien VII., Schottenfeldgasse 62, Freytags Welt-Atlas, der als verläßlich und daher unentbehrlich bezeichnet werden kann.

U. S. Amerika.

Der Konferenzplan des Präsidenten Coolidge.

The Daily Telegraph" (Nr. 21 783) läßt seinen diplomatischen Korrespondenten über die Pläne Coolidges für die neue Abrüstungskonferenz in Washington folgendes mitteilen:

„Ich erfahre aus Washington, daß eine der ersten internationalen Fragen, die Mr. Coolidge mit dem neuen Staatssekretär Mr. Kellogg, wenn dieser am 4. März sein Amt antritt, besprechen wird, die Möglichkeit der Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz sein wird, und ferner die Stellung, welche die europäischen Großmächte, wenn sie zu einer solchen Konferenz eingeladen würden, wahrscheinlich einnehmen werden. Denn der Präsident will auf keinen Fall von seiner bisherigen vorsichtigen Politik abgehen, obschon er in dieser Angelegenheit sowohl von seiten des Senats wie auch der amerikanischen Bevölkerung wenig Opposition finden würde. Aber das Datum und das Programm der angeregten Konferenz würde erst nach den sorgfältigsten Sondierungen in den verschiedenen in Betracht kommenden Regierungszentren bestimmt werden.

Man kann hinzufügen, daß, während der Zeitpunkt zum großen Teil von der Erklärung abhängen wird, die Mr. Austen Chamberlain auf der im nächsten Monat stattfindenden Tagung des Völkerbundes über die Stellung des britischen Reiches zum Genfer Protokoll machen wird, das Programm der Konferenz, wenn Washington sich tatsächlich entschließen sollte, diese einzuberufen, sich nach den beiden hauptsächlichsten europäischen Mächten über besondere Seiten des im Abrüstungsproblem vorgenommenen Erkundigungen richten wird.

Ich brauche kaum daran zu erinnern, daß Präsident Coolidge sich mit dem Gedanken an die Einberufung einer solchen Konferenz trug, als Amerika der Wind von den europäischen Urhebern des Genfer Protokolls ziemlich plötzlich aus den Segeln genommen wurde. Diese hatten nämlich, wenn eine hinreichende Anzahl von Regierungen dieses Protokoll früh genug unterzeichnen würden, beabsichtigt, im nächsten Juni eine Konferenz über dieselbe Frage einzuberufen. Jetzt aber, wo diese Konferenz nicht zustande kommen kann, weil die erforderliche Zahl Unterschriften nicht erreicht ist, mag Präsident Coolidge mit Recht das Gefühl haben, daß Amerika der Welt einen großen Dienst erweisen würde, wenn es die Initiative, die bei einer weitsichtigeren Politik dem Weißen Hause verblieben wäre, wieder aufnehmen würde.

Nach dem, was ich höre, ist es möglich, daß eine neue, von Amerika einberufene Konferenz weder vom technischen noch vom geographischen Gesichtspunkte aus so umfassend sein würde, wie das prunkvolle Genfer Projekt. Aber durch eine solche Begrenzung wird sie an praktischer Wirksamkeit nichts verlieren.

Die neue politische Orientierung im fernen Osten, von welcher der kürzlich zwischen Japan und Sowjetrußland geschlossene Präliminarvertrag nur das erste äußere Zeichen ist, hat auf diese Konferenz einen bestimmten Einfluß, denn sie hat den Amerikanern und gewissen britischen Dominien die Augen darüber geöffnet, wie unvollständig die Washingtoner Verträge von 1921 sind und wie dringend ihre Ergänzung ist, wenn im Stillen Ozean eine dauernde Verständigung und ein dauernder Friede erzielt werden sollen. Ebenso klar ist, daß Moskau in China mit einer neuen Politik operiert, die, wenn sie die volle Unterstützung einer anderen, mit größerer Organisationsgabe ausgestatteten Macht erhielt, schließlich die ganze internationale Lage in China und selbst im Stillen Ozean ändern könnte. Die Wrangelflotte ist noch nicht in den Händen der Sowjets und wird vielleicht niemals in ihre Hände gelangen. Aber allein die Absicht, einen Teil von ihr in den fernen Osten zu entsenden, bezeugt den moralisch und politisch gleich bedeutsamen Willen Moskaus, auf jenen Meeren wieder eine Seemacht zu werden.

Auch die bedeutsame Rolle, die Karachan in China spielt und die sich erst durch den Erfolg seiner langen Verhandlungen mit Japan enthüllte, zieht die Aufmerksamkeit immer mehr auf sich. Aber die geschickte Weise, mit der er von Anfang an die chinesischen Parteiführer einwickelte, als der Schutzherr Chinas gegen den „raubgierigen Imperialismus" der Vertragsmächte auftrat und auf Rußlands exterritoriale Vorrechte verzichtete, wurde in Moskau durch das neue Vertrauen unterstützt, das man dort Tokio entgegenbringt, indem es eine friedliche japanische Durchdringung Ostsibiriens gestattet, und das Tokio dadurch erwidert, daß es die japanischen Truppen aus dem nördlichen Sachalin zurückzieht und seinen Anspruch auf den größten Teil der bedeutenden Petroleumfelder auf einen Anteil an der wirtschaftlichen Ausbeutung ermäßigt.

Die letzten Vorgänge in Peking und anderswo müssen unvermeidlich allen Mächten, die strategische, politische oder wirtschaftliche Interessen in diesen Ländern und auf diesen Meeren haben, sehr zu denken geben."

Henry Ford und sein Reich.

Der „[illegible]-Zeitung" wird darüber aus Neuyork folgendes geschrieben: „Ein interessantes Beispiel für die wirtschaftliche Bedeutung, die ein einzelnes Unternehmen für eine ganze Stadt bekommen kann, bilden die bekannten Ford-Werke in Detroit. Im letzten Fiskaljahr wurden von Detroit an Bundessteuern eine Summe von über 207 Millionen Dollar bezahlt, d. h. mehr als die Hälfte dessen, was Neuyork an Steuern aufbrachte, und 9 Millionen Dollar mehr, als z. B. die Bundessteuerzahlungen von Philadelphia betrugen. Berechnet man die Steuerabgabe pro Kopf der Einwohnerschaft, so steht Detroit weitaus an erster Stelle mit 208 Dollar gegenüber 90 Dollar in Philadelphia, 73 Dollar in Chicago und 56 Dollar in Neuyork. Von dem Steuereingang Detroits entfielen über 46 Prozent auf die sogenannte Kriegssteuer auf Personen- und Lastautomobile, Automobilzubehörteile und Autoreifen. Die Einkommensteuer von einzelnen Personen und Körperschaften war mit 45,5 Prozent an dem Steueraufkommen beteiligt. Von der Automobil- usw. Steuer entfielen nun allein 60 Prozent auf die Ford-Motor-Kompagnie. An Einkommensteuer bezahlten die Ford-Motor-Gesellschaft 14,5 Millionen Dollar, Henry Ford persönlich 2,5 Millionen Dollar und sein Sohn rund 2 Millionen Dollar.

Die Entwicklung der Automobilindustrie hat den Wert von Grund und Boden in Detroit auf 2,5 Milliarden Dollar gesteigert, im Vergleich mit 10,5 Milliarden Dollar in Neuyork.

Die Entwicklung der Ford-Gesellschaft hat die Ansetzung einer ganzen Reihe von ergänzenden Industrien, wie z. B. Farben- und Lackindustrie, Vakuumreiniger, Lederindustrie usw., zur Folge gehabt. Als im Jahre 1914 Ford den 5-Dollar-Lohntag einführte, befand er sich dem bittersten Widerstand der übrigen Unternehmer gegenüber. Als am 1. Januar 1919 die Einführung des 6-Dollar-Lohntages angekündigt wurde, erregte das in der übrigen Industriewelt kaum mehr Aufmerksamkeit. Die wirtschaftliche Entwicklung der Detroiter Industrien war so günstig gewesen, daß diese für europäische Verhältnisse ungeheure Mindestentlohnung als eine Selbstverständlichkeit hingenommen wurde.

Interessant ist, daß mehr als die Hälfte des verheirateten Personals der Fordwerke teilweise weit außerhalb der Industriestadt in eigenen Häusern wohnt. Sie sind zum größten Teil im Besitz von Ford-Automobilen und fahren weite Strecken bis zur Arbeitsstätte. In den Händen der Fordschen Arbeiterschaft befinden sich für 20,5 Millionen sog. Gewinnanteilscheine, die im Jahre 1924 eine Dividende von 14 Prozent erbrachten.

Von der jugoslawischen Innen-Politik.

Die Opposition verlangt Bestrafung der für den Wahlterror verantwortlichen Beamten.

Belgrad, 13 März. Wie „Politika" meldet, wurde der „Block der nationalen Verständigung und der Bauerndemokratie" auf folgender Grundlage gebildet:

1. Der Block erkennt die staatliche Einheit an.
2. Die Politik des Blockes könne nur in einer parlamentarischen Monarchie englischen Typs auf Grund der Souveränität des Volkes durchgeführt werden.
3. Das Prinzip der Selbstverwaltung ist vom gemeinsamen Parlament bis zu den Gemeinden durchzuführen.
4. Alle im Block vertretenen Parteien werden sich nur vom nationalen und staatlichen Interesse leiten lassen, ohne Rücksicht auf die Verbindungen mit dem Ausland, die abgebrochen wurden.
5. Da die südslawische Demokratie hauptsächlich bäuerlich ist, muß in erster Linie der Bauernstand geschützt werden. Das Leben der Bauern ist auf Grundlage der bäuerlichen Genossenschaften zu organisieren.

Der Block der nationalen Verständigung und der Bauerndemokratie fordert die strengste Bestrafung der Beamten, die sich Wahlmißbräuche zu schulden kommen ließen. Der Block wird dahin wirken, daß die volle Freiheit bei den Wahlen gesichert werde.

Verschärfung des Eisenbahnerstreiks in Deutschland.

Schlichtungsverhandlungen.

Berlin, 14. März. Der Schiedsspruch über den Lohn- und Arbeitszeitkonflikt bei der Reichsbahngesellschaft ist, wie der „Vorwärts" meldet, mit der Stimme des Vorsitzenden gegen die Stimmen der Arbeitnehmer-Beisitzer gefällt worden. Die Gewerkschaften haben bereits heute zu dem Schiedsspruch Stellung genommen.

Einsetzung der technischen Nothilfe.

Im Eisenbahnerstreik ist eine Verschärfung eingetreten. Im Reichsarbeitsministerium hatten gestern, wie gemeldet, Verhandlungen beider Parteien vor dem Schlichter stattgefunden. Hierbei war auf seiten der Gewerkschaftsführer im Interesse der loyalen Weiterführung der Verhandlungen zugesagt worden, den Streik nicht weiter auszudehnen. Trotzdem sind noch gestern abend in Berlin weitere Stillegungen erfolgt. Hiervon wurden besonders der Potsdamer Bahnhof und das Betriebswerk Rummelsburg getroffen, so daß sich die Bahnverwaltung genötigt sah, heute auf dem Bahnhof Rummelsburg 50 technische Nothelfer einzusetzen. Die Zahl der streikenden Arbeiter ist in Berlin um 1273 auf 2465 gestiegen. Die Zahl der Streikenden beträgt damit im gesamten Gebiet der Deutschen Reichsbahngesellschaft ca. 10 000, das sind 2,3 Prozent der Eisenbahnarbeiterschaft, gegenüber 1,9 Prozent am gestrigen Tage.

In anderen Eisenbahnbezirken ist bisher keine Veränderung der Lage eingetreten. Gegenüber Meldungen eines Berliner Mittagsblattes wird von zuständiger Seite erklärt, daß kein Beamter die Arbeit verweigert hat, und daß deshalb nirgends Beamtenentlassungen vorgenommen worden sind. Den streikenden Arbeitern ist gemäß den Bestimmungen bei der Deutschen Reichsbahn gekündigt worden.

Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit: Im Berliner Bezirk hat sich die Streikbasis trotz gegenteiliger Zusicherung der Gewerkschaften dadurch vergrößert, daß nunmehr an einzelnen Stellen auch in den Bahnmeistereien und Bahnbetriebswerken Arbeiter in den Streik getreten sind. Die Zahl der streikenden Arbeiter beträgt zurzeit etwa 1500. In Spandau ist entgegen anderslautenden Meldungen technische Nothilfe bisher nicht eingesetzt worden. Betrieb und Verkehr werden nach wie vor ohne Einschränkung durchgeführt.

Eine neue deutsche Erfindung.

Sieg über die Dunkelheit.

Von Alex Binder.

Im Herrenhaus hielt der deutsche Ingenieur Edgar Steinberg vorgestern einen Vortrag über die von ihm erfundene neue Bogenlampe, die sich an jede Lichtleitung anschalten läßt und die nach allen Seiten schwenkbar ist.

Man stelle sich vor: der Amateur, dessen Leidenschaft die Photographie geworden ist, möchte in seinem Arbeitszimmer eine Aufnahme machen. Aber Lampen anschaffen kann er nicht — sie sind nicht nur sehr teuer, sondern auch kompliziert, und er hat den einfachen Stadtstrom, an den sich die großen Lampen nicht anschalten lassen. Er muß entsagen. Bis gestern mußte er es tun. Heute nicht mehr.

Oder, man stelle sich vor: Gerichtssaal, ein großer Prozeß. Die Photographen der Presse, der illustrierten Blätter versuchen einige Szenen festzuhalten. Es geht schwer, fast gar nicht. Der Raum ist groß, das Blitzlicht vermag es nicht auszuleuchten oder darf nicht angewendet werden. Auch sie mußten entsagen. Bis gestern. Heute nicht mehr.

Oder — es ist irgendwo ein schweres Verbrechen geschehen. Ein Mord. Die Polizei bedarf Bilder, die das Mordzimmer genau so festhalten, wie es aufgefunden wurde. Bis heute war das fast unmöglich. Heute ist es nicht mehr.

Ingenieur Steinberg hat eine neue Bogenlampe konstruiert, mit der man bisher für unmöglich gehaltene Aufgaben der Photographie nunmehr lösen kann. Ich habe mit dieser Lampe, die selbst bei Wechselstrom von 6 Ampère Stärke automatisch mit zwei Lichtbogen brennt, Aufnahmen mit Expositionszeiten von 2 Sekunden bis ¼ Sekunde gemacht, Aufnahmen, bei denen ich selbst befürchtete, auf die Platte nichts zu bekommen, waren aber zu meinem Erstaunen vollkommen durchexponiert. Aber nicht nur das: die Kohlen sind bei dieser Lampe in wenigen Sekunden auszuwechseln, die Lampen brennen in jeder Lage, sie können geschwenkt werden, wie man will, ohne daß der Lichtbogen abreißt. Keinem Beleuchtungstechniker der Welt ist es bis heute gelungen, eine solche Lampe zu konstruieren.

Es wäre grundfalsch zu glauben, daß diese Erfindung nur für die Berufsphotographen Interesse hat. Im Gegenteil — sie dient der Allgemeinheit. Sie ermöglicht z. B. Reparaturen in finsteren Schächten der Verkehrsanlagen mit einer absoluten Sicherheit, da die Bruchgefahren nicht so groß sind wie bei den bisherigen Halbwattlampen.

Machiavelli.

Von Dr. Hans v. Hentig (München).

Haß geht mit ihm durch die Geschichte. Haß derer, die ihn nie verstanden, und anderer, die ihm nahe waren. Haß, mit dem Verwandtes die Knechtschaft der Bewunderung abwirft. Und schlimmer als Haß verdunkelt Lob von Toren das Bild des großen Florentiners.

Wie eine Fahne war sein Name, die man heute jubelnd hißte, morgen in Fetzen riß. Clemens VII. erlaubte den Druck seiner Schriften. Paul IV. und das Konzil von Trient verboten und verfluchten die ketzerischsten aller Bücher. Als der Sturm der großen Revolution sich in Frankreich zusammenzog, war Machiavelli der verruchte Ratgeber aller Tyrannen. Aber schon in St. Justs Reden ist Machiavelli vom Gehirn des Fanatikers umgedeutet; unter Robespierres Diktatur beginnt er gewaffnet aus dem Grab der Verachtung hervorzusteigen. Unter dem Kaiser wächst er ins Riesengroße . . .

Ihre besten Köpfe hat die Kirche gegen Machiavelli angesetzt. In ihrer genialsten Kampforganisation aber lebt sein Geist, die ungeheure Summe seiner Menschenkenntnis, seiner Menschenverachtung und seines Wirklichkeitssinnes . . .

Friedrich, der Junge und Ehrgeizige, entzückte das aufgeklärte Europa mit seinem Antimacchiavell. Aber wie hatte er nach eigenem Wort in dieser schlimmsten aller Welten sich „encanaillieren" müssen, wie oft hatte er das preußische Staatsinteresse mit Machiavellis Augen gesehen und mit Machiavellis Mitteln verfochten, als er, ein müder Sieger, vor seinem heimlichen Einzug in Berlin im März 1763 seiner alten Freundin, „Mama" Camas, schrieb: „Mich werden Sie gealtert und fast schwachsinnig geworden finden, grau wie meine Esel, alle Tage einen Zahn verlierend, durch die Gicht halb invalide."

Man hat gegen Machiavelli den Vorwurf erhoben, er habe den Katechismus des Usurpatoren geschrieben. Vergeblich wird man diesen unergründlichen Geist im politischen Gedränge unserer Tage für sich zu gewinnen suchen. Denn nicht im Werk über den Staat oder in der Florentinischen Geschichte — die man jetzt in der neu erschienenen sauberen fünfbändigen Machiavelli-Ausgabe des Verlags von Georg Müller, München, nachlesen mag —, sondern mitten im „Principe" steht jene seltsame Erörterung, daß die Sprichwörter lügen, die das Volk wankelmütig nennen. Ich sage seltsam deshalb, weil in der Renaissance weder die Schönheit der Landschaft noch das soziologische Phänomen der Masse entdeckt war. Das Volk ist immer treu, sagt Machiavelli, daß man nicht gerade in den Abgrund führt: es ist treu, wenn man, mit dem Fetisch der Obrigkeit und des Rechts bewaffnet, sich an seine Spitze stellt; treu vor allem dann, wenn der Fürst in der Stunde der Gefahr dem Volke selbst die Treue hält.

Machiavelli hat das große Problem, das unsere Tage aufwühlt, deutlich empfunden: es war sein Glaubenssatz, daß die Zwecke des Volkes moralischer seien als die des popolo grasso. Aber er war nicht einseitig genug, nicht auch den Cäsarenwahnsinn der Masse zu fürchten, die keine Rücksicht und keine Furcht mehr zügelt. Wie aber will man das Machtgefühl der Massen gleichzeitig entzünden und dämpfen? Wie will man mit dem Eigentumsrecht am Staat Eigentümerpflichten geben und gleichzeitig mit hemmenden Regulatoren das Herrengefühl mindern und verletzen? Machiavelli war nicht Theoretiker genug, für diesen unentwirrbaren Konflikt eine Patentlösung vorzuschlagen, nur schien ihm die Geschichte den Beweis zu liefern, daß jedes Volk geheime Kraftreserven besitzt, Kräfte, die es nur in höchster und letzter Freiwilligkeit verschenkt. (Discorsi I, 58.)

In den Uffizien hängt ein Bild Machiavellis. Er sieht aus wie ein sehr kluger und ein sehr trauriger Mönch. Um die Lippen liegt es wie Ironie, aber diese Ironie ist kein Neid und keine Freude am Wehtun und keine innere Frechheit. Es ist nur ein Rest der brennenden Unruhe, die diesen größten aller Romanen verzehrt, die ihn in obszönen Briefen Erholung finden ließ und nach einem verspielten Tag, voller Flüche und Kneipendisput, sehnsuchtsvoll dem wundervollen Spiel seines Gehirns anheimfallen läßt. Er hat es in einem ergreifenden Brief beschrieben: da schüttelt er den gemeinen Tag von sich ab, tut seine alten Staatskleider an, und jetzt kommt die Erinnerung früherer glanzvoller Tage über ihn. Er hält beim Kerzenlicht Zwiesprache mit den großen Geistern des Altertums. Sie neigen sich zu ihm, und wenn er die Frage nach den Motiven ihrer Taten stellt, so geben sie dem totenblassen Manne mit den fieberglänzenden Augen Antwort, freundlich wie ihresgleichen.

Keiner weiß, ob nicht morgen jene überreichen Quellen geistiger Produktivität in dem unglücklichen Europa aufbrechen werden, deren Erscheinen die Ähnlichkeit unserer Zeit mit der Renaissance vervollständigen würden. Auch damals stand alles auf bebendem Grunde. Wie heute das große Rußland, so hing damals das Türkenreich als dunkle Wetterwolke am Horizonte. Das Mannweib, die virago, war das Ideal. Alle Sinne erwachten aus tiefem Schlaf zu neuen Erfahrungen. Wir kennen den wissenschaftlichen und künstlerischen Auftrieb der Renaissance; viel mehr noch ist die Renaissance eine körperliche und seelische Krise rätselhafter Art gewesen. Ein neuer Menschentyp, mit neuen Nerven, neuen Bewegungen, neuen Affekten, ja mit einer neuen Sprache brach in die Gedankenwelt und die zerbröckelnden Bindungen des Mittelalters ein. Unter diesem geistigen Erdrutsch mußten die alten politischen Gestaltungen ins Wanken geraten, nachdem tief unter der Oberfläche ein Umschmelzungsprozeß der sozialen Schichten vorangegangen war.

Wieder wankt die Welt auf den Schultern des Atlas. In Panik drängen die Menschen nach den Türen der Wirklichkeit. Die einen beschwören Geister; andere beten zur Göttin Gewalt. Zwischen beiden Abgründen führt Machiavellis Prophetengestalt. Besiegter und Sieger zugleich, sündhaft und rein, der Welt entsagend, die sein Gehirn erobert und unterworfen hat.

„Minna von Barnhelm" im Deutschen Theaterverein.

Wegen Umbaus bzw. Renovierung des großen Saales des Zoologischen Gartens hatte der Deutsche Theaterverein, der auf diesen Saal allein für seine Theateraufführungen angewiesen ist, in diesem Winter mit seiner eigentlichen Hauptaufgabe, der Vermittlung von Theaterkunst, noch nicht beginnen können und sich auf einige Aufführungen in mehreren Kleinstädten des ehemaligen Regierungsbezirks Posen beschränken müssen. Wie groß infolgedessen der Heißhunger der Posener Deutschen nach dramatischer Kost geworden ist, das konnte man an dem gestern bis auf den letzten Platz ausverkauften Hause ersehen, in dem Lessings „Minna von Barnhelm", nach dem Altmeister Goethe in seinen Gesprächen mit Eckermann das beste klassische Lustspiel, das bisher noch von keinem zweiten erreicht, geschweige denn übertroffen worden ist, eine fröhliche Auferstehung feierte. Die deutsche Theaterkunst, die ehedem auf vorbildlicher Höhe stand, ist heut in unserer Stadt Posen wie auch sonst im ehemaligen preußischen Teilgebiet ein Stief-, ein Waisenkind geworden, ohne eigenes Heim, ohne, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, berufsmäßige Schauspieler, so daß die Muse fast ausschließlich auf Dilettantenkräfte angewiesen ist. Diesen gebührt aufrichtiger Dank aller Volkskreise, daß sie Zeit und Geld opfern, um nach ihren Kräften deutsche Kultur wachzuhalten. In dem „nach ihren Kräften" soll beileibe keine Einschränkung der künstlerischen Darbietungen liegen, es soll damit nur gesagt sein, daß Berufsschauspieler naturgemäß darstellerisch routinierter sind, auch wenn, wovon die gestrige Aufführung wieder schöne Beweise erbrachte, der Dilettantismus sich weit über das übliche Niveau erhebt. Wenn wir auch gestern einige beliebte alte Kräfte — alt nicht an Jahren, sondern als ausübende Mitglieder des Theatervereins —

Dies und Das.

Etwas Entsetzliches ist passiert: die Mittelmächte befinden sich noch immer im Krieg mit — Panama. Selbstverständlich war auch dieser Staat seinerzeit für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen die deutsche Barbarei in den Krieg gezogen, ohne bis heute den Frieden ratifiziert zu haben. Schuld daran ist: die Zerstreutheit eines Beamten des Auswärtigen Amtes von Panama, der die Friedensurkunde in eine Schublade steckte und — vergaß. Beim Großreinemachen wurde sie jetzt erst entdeckt und dem Parlament vorgelegt. Aber wie dem auch sei: Panama kann sich rühmen, am ausdauerndsten gegen Deutschland im Felde gelegen zu haben.

*

Nun hat auch die Tschechoslowakei ihren Briefkastenkonflikt, insofern, als die in diesem Staate gelegene deutsche Stadt Teplitz keine Briefkästen mehr besitzt. Die beleidigte tschechoslowakische Postverwaltung entfernte nämlich alle Briefkästen zur Strafe aus dieser Stadt, alldieweil ein nächtlicher Wanderer an einem derselben die tschechoslowakischen Farben abkratzte und so die altösterreichischen Farben zu neuem Leben erweckte.

*

Unter dem Titel „Kopflose Verwaltung" bringt der Straßburger „Schliffstaan" eine „erschreckliche, aber wahrhafte Beschreibung und Abbildung der hochwohllöblichen Verwaltung, so dato im Elsaß regiert".

In der Erläuterung des Bildes heißt es: „Die Klagen über die Verwaltung verstummen nicht, im Gegenteil, sie mehren sich in dem Maße, als die Verwaltung assimiliert wird. Behördliche Benachrichtigungen, Formulare, Inschriften usw. werden jeder Vernunft zum Spott und den Regierungsversprechungen zum Trotz nur auf französisch ausgefertigt. Wer nicht französisch versteht, braucht nicht Eisenbahn zu fahren, nicht zu telegraphieren, nicht Prozeß zu führen usw. Nur Steuern darf er zahlen. Deshalb ist der Steuerzettel auch so gut zweisprachig. Wir haben die „elsässische" Verwaltung von heute konterfeien lassen. Man sieht sie, mit einer Gänsefeder bewaffnet, auf dem blinden, aber unsterblichen Amtsschimmel einherreiten. Den Kopf hat sie abgenommen, weil man bekanntlich ohne Kopf am besten verwalten kann. Schimmel und Verwaltung werden geführt von einem kleinen Spitz (in der Volkssprache Spitzel). Die Frau am Fenster ist das Elsaß. Es betet zum Himmel — wir brauchen gar nicht erst zu sagen, um was!

*

Im Jahre 1924 wanderten aus Deutschland rund 59 000 Deutsche nach Übersee aus. Davon etwa 35 400 über Hamburg, 21 500 über Bremen, der Rest über fremde Häfen. Die deutsche Überlandorswanderung ging im Jahre 1924 von etwa 45 000 Personen (1923) auf 6000 (1924) zurück.

*

Im dritten Vierteljahr 1924 sind, wie die Tabellen der Statistik erweisen, Eheschließungen und Geburten in Deutschland weiter zurückgegangen. So wurden im zweiten Vierteljahr 1924 in Preußen 74 715 Ehen geschlossen, im dritten 62 908. Im ersten Vierteljahr 1924 wurden in Preußen 211 770 Kinder geboren, im zweiten 204 273, im dritten 195 904.

Im Verhältnis zur Sterbeziffer, die zurückging, erhöhte sich der Geburtenüberschuß, der im ersten Vierteljahr 1924 7,22 ‰ betrug, im zweiten auf 8,57 ‰, im dritten auf 9,11 ‰.

*

Das internationale Arbeitsamt hat festgestellt, daß die in allen kriegführenden Staaten während des Krieges Mobilisierten 70 Millionen betrugen. Davon entfallen auf Rußland 15 070 000, auf Deutschland 13 250 000, auf Österreich 9 000 000, auf Frankreich 7 935 000, auf Großbritannien 5 704 000, auf Italien 5 615 000 und auf die Vereinigten Staaten 4 272 000.

Die Kriegsverluste an Getöteten und Verschollenen betrugen nach dieser Berechnung in Deutschland 2 000 000, in Rußland 1 700 000, in Österreich-Ungarn 1 542 000, in Frankreich 1 400 000, in Italien 750 000, in Großbritannien 744 000 und in den Vereinigten Staaten 68 000.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 14. März.

Bibelkursus für die Posener Frauenhilfen.

In dem Montag beginnenden Bibelkursus für die Frauen der Posener Frauenhilfen soll als Grundgedanke behandelt werden: „Christi Kreuz unsere Erlösung", und an den Abenden wird „Jesus auf dem Wege zum Kreuz" den Frauen die ewig gültige Erlösungstat wieder vor die Seele stellen. Der Plan ist, wie folgt, festgelegt:

Montag, 16. März, 5 Uhr: Begrüßungsansprache, Pastor Lic. Schneider; 5½ Uhr: „Sehnst Du Dich nach Erlösung", D. Blau; 8 Uhr: „Die entscheidende Wendung: Jesus auf dem Berge der Verklärung", Pastor Lic. Schneider. Dienstag, 17. d. Mts., 5 Uhr: „Vorchristliches Sehnen nach Erlösung", Superintendent Rhode; 8 Uhr: „Die Leidensankündigung an die Jünger", Geheimrat Hänisch. Donnerstag, 19. März, 5 Uhr: „Die durch Jesus geschaffene Erlösung", Pastor Sarowy; 8 Uhr: „Hohepriesterliches Gebet", Geheimrat Hänisch. Freitag, 20. März, 5 Uhr: „Erlöste Menschen", D. Staemmler; 8 Uhr: „Gethsemane", Pastor Schneider. Außerdem wird am 17., 18., 19. vorm. 11 Uhr je eine Bibelstunde von Pastor Schwerdtfeger-Tremessen gehalten werden. Die Mittwoch- und Donnerstagstunden mußten verlegt werden, weil am Mittwoch ein Vortragsabend von Herrn Generalsuperintendent D. Blau stattfindet. Etwa noch notwendig werdende Veränderungen werden den Teilnehmerinnen bekanntgegeben.

Die Walddanina.

Die zweite Rate der Walddanina ist in vier Terminen zu zahlen, und zwar war ein Viertel zu zahlen bis Ende Februar, das zweite Viertel ist im April, das dritte im Juni und das vierte im September zu zahlen.

Wann ist ein Eisenbahnplatz belegt?

Öfters gibt es unliebsame Auseinandersetzungen zwischen den Reisenden im Eisenbahnabteil wegen der Belegung von Plätzen. Es sei daher darauf aufmerksam gemacht, daß durch Hinlegen einer Zeitung oder eines Buches, sowie durch Niederlegen des Handgepäcks im Gepäcknetz ein Anspruch auf den darunter befindlichen Platz nicht erworben wird. Als besetzt gilt der Platz nur, wenn Handgepäck, Kleidungsstücke usw. auf den betreffenden Sitzplatz niedergelegt sind. Eine Ausnahme davon machen selbstverständlich solche Züge, in denen durch die Lösung von Platzkarten Sitzplätze belegt werden können. Neuerdings ist auch in der vierten Wagenklasse die Belegung von Plätzen gestattet. Dabei ist in gleicher Weise zu verfahren, wie in den übrigen Wagenklassen. Was die Mitnahme von Kindern betrifft, so haben solche, für die eine Kinderfahrkarte zum halben Preise gelöst ist, Anspruch auf einen Sitzplatz. Kinder, für die eine Beförderungsgebühr noch nicht erhoben wird, müssen dagegen bei Platzmangel auf den Schoß genommen werden.

s. **Ein Hygienischer Verein** ist in Posen gegründet worden als Zweig des Warschauer Vereins. In den Vorstand wurden gewählt die Professoren: Dr. Gantkowski, Dr. Pablewski und Dr. Adamski.

Deutscher Theaterverein Posen. Der Deutsche Theaterverein Posen beabsichtigt, am kommenden Sonnabend, dem 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, „Minna von Barnhelm" als Schüleraufführung zu wiederholen. Die Kosten einer solchen Veranstaltung sind jedoch zu hoch, als daß der Verein das Risiko derselben übernehmen könnte. Er bittet daher alle Schulvorstände in Stadt und Provinz und alle diejenigen, die ein Interesse an der Wiederholung der „Minna von Barnhelm" haben, sich die Eintrittskarten bis Donnerstag, den 19. d. Mts., spätestens zu besorgen, da sich die Vereinsleitung zu ihrem Bedauern gezwungen sehen würde, die Vorstellung abzusagen, wenn die Beteiligung bis zu dem genannten Tage zu gering sein sollte. Der Verein hat sich entgegenkommenderweise bereit erklärt, den Eintrittspreis für Schüler und Schülerinnen unter 18 Jahren um die Hälfte zu ermäßigen. Für Erwachsene bleiben die alten Preise bestehen, und zwar 4, 3 und 2 zł. Die Saalkarten werden von Montag ab im Konfitürengeschäft von Stoschek, św. Marcin Ecke ul. Gwarna, zu haben sein. Ebendort werden auch Beitrittserklärungen zum Deutschen Theaterverein Posen entgegengenommen. Diejenigen Mitglieder des Theatervereins, die ihre Vorzugsabschnitte 3 und 4 noch nicht eingelöst haben, können dieselben auch zu dieser Nachmittagsaufführung in Zahlung geben. Die Quittungen für das zweite Vierteljahr mit den Vorzugsabschnitten 5—8 werden Ende d. Mts. eingezogen werden. Außerdem wird bekanntgegeben, daß der Verein von jetzt ab alle Dienstage im kleinen Zimmer des Café Bristol sogenannte Leseabende abhält. Am kommenden Dienstag, abends 8 Uhr, sollen u. a. besprochen werden: die Schüleraufführung „Minna von Barnhelm", das Gastspiel in Czarnikau, ein event. Gastspiel in Bromberg, der „Fuhrmann Henschel" von Gerhart Hauptmann und der „Lebensschüler" von Ludwig Fulda. Alle Gönner und Freunde des Vereins, die sich am Spiel beteiligen, oder auf andere Weise den Verein unterstützen wollen, können an der Besprechung teilnehmen.

X **Der Herr „Marinekapitän".** Gestern wurde hier ein alter Schwindler mit einem neuen Trick verhaftet. Es handelt sich um den aus der Irrenanstalt Owinsk ausgebrochenen, 26jährigen Wladislaus Wierzchacz, der im vergangenen Jahre nach der Verübung größerer Zuckerschwindeleien der Irrenanstalt überwiesen worden war. Jetzt versuchte er auf andere Weise die Leute hineinzulegen, indem er sich in die Uniform eines Marinekapitäns warf, ein Auto mietete, natürlich ohne die Gebühren zu bezahlen, und Zuckerbestellungen auf falschen Namen entgegennahm, dabei aber sich Vorschüsse zahlen ließ. Bei ihm wurden noch falsche Stempel, gefälschte Pässe usw. beschlagnahmt.

X **Wieder einer Schwindlerin ins Garn gegangen** ist gestern nachmittag eine Bewohnerin des Hauses Zagorze 7. Bei ihr erschien eine Frau und bot ihr Zucker, Reis u. dgl. zu billigen Preisen an. Nachdem dies mit Erfolg geschehen war, zahlte die Käuferin der Schwindlerin 90 zł und machte sich mit ihr auf den Weg, um die angeblich im Hause ul. Wodna 25 (fr. Wasserstraße) lagernde Ware in Empfang zu nehmen. In dieser Straße gelang es der Schwindlerin, zu entkommen. Sie wird geschildert als 30 Jahre alt, mittelgroß, mit blassem Gesicht und schwarzem Haar; bekleidet war sie mit einem grauen Mantel, schwarzem Kleide, rundem schwarzen Hut und schwarzen Schuhen; sie führte eine größere Handtasche bei sich.

X **Die Feuerwehr** wurde gestern nacht gegen 2,40 Uhr nach dem Brauereigrundstück Glogauer Straße 15 zu einem Schornsteinbrande gerufen und konnte um 3,15 Uhr wieder abrücken. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

X **Diebstahl.** Aus dem Flur des Paderewski-Gymnasiums an der ul. Wyspiańskiego (fr. Hardenbergstraße) ist eine Pelerine im Werte von 42 zł gestohlen worden.

s. **Vom Wetter.** Heute, Sonnabend, früh waren 3 Gr. Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Sonntag,	den 15. 3.:	Evang. Verein Junger Männer: 6 Uhr Monatsversammlung.
Sonntag,	den 15. 3.:	Naturwissenschaftl. Verein: Ausflug Abf. 7,55 früh nach Moschin.
Montag,	den 16. 3.:	Kaufmännischer Verein: Generalversammlung.
Montag,	den 16. 3.:	Evang. Verein Junger Männer: 8 Uhr Blasen.
Montag,	den 16. 3.:	Stenogr.-Verein: 6½—8 Uhr: Kursus.
Dienstag,	den 17. 3.:	Bachverein: 7½ Uhr Probe (Herren 8½).
Dienstag,	den 17. 3.:	Evang. Verein Junger Männer: 7 Uhr Turnen.
Mittwoch,	den 18. 3.:	Gemischter Chor Wilda: Übungsstunde.
Mittwoch,	den 18. 3.:	Evang. Verein Junger Männer: 7—10 Uhr Probe.
Donnerstag,	den 19. 3.:	Evang. Verein Junger Männer: 8 Uhr Blasen.
Donnerstag,	den 19. 3.:	Stenogr.-Verein: 6½ Kursus.
Donnerstag,	den 19. 3.:	Historische Gesellschaft: Hauptversammlung.
Donnerstag,	den 19. 3.:	Polytechnische Gesellschaft: 8 Uhr Sitzung im Bristol.
Freitag,	den 20. 3.:	Evang. Verein Junger Männer: 7 Uhr Turnen.
Freitag,	den 20. 3.:	Verein Deutscher Sänger: 8 Uhr Übungsstunde.
Sonnabend,	den 21. 3.:	Evang. Verein Junger Männer: Wochenschlußandacht. Vorher Generalprobe im großen Saale.

Expressionismus und Kultur der Gegenwart. Über dieses Thema wird, wie bereits mitgeteilt wurde, heute abend 8 Uhr in der Turnhalle des Deutschen Gymnasiums Universitätsprofessor Dr. Hamann einen Lichtbildervortrag halten. Der Eintritt beträgt 2 zł. Die Ausführungen des besonders in Posen bekannten Gelehrten dürften allgemeinem Interesse begegnen, um so mehr, als es infolge der bekannten Einreiseschwierigkeiten seit

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Sonntag, 15. März.

Berlin, 505 Meter. Vorm. 9 Uhr Morgenfeier. 12 Uhr Vorträge. 3,30 Uhr nachm. Schwedische Märchen der Gegenwart, 4,30—6 Uhr Unterhaltungsmusik, abends 8,30 Uhr Tänze, Dirigent Dr. Wilhelm Buschkoeter.

Königswusterhausen, 2900 Meter. Vorm. 11.30 bis 12.50 Uhr Konzert. Programm: 1. Mozart: Trio Nr. 8 (B-dur), Haydn: Adagio aus dem Cellokonzert D-dur, 3. Brahms: a) Mädchenlied, b) Ständchen, c) Wiegenlied, d) Der Schmied, 4. Gust. Holländer: Adagio, Romanze, Beethoven: Menuett, 5. D'Albert: Arie aus „Amor und Psyche", Smetana: Endlich allein.

Breslau, 418 Meter. 9—10 Uhr vorm. Konzert des Breslauer Gesangs-Quartetts, abends 6—7 Uhr Unterhaltungskonzert des Bandonion-Orchesters.

Königsberg, 463 Meter. Nachm. 4.30 Uhr Unterhaltungskonzert, 8—9 Uhr abends Hermann Löns-Abend (Lautenlieder).

Leipzig, 454 Meter. 8,30 Uhr vorm. Orgelvortrag in der Universitätskirche, nachm. 4.30 Uhr Ernstes Konzert, abends 8,15 Gedenkfeier für die im Weltkriege Gefallenen (Deklamationen und Orchester).

Wien, 530 Meter. Vorm. 11—12.50 Orchesterkonzert des Volksoper-Orchesters, nachm. 4.10—6 Uhr Nachmittagskonzert, abends 8 Uhr Opernübertragung „Fidelio" von Beethoven.

Zürich, 515 Meter. Abends 8.15 Uhr **Schubert-Abend.**

Rundfunkprogramm für Montag, den 16. März.

Berlin, 505 Meter. Vorm. Nachrichten, nachm. 4.30—6 Uhr Unterhaltungsmusik, 7.30 abends Sendespielbühne **„Die Zauberflöte".**

Breslau, 418 Meter. Vorm. Nachrichten. Nachm. 5—6 Uhr Unterhaltungsmusik, 8,30 abends Solistenabend (Bach, Reger, Schumann, Liszt).

Königsberg, 463 Meter. Nachm. 4.30 bis 6 Uhr Unterhaltungskonzert, abends 8—10 „Deutsche Geschichte im deutschen Gedichte".

Leipzig, 454 Meter. 4.30—6 Uhr nachm. Konzert der Hauskapelle, 8.15 abends Konzert (Schubert-Lieder, Loewe-Balladen), Rezitationen aus eigenen Dichtungen (Johannes Cotta).

Rom, 426 Meter. Abends 8.30 Uhr Konzert.

Wien, 530 Meter. 5.10—6 Uhr Nachmittagskonzert, 8.30 Uhr abends **„Wallensteins Lager".**

Zürich, 515 Meter. Abends 8.30 Uhr **Konzert-Abend.**

---

auf den Brettern vermissen mußten, so konnte die stattliche Theatergemeinde doch auch recht schätzenswerte Kräfte aus einer benachbarten Kleinstadt begrüßen, die sich ihrer Aufgabe mit großem Geschick entledigten.

Das gilt vor allen Dingen von dem Darsteller des Majors von Tellheim, den er in allen seinen charakteristischen Zügen als preußischer Offizier von peinlichem Ehrgefühl, als warmherziger Freund seiner Untergebenen und als ungeschickter, durch Frauenlist leicht zu übertölpelnder Liebhaber nach der Idee des Dichters menschlich nahe brachte. Daß die Rolle seiner Minna von Barnhelm, des übermütigen Freifräuleins, das dem untreuen Liebhaber nachreist, bis sie ihn durch ihre Schelmereien richtig wieder einfängt, bei Frau Lina Starke vortrefflich aufgehoben war, ist ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, daß die geschätzte Künstlerin sich der Spielleitung mit großer künstlerischer Routine entledigte. Ihre Eideshelferin Franziska war eine ganz allerliebste nette Kammerjungfer mit so gediegenem Humor und einer solchen Zungenfertigkeit, daß schließlich auch ein anderer als der in „Amouren" doch immerhin unerfahrene Wachtmeister Paul Werner vor ihr hätte kapitulieren müssen. Dieser selbst war der alte Haudegen aus der großen Zeit des größten Preußenkönigs, seinem ehemaligen Vorgesetzten mehr Kamerad als Untergebener, mit dem er Freud und Leid ehrlich teilt, sogar sein Vermögen, um so mehr, weil er ihm zweimal seine Lebensrettung verdankt. Eben dieser Zug der „Treue um Treue" machte den wackeren Just in seiner biederen Derbheit und in seiner Pudeltreue zu einem wahren Kabinettstück seiner Charakterisierungskunst, die um so höher zu bewerten ist, als der Darsteller sich bisher unseres Wissens ausschließlich, allerdings ebenfalls stets mit bestem Erfolge, als jugendlicher Liebhaber versucht hat. Der Schleicher von Wirt, ein Typ, wie ihn auch nach den Erfahrungen der letzten Jahre die lange Kriegszeit hervorzubringen pflegt, mit seinem „Respekt vor der hohen Polizei", seinem Schmeicheln nach oben und Kratzen nach unten, seinem eingebildeten Schwerenötertum aus der Vergangenheit, wurde ebenfalls vortrefflich dargestellt. Ganz besonders gilt das auch von dem Riccaut de la Marlinière, diesem Offizier ohne Ehrbegriff, der sich nicht scheut, beim Spiel zu corriger la fortune — beileibe nicht zu mogeln —, der französisch wie Wasser parlierte und das „swere deutse Sprak radebrekte", daß es nur so eine Art hatte, und dafür über einen Hervorruf auf offener Szene dankend quittieren durfte. Erwähnen wir nun noch lobend die kleinen Episodenrollen der Dame in Trauer und des Musterbedienten, der seine Herrschaften so schnell wechselt, daß er sie nicht einmal beim Namen kennen lernt, so haben wir damit unserer kritischen Pflicht genügt. Erwähnt sei nur noch, daß, wenn die Ausstattung der Wirtsstube und des Zimmers der Minna auch etwas reichlich dürftig ausgefallen war, doch die Kostüme stilecht waren und der großen Zeit nach dem siebenjährigen Kriege entsprachen.

Durch die Wiederaufführung der „Minna von Barnhelm" für die reifere Jugend, die in der nächsten Zeit zu erwarten ist, wird der Theaterverein sich ein weiteres kulturelles Verdienst erwerben, für das ihm der Dank des Posener Deutschtums gleicherweise gebührt, wie für die gestrige erste Aufführung des Stückes vor den Hunderten von Erwachsenen. hb.

Bücher.

—* **Das Rotorschiff und seine physikalischen Grundlagen.** Von J. Ackeret, Dipl.-Ing., Abteilungsleiter an der Aerodynamischen Versuchsanstalt zu Göttingen. Mit 44 Abbildungen im Text und auf 7 Tafeln. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1925. Preis 1,80 M. ord. Zweite Auflage, 9—15. Tausend.

Wer das Flettner-Rotorschiff „Buckau" oder eine Abbildung davon gesehen hat, wird immer wieder den Kopf schütteln, wenn man ihm sagt, daß diese schlanken, mit rasender Geschwindigkeit sich drehenden Eisentürme die gleiche Kraftwirkung wie eine zehnmal so große Segelfläche haben. Fast alle bisher erschienenen Aufsätze und Veröffentlichungen über das Rotorschiff gaben nur eine sehr unklare, teilweise geradezu falsche Erklärung. Es ist darum dankenswert, daß einer der Nächstbeteiligten, Dipl.-Ing. Ackeret, der als Abteilungsleiter der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen die wissenschaftlichen Vorversuche geleitet und die Konstruktion der „Buckau" mit entworfen hat, nunmehr das Wort ergriffen hat. Er erklärt in einer anschaulichen, für jeden gebildeten Laien wirklich verständlichen Art die merkwürdige Kraft, die auf die Rotoren wirkt. Daß dabei auch in das Gesamtgebiet der Aerodynamik — ein Gebiet von noch unübersehbarer Bedeutung in praktischer Hinsicht — fesselnde Einblicke gewährt werden, wird der Leser ihm danken und hochbefriedigt das wirklich interessante Büchlein aus der Hand legen.

—* **Von der Faser zum Gewand.** Blick in die Verarbeitung der Textilrohstoffe. Von Hans Wolfgang Behm. Mit 37 Abbildungen und einem farbigen Umschlagebild. Preis geh. Gm. 1,20, geb. Gm. 2.—. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. — Wie entsteht unsere Kleidung? Eine scheinbar selbstverständliche Antwort auf diese Frage ist die: die Wolle oder Baumwolle wird veredelt, gesponnen, gefärbt usw. Wie aber alle diese Arbeitsgänge vor sich gehen, was alles dazu an Hand- und Maschinenarbeit notwendig ist, darüber hat sich wohl der geringste Teil der Verbraucher schon Gedanken gemacht. Und doch ist gerade dieser Zweig der Industrie auch für Laien von großem Interesse. Dieses Interesse zu befriedigen und zu wecken, hat der bekannte Schriftsteller Hans Wolfgang Behm unternommen durch Herausgabe eines Büchleins „Von der Faser zum Gewand", das in der Sammlung „Kosmosbändchen" erschienen ist. Das Büchlein beschreibt in den einzelnen Abteilungen den gesamten Werdegang und Weg zum Garn, Verarbeitung der Garne, Ausrüstung und Veredelung des Textilgewebes, vom Bleichen, Glanzsteigern, Färben und Bedrucken. Vom gleichen Verfasser ist früher das Büchlein erschienen „Von Kleidung und Geweben" (Entwicklung und Rohstoffe der menschlichen Kleidung). Das neue Bändchen ist wesentliche Ergänzung hierzu.

—* **Tierseele und Menschenseele.** Von Wilhelm Bölsche. Mit 7 Abbildungen im Text. Preis geh. Gm. 1.20, geb. Gm. 2.—. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. — Tierseelenkunde, Tierpsychologie ist heute eine Wissenschaft — so sagt der bekannte Schriftsteller und Naturwissenschaftler Wilhelm Bölsche in seinem soeben im Kosmos-Verlag (Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart) erschienenen Bändchen: Tierseele und Menschenseele. An Stelle der Schöpfernatur setzt auch sie unbefangen ein naturgesetzliches Werden, sieht statt Tagen ungeheure Zeiträume, glaubt an den Menschen aus mancherlei zunächst guten Gründen ihrer Nachbarwissenschaften als einen Sproß des Tierreichs selbst. Bölsche wirft die Frage auf: „Läßt denn wissenschaftliche Betrachtung von heute bei dem Tier überhaupt noch etwas „Geistiges" zu? Nun, ich denke wohl, obwohl es einige Tierforscher gibt, die unter Tierseelenkunde tatsächlich die Wissenschaft von der nicht vorhandenen Seele des Tieres verstehen möchten." Eingehend behandelt Bölsche in seinem neuesten Werke das Gesamtgebiet der Tierseelenkunde, er geht wieder an die alte Streitfrage, ob die Tiere tatsächlich Denkkraft besitzen oder nur instinktiv dahinleben. Zu diesem Zwecke schildert er die Versuche von Prof. Köhler auf der Teneriffastation an neun Schimpansen während des Krieges und gelangt dabei zu ganz überraschenden Ergebnissen. Das Buch ist ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege der Erkenntnis über die Grenzen zwischen Mensch und Tier.

Die polnischen Optanten in Deutschland.

Die Minderheitenpresse über die Rückwanderung.

Im „Dziennik Berlinski“ lesen wir den nachstehenden Artikel der ein sehr interessantes Stimmungsbild gibt über die Gedanken und Gefühle, die den in Deutschland lebenden polnischen Optanten innewohnen. Wir bringen zunächst den lehrreichen Artikel, dem das Schreiben der deutschen Behörden in deutscher Sprache an der Spitze beigefügt ist. Daran anschließend folgen die Bemerkungen der in Berlin erscheinenden polnischen Zeitung.

An die Optanten.

Der Polizeipräsident. Berlin-Schöneberg, 18. 2. 25.
Abteilung I. Gothaer Str. 19.

Da Sie gemäß Artikel 91 Absatz 4 des Vertrages von Versailles für die polnische Staatsangehörigkeit optiert haben, werden Sie gemäß Artikel 12 und Punkt VII des Schlußprotokolls des deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 30. August 1924 hiermit aufgefordert, das Gebiet des Deutschen Reiches bis spätestens zum 1. August 1925 zu verlassen.

Diese Aufforderung erstreckt sich zugleich auf: — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Sollten Sie die Verpflichtung, das Deutsche Reichsgebiet während der vorbezeichneten Frist zu verlassen, nicht erfüllen, so haben Sie zu gewärtigen, daß Sie an die Grenze gebracht und den polnischen Behörden übergeben werden.

Das Recht, Sie zum Verlassen des deutschen Reichsgebiets aufzufordern, wird deshalb geltend gemacht, weil die polnischen Behörden deutschen Optanten in Polen die Abwanderungsaufforderung bereits zugestellt haben.

J. A.:
(Unterschrift.)

An
Herrn N. N.
in Berlin.

(Gegen Empfangsbestätigung.)

Diesem Schreiben fügt der „Dziennik Berlinski“ hinzu: „Die Leser fragen zugleich, ob diese Maßnahme rechtsgültig ist und, wenn ja, ob den nach Polen rückwandernden Optanten Hilfe bezeigt werden wird.“

Ja, obige Maßnahme **ist rechtlich begründet und ergibt sich** aus der deutsch-polnischen Konvention über Staatsangehörigkeit und Option, die in Wien abgeschlossen wurde. Wir berichteten ausführlich über diese Konvention in Nummer 217 des „Dziennik Berlinski“. Wir erinnern daran, daß auf Grund dieser Konvention alle Personen, die sich im Gebiet der polnischen bzw. deutschen Republik befinden und für Deutschland oder Polen optierten, verpflichtet sind, ihren Wohnort aus Polen nach Deutschland oder umgekehrt zu verlegen. Die Frist für die Übersiedlung hängt davon ab, ob die betreffende Person ein Grundstück besitzt oder nicht. Personen, die keine Immobilien besitzen, — müssen das Gebiet Polens spätestens bis zum 1. August 1925 verlassen, die andern Optanten spätestens bis zum 1. Juli 1926. Personen, die sich nicht danach richten sollten, werden polnischer- oder deutscherseits zwangsweise entfernt.

Der letzte Abschnitt der obigen Maßnahme, der von uns hervorgehoben wurde hat nach unserer Ansicht keine rechtliche Begründung, da die polnischen wie die deutschen Maßnahmen sich auf die Vorschriften der oben erwähnten Konvention stützen, also nicht den Charakter einer Retorsion oder Anwendung der Gegenseitigkeit haben können. Der Zweck des letzten Abschnitts ist klar. Unwillkürlich wird nämlich die Unzufriedenheit über die zwangsweise Ausreise polnischer Optanten aus Deutschland nach Polen nicht gegen die ausweisenden deutschen Behörden, sondern gegen Polen gerichtet. Die Zahl der Polen, die aus Deutschland ausgewiesen werden sollen, übersteigt nicht 5000 (?), und die Zahl der Deutschen aus Polen beträgt nicht weniger als 30 000. Diese Deutschen haben keine Lust, aus Polen zu reisen, und möchten gern noch etwas abhandeln. Die Unzufriedenheit der polnischen Optanten wäre ihnen sehr bequem. Das muß man wohl verstehen.

Unsere für Polen optierenden Optanten schreiben an uns, daß die polnischen Optanten mit Befriedigung nach Polen zurückkehren würden, wenn sie wüßten, daß sie dort Arbeit, Wohnung und Hilfe finden. Da erinnern wir sie daran, daß wir mehrfach davon schrieben, daß sowohl die Regierung als auch der Sejm Polens wie auch die Bevölkerung sich sehr wohl klar sind über die Notwendigkeit, den Rückwanderern zu Hilfe zu kommen. Am 18. Februar beschloß die Emigrationskommission des Sejm folgenden Antrag:

„Der Sejm fordert die Regierung auf:

1. Zur unverzüglichen gesetzgebenden Regelung der sozialen Fürsorge und Staatshilfe für die polnischen Optanten aus Deutschland, damit ihnen alle erworbenen Rechte aus dem Titel der Sozialversicherungen restituiert werden.

2. Zur Assignierung genügender Kredite für den Bau von Arbeiterhäusern für die Rückwanderer, um ihnen gebührende Wohnungen im Lande mit unbedingtem Ausschluß des Barackensystems zu sichern.

3. Zum Abschluß einer besonderen Konvention mit Deutschland, die den polnischen Rückwanderern die Auszahlung jeglicher Versicherungsrenten nach der Rückkehr nach Polen garantiert.

4. Zur völligen und ungesäumten Ausübung des Polen auf Grund der Wiener Konvention in bezug auf deutsche Optanten zustehenden Rechtes.

5. Zur Einstellung einer entsprechenden ergiebigen Summe für die mit der Rückwanderung der Optanten verbundenen Kosten (Transport, soziale Fürsorge, Einwirtschaftung, Einrichtung der Arbeitsstätten) in das Budget für das Jahr 1925 und zur Gewährung weiterer Kredite im Nachtragsbudget nach Feststellung der Bedürfnisse auf diesem Gebiete.“

Die polnische Regierung bereitet, wie wir aus der polnischen Presse erfahren, im Sinne des obigen Antrages eine großzügige Aktion vor (**Lebensmittel, Kleidung, Arbeitsvermittlung, Wohnung u. dgl.**). Was also unsere Meinung betrifft, so halten wir für richtig, daß die polnischen Optanten, die eine solche Aufforderung erhielten, sich schnell um die Ausreise kümmern und sie nicht auf die letzte Stunde verschieben dürfen. Gleichzeitig teilen wir mit, daß in Posen seit drei Jahren für Angelegenheiten der Rückwanderung aus Deutschland ein Rückwanderungskomitee arbeitet, dessen Vorsitzender gegenwärtig der Wojewode Bninski ist.

Dieses Komitee bildete eine Kommission, die sich aus dem Vizevorsitzenden K. R. Mankowski, dem Geistlichen Prälaten Pradzynski und dem Direktor Lol. Winiewicz zusammensetzt. Diese Kommission hat die Posener Presse am 17. d. Mts. zu einer Konferenz eingeladen. Die anwesenden Vertreter beschlossen, die Aktion des Rückwandererkomitees zu unterstützen.

Eine Sammlung für Zwecke des Rückwanderungskomitees findet am Sonntag, dem 8. März, statt.

Wie daraus zu sehen ist, sind bereits alle maßgebenden Faktoren zum Empfang der ins Vaterland zurückkehrenden Volksgenossen organisiert.“

*

Dieser lehrreiche Artikel gibt doch ein wesentlich anderes Stimmungsbild, als die polnische Presse in Posen glauben machen will. Auf jeden Fall ist hervorzuheben, daß die Optanten sich in Sorge darüber befinden, wie ihre Lebensbedingungen sich hier gestalten werden. Deutlich sagt das polnische Blatt, dem man gewiß Deutschfreundlichkeit nicht wird vorwerfen können, „sie würden gern nach Polen ziehen, wenn sie genau wüßten, daß sie dort Arbeit, Wohnung und Hilfe finden“. Wir haben nicht die Absicht, mit besonders schwarzen Farben zu malen, das werden die aus Deutschland einwandernden Optanten bald selbst erfahren, wie es in der ersten Zeit um sie bestellt ist. Kann sein, daß die in Posen weilenden Komitees sich auch mit der sozialen Hilfe beschäftigen wollen und werden, daß ihre Arbeit Erfolge verspricht und sofort Hilfe bringt. Vorläufig haben wir nur von Resolutionen und schönen Worten gehört und auch davon Kenntnis genommen, daß man die Rückwanderer besonders festlich zu empfangen gedenkt. Der Westmarkenverein, die Ckazisten wollen einen schönen Empfangstag veranstalten . . .

Wir haben keine Veranlassung, die Sorgen der einwandernden Optanten zu vertiefen; aber wir möchten doch zu bedenken geben, daß der Staat sehr stark zu kämpfen hat, daß die wirtschaftliche Lage im Augenblick sehr schwierig ist und daß diese nicht so schnell zu bessern sein wird, weil immer noch die Hetze und die ewige Unfriedlichkeit einzelner Kreise, die Bürger, die besonnen an die Arbeit gehen wollen, nicht zur Ruhe kommen läßt. Darunter werden auch die heimkehrenden Optanten zu leiden haben, denn sie waren eine friedliche und versöhnliche Arbeit gewöhnt. Von der Lage in Oberschlesien wollen wir nicht reden, darüber spricht die dortige Presse ausführlich genug . . .

Wichtig ist aber eine Feststellung, die nämlich, daß die polnische Presse in Deutschland deutlich erklärt, daß diese Optantenaufforderung zu Recht erfolgt ist, weil sie dem Wiener Abkommen entspricht. Die polnische Presse in Deutschland stellt sich also in einen Gegensatz zur polnischen Presse in Polen, die noch bekanntlich vor einigen Tagen behauptet hat, daß die Aufforderung an die polnischen Optanten in Deutschland ein „Rechtsbruch“ und eine „Verletzung des Versailler Vertrages“ sei. Bekanntlich ist das noch das einzige Schlagwort, das in unseren Geistern hier in Posen herumspukt. Wichtig ist freilich die Feststellung, daß die deutsche Regierung erst dann die Aufforderung hat ergehen lassen, nachdem die polnische Regierung diese Aufforderung bereits versandt hatte. Es handelt sich zwar um keine Retorsionsmaßnahme, wie verschiedene polnische Blätter glauben machen wollen, sondern es handelt sich um eine Ausführung von Rechten, auf die Deutschland zwar verzichtet hätte, wenn Polen ebenfalls die Optanten in Ruhe gelassen hätte, auf die zu verzichten aber keine Veranlassung mehr besteht, nachdem polnischerseits die Aufforderungen bereits ergangen sind.

Ein Irrtum soll noch richtiggestellt werden. Das Blatt sagt, daß die Wiener Konvention die Optanten verpflichtet habe, gegenseitig das Land zu verlassen. Diese Behauptung ist falsch und unklar. Nicht die Optanten wurden verpflichtet, das Land zu verlassen, sondern den Regierungen wurde das Recht zugebilligt, die Optanten zum Verlassen des Landes gegenseitig aufzufordern. Das ist ein großer Unterschied. Es war dann nämlich die Möglichkeit gegeben, daß die Regierungen auf dem Wege von Konzessionen sich hätten einigen können, vorläufig von diesem Rechte keinen Gebrauch zu machen. Es hätte sich dadurch die mit so hohen Kosten verknüpfte Völkerwanderung ohne weiteres erübrigt. Die Stimmung in Polen, durch Ckazisten und „Kurjer“ so angefacht, hat die Regierung bestimmt, trotzdem von diesem Rechte Gebrauch zu machen, und darum mußte die deutsche Regierung auch so handeln. Das ist das Entscheidende, und das zu wissen ist auch den in Deutschland lebenden Optanten wichtig. Wenn sie einst Klage erheben, so mögen sie sich dann zum Westmarkenverein und zum „Kurjer Poznański“ bedanken gehen.

Dynamitanschlag im Kreise Adelnau.

Drei Personen tot, eine schwer verletzt.

Wie aus Kozlowo amtlich gemeldet wird, wurde dort am Donnerstag nachmittag 1½ Uhr das Wohnhaus des Eigentümers Johann Bajer durch einen Dynamitanschlag von unbekannter Seite in die Luft gesprengt. Dabei wurden die 75jährige Schwiegermutter Bajers, Jadwiga Banas, die 15jährige Rosalie Wieczorek und das 1½jährige Söhnchen Bajers, namens Ludwig, auf der Stelle getötet, während die Ehefrau Bajers schwer verletzt wurde. Nähere Einzelheiten stehen noch nicht fest; doch ist die Untersuchungsbehörde fieberhaft bemüht, Licht in das bisher noch völlig unklare Kapitalverbrechen zu bringen.

Optantengespräche.

Herr A.: Ich habe von meinem Starosten eine Erinnerung, Polen zu verlassen, zugestellt erhalten, trotzdem ich gar nicht optiert habe. Der Starost hat auf der Erinnerung die ersten Worte durchgestrichen und darüber geschrieben: „Da Sie nach Ihrer Aussage optiert haben, werden Sie aufgefordert, Polen bis zum 1. 8. d. Js. zu verlassen.“

Herr B.: Ich halte diese Erinnerung für Sie in keiner Weise für verpflichtend. Wenn Sie nicht optiert haben, sind Sie eben auch kein Optant und können demgemäß eine Erinnerung nicht erhalten. Ich würde Ihnen aber doch empfehlen, sich über die Zustellung bei dem Herrn Wojewoden über den Herrn Starosten zu beschweren, damit die Angelegenheit in Ordnung gebracht wird, weil Sie sonst Gefahr laufen, nach dem 1. 8. kurzerhand an die Grenze geführt zu werden und Ihnen dann vielleicht keine Gelegenheit mehr geboten wird, Ihr Recht zu suchen.

Blutrausch.

Eine Liebesgeschichte aus dem roten Rußland.

Von Gertrud von Brockdorff.

(17. Fortsetzung.)

Suwalkoff wandte sich ab, stieg die Treppe hinunter und schlug ziellos den Weg durch die Lubjanka ein, die zur Hälfte von den Automobilen und Motorrädern der „Außerordentlichen Kommission“ versperrt wurde. Die Luft war scharf und sehr klar. Eine grelle Sonne lag auf den Kuppeln der kleinen, rosa gestrichenen Kirche, die den Gebäuden der „Außerordentlichen“ gegenüberlag. Die Holzplanken vor den zersplitterten Schaufenstern der Geschäftsauslagen hatten lichte, goldbraune Tönungen. Es war, als ob die farbenfrohe Helligkeit des Wintertages sich bemühte, die Trostlosigkeit des Straßenbildes zu verwischen.

Suwalkoff blinzelte mit müden Augen in das grelle Licht. Er dachte an Irma Jenrichowna, an Dsershinski und an die junge Frau im schwarzen Schleier. Sein Leben schien ihm mit einem Male widersinnig und zwecklos.

War man darum als Mensch geboren worden, um seine Mitmenschen zu zerfleischen? Mußte man nicht aufstehen und die Faust ballen gegen eine Gewalt, die das ganze Dasein zu einer Sinnlosigkeit stempelte?

In Suwalkoffs grüblerischem Bauerngesichte stand wieder der Ausdruck einer hilflosen Sehnsucht.

Er ging langsam weiter. Plötzlich stockte er. An einer Straßenecke sah er Alexander Bolkonski stehen.

Alexander Gregorowitsch stand da in seiner gewöhnlichen, lässigen Haltung, die Hände tief in den Taschen seines Pelzmantels vergraben, und betrachtete das große Eckgebäude der „Außerordentlichen Kommission“, das Suwalkoff soeben verlassen hatte. Als er Suwalkoff bemerkte, griff er mit einer verbindlichen Bewegung an die Mütze und ging langsam auf die andere Straßenseite. Suwalkoff folgte ihm mit den Blicken. Er hatte den Eindruck, daß der Fürst heute sorgfältiger gekleidet wäre als an den vorhergehenden Tagen. Das Tuch seines Pelzmantels war gebürstet, und seine hohen Stiefel glänzten in der Sonne.

Suwalkoff dachte an Marja Petrowna und empfand mit einem Male wieder einen kalten und unversöhnlichen Haß gegen Alexander Bolkonski.

Dsershinskis Weisung fiel ihm ein.

„Ich müßte ihm nachgehen und jeden seiner Schritte ausspüren,“ dachte er.

Er war in diesem Augenblicke überzeugt, in Alexander Bolkonski den Attentäter vom Kleinen Wlasewski Pereulok vor sich zu sehen. Gleichzeitig erfüllte ihn plötzlich ein seltsamer Ehrgeiz, den er noch vor einer Stunde nicht begriffen hätte. Der Ehrgeiz, die Macht über einen Menschen in seiner Hand zu halten. Die Macht über diesen einen Menschen. Sein Gesicht verzerrte sich.

Plötzlich wurde es ihm klar, daß er, ohne es eigentlich zu wollen, hinter Alexander Bolkonski herging. Bolkonski ging sehr langsam, wie ein Mensch, der sich auf einem alltäglichem Spaziergange befindet und viel Zeit übrig hat.

Er ging die Lubjanka hinunter bis zum Lubjankaplatze, bog in eine Querstraße ein, durchschritt sie, tauchte in ein Gewirr von schmalen Nebenstraßen, deren zerschossene Fassaden von stattgehabten Straßenkämpfen erzählten, kaufte einem zerlumpten Manne, der wie ein ehemaliger Offizier aussah und mit Zeitungen handelte, ein paar Flugblätter ab, überflog sie, wechselte ein paar Worte mit dem Manne und ging, die zerknüllte Zeitung in die Tasche schiebend, langsam weiter.

Er sah sich nicht um.

Die gelassene, gleichmütige Art seines Gehens begann Suwalkoff zu erregen.

„Er muß es fühlen, daß ich hinter ihm bin,“ dachte er erbittert.

Er sah Bolkonski vor einer Speisewirtschaft dritten Grades stehen bleiben, die ausgehängte Speisekarte studieren und langsam eintreten.

Suwalkoff zog seine Uhr und ließ das Haus nicht aus den Augen. Durch die tiefe Nische einer Haustür verdeckt, wartete er auf Bolkonskis Rückkehr.

Als eine halbe Stunde vergangen war, wurde er unruhig. Die Moskauer Lokale niederen Grades waren meist ungeheizt, und die Gäste pflegten im Stehen einen Teller heißer Suppe hinunterzuschlürfen und den unwirtlichen Aufenthaltsort nach höchstens zehn Minuten wieder zu verlassen.

Suwalkoff spürte mit einem Male, daß er wütenden Hunger hatte.

„Ich werde hineingehen und mir einen Teller Suppe geben lassen,“ dachte er.

„Was kümmert's mich, ob ich Alexander Bolkonski begegne oder nicht?“ Er trat ein und blickte in der kleinen, eiskalten Gaststube suchend um sich. Die Gaststube war dämmerig, da man ein paar zerbrochene Fensterscheiben mit Brettern vernagelt hatte. Ein feiner, eisiger Luftzug strich durch die Spalten des Holzes.

Im Hintergrunde saßen zwei halb erfrorene und schläfrige Kutscher und ein hagerer Mensch mit intelligenten Zügen, der wie ein Student aussah, um eine dampfende Terrine mit Suppe. Die Terrine, mit einem bunten Bauernmuster bemalt, war von zahllosen Rissen und Sprüngen durchzogen. Neben ihr, auf der fleckigen Platte des Holztisches, lag ein kümmerliches schwarzes Brot.

Suwalkoff umfaßte alle diese Eindrücke mit einem einzigen Blicke. Er durchforschte jede Ecke des Zimmers, als erwartete er, Bolkonskis Gestalt unvermutet aus dem Erdboden auftauchen zu sehen.

Als er sich überzeugt hatte, daß Bolkonski sich nicht im Zimmer befand, setzte er sich ermüdet auf einen leeren Stuhl mit zersplitterter Lehne, der sich noch neben dem Tische befand.

Seine drei Tischgenossen erwiderten seinen Gruß, ohne die Blicke von ihren dampfenden Tellern zu erheben. Die beiden Droschkenkutscher aßen langsam und mit allen Zeichen äußerster Erschöpfung. Ihre blauroten Gesichter waren stumpf vor Müdigkeit. Ein hochgewachsenes Mädchen mit blauen Augen und ernsten, verschlossenen Zügen kam aus einem Nebenraume und schob Suwalkoff einen Teller hin.

Suwalkoff erkundigte sich, ob nicht soeben ein Herr dagewesen und wieder fortgegangen wäre.

Das Mädchen zog die Augenbrauen in die Höhe und schien über etwas nachzudenken.

Dann schüttelte es den Kopf.

„Nein — es wäre kein Herr dagewesen. Sie wüßte es bestimmt.“

(Fortsetzung folgt.)

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Ablauf der Anmeldefrist von Forderungen und Ansprüchen im Sinne der deutschen III. Steuernotverordnung.

Nach der deutschen III. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 müssen gewisse Aufwertungsansprüche angemeldet werden. Die Anmeldefrist läuft am 31. März 1925 ab.

Anmeldepflichtig sind:

1. Alle Forderungen aus Guthaben bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen.

Anmeldungs- und Aufwertungsstelle ist für Sparkassenforderungen in Preußen die Sparkasse.

Die Anmeldungen müssen die genaue Angabe der Sparkassenbuchnummer, dessen Ausstellungsdatum sowie die Höhe des Guthabens enthalten.

2. Gewisse Hypotheken und Pfandrechtsforderungen, und zwar diese nur dann, wenn abweichend von der allgemeinen Aufwertung der Gläubiger mehr als 15 Prozent verlangt oder der Schuldner weniger als 15 Prozent zahlen will.

Hierbei ist folgendes zu beachten. Grundsätzlich werden persönliche Forderungen, die durch Hypotheken, Schiffspfandrecht oder Bahnpfandrecht gesichert sind, mit 15 vom Hundert des Goldmarkbetrages aufgewertet. Der Gläubiger einer solchen Forderung kann jedoch eine höhere Aufwertung, und zwar nach den Grundsätzen über Treu und Glauben, gegebenenfalls bis zur vollen Höhe des Goldmarkwertes der Forderung fordern, wenn

1. die Forderung aus den Beziehungen zwischen unterhaltsberechtigten und unterhaltsverpflichteten Personen beruht;
2. die Forderung auf den Beziehungen aus der Auseinandersetzung unter Miterben, zwischen Erben und Pflichtteilsberechtigten unter geschiedenen Ehegatten oder unter Eltern und Kindern beruht, sofern der Gläubiger zum Kreise der Auseinandersetzungsbeteiligten oder ihrer Erben gehört;
3. es sich um eine Restkaufgeldforderung (Restkaufgeld für Erwerb des mit der Hypothek belasteten Grundstücks) handelt, die nach dem 31 Dezember 1918 begründet worden ist; dieses gilt auch dann, wenn die Restkaufforderung bei ihrer Begründung in eine Darlehnsforderung umgewandelt worden ist.

Zu betonen ist, daß es sich hierbei lediglich um das zwischen dem Gläubiger und dem persönlichen Schuldner bestehende Schuldverhältnis handelt, sei es, daß der persönliche Schuldner der ursprüngliche oder der durch Schuldübernahme bei dem Erwerb des Grundstücks an die Stelle des ursprünglichen Schuldners getretene neue Schuldner ist.

Zu berücksichtigen ist jedoch auch bei diesen persönlichen Forderungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Schuldners, ferner der Umstand, ob es sich um landwirtschaftliche, industrielle oder städtische Grundstücke handelt. Ebenso werden die Lasten, namentlich öffentlicher Art, die dem Grundbesitz auferlegt sind, bei Mietsgrundstücken auch die Verminderung ihres Ertrages durch die zum Schutze der Mieter ergangenen Bestimmungen Berücksichtigung finden müssen.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß das deutsche Kammergericht in einem Beschlusse vom 13. November 1924 (IX. Zivilsenat A. B. II 3224) die unbeschränkte Aufwertung aller persönlichen Forderungen für zulässig erklärt hat. Ob diese Entscheidung in Einklang zu bringen ist mit den oben wiedergegebenen Vorschriften der III. Steuernotverordnung, ist zweifelhaft. Jedenfalls kann den Gläubigern von durch Hypothek, Schiffspfandrecht oder Bahnpfandrecht gesicherten Forderungen nur geraten werden, in allen Fällen, in denen sie Ansprüche auf eine höhere Aufwertung zu haben glauben, bis zum 31. März 1925 die Anträge bei den zuständigen Aufwertungsstellen einzureichen.

Der Schuldner einer Hypotheken-, Grund- und Rentenschuld, einer Reallast, Pfandrechts an in dem Schiffsregister eingetragenen Schiffen und an Bahneinheiten kann in besonderen Fällen mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zur Abwendung einer großen Unbilligkeit eine Herabsetzung des normalen Aufwertungssatzes von 15 Prozent verlangen.

Zuständig ist als Aufwertungsstelle in diesen Fällen das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Grundbuch, Schiffsregister oder Bahngrundbuch geführt wird; im Falle einer Gesamtbelastung ist dasjenige Gericht, welches zuerst angegangen ist, auch für die Entscheidung über die Aufwertung der mitbelasteten Grundstücke, Schiffs- oder Bahneinheiten zuständig.

3. Für die Aufwertung von Ansprüchen aus Lebensversicherungen ist eine Anmeldung nicht vorgeschrieben. Auch bedürfen Kriegsanleihen keiner Anmeldung. Ferner unterliegen die übrigen Ansprüche aus Vermögensanlagen im Sinne des § 1 der III. Steuernotverordnung keiner Anmeldepflicht. Dies gilt im allgemeinen auch von Obligationen und Pfandbriefen.

Die Inhaber von Pfandbriefen, Kommunal- und Kleinbahnobligationen sowie die Gläubiger von Schiffsbeleihungs- und Hypothekenbanken, Stadt- und Landgesellschaften müssen, sofern ihre Stücke in den letzten Jahren gegen neuere umgetauscht sind, ihre Ansprüche auf Aufwertung bei der Schuldnerbank innerhalb derselben Anmeldefrist geltend machen.

Es ist zu betonen, daß die Forderungen und Ansprüche der obenbezeichneten Art nur in Deutschland anzumelden sind. Es besteht keine Verpflichtung nach Ansicht der deutschen sowie polnischen Regierung für deutsche Gläubiger, hier in Polen diese Forderungen und Ansprüche anzumelden.

Industrie.

⊙ **Die rumänische Holzindustrie** ist zurzeit vom Wetter sehr begünstigt. Im allgemeinen scheint es, daß die Konjunktur sich im neuen Jahre viel besser gestalten wird als 1924. Die Nachfrage ist bei zurückhaltendem Angebot erheblich reger. Allerdings werden die vom Auslande gebotenen Preisen noch als zu niedrig betrachtet. In den Häfen ging die Verladung den ganzen Winter über glatt vonstatten, so daß die mächtigen Holzbestände (ca. 25 000 Waggons), die bis zum November z. B. in Galatz aufgestapelt waren inzwischen fast vollständig versandt werden konnten. Eine Schweizer Firma hat in Siebenbürgen einen Geschäftsabschluß über einige 10 000 Kubikmeter Holzmaterial zu 36—37 sh (dem jetzigen Kurse nach 1675 Lei) franko Waggon Galatz gemacht. Von französischer Seite wurden bis zu 2200 Lei (11 Dollar) für Bauholz angeboten. Was die östlichen Märkte angeht, so erscheint hier die Lage noch nicht geklärt. Aus Alexandrien bietet man 42 sh fob, aus Griechenland 48—50 sh fob. Die Regierung bemüht sich, die Ausfuhr von Rohmaterial zu hemmen und dagegen den Export von bearbeitetem Material zu fördern, besonders was Eichenholz angeht. In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung der vom Handelsministerium eingesetzten Kommission wurden Richtlinien zur Regelung der Eichenholzausfuhr beraten und Maßnahmen getroffen, um die Menge des vorhandenen Materials, den Bedarf der weiterverarbeitenden Industrie und den sonstigen heimischen Bedarf zu ermitteln.

⊙ **Die polnische Bierproduktion** beträgt laut „Kurjer Polski" gegenwärtig nur 25 Prozent der Vorkriegsmenge.

Verkehr.

↗ **Der polnische Transporttarif** für Kohle war bekanntlich vor einigen Monaten für Entfernungen über 300 Kilometer bedeutend ermäßigt worden. Durch eine neuerliche Verfügung des Eisenbahnministeriums wird diese Vergünstigung jetzt nur noch bei Entfernungen über 400 Kilometer gewährt.

↗ **Die türkische Handelsflotte** ist nach amtlichen Angaben seit 1922 um 350 Fahrzeuge vergrößert worden, wovon allerdings die meisten alt gekauft wurden. Die Gesamttonnage beläuft sich gegenwärtig auf rund 560 000 Tonnen.

Von den Märkten.

Auf dem rumänischen Naphthamarkt sind die Preise für Petroleum und Rohnaphtha fest und weisen eine bemerkenswerte Verbesserung auf. Die Exportpreise sind für Leichtbenzin von 9,8 bzw. 11,8 auf 11 Lei loko Fabrik und 13,25 Lei fob Konstanza, für Schwerbenzin von 5,7 bzw. 7,7 auf 6,8 bzw. 8,8 Lei, für Gasöl von 1,7 bzw. 2,7 auf 1,85 bzw. 2,85 Lei gestiegen. Nur Brennöl ist im Preise gefallen, und zwar von 2,7 bzw. 3,7 auf 2,6 bzw. 3,6 Lei je Kilogramm. — Auf Grund einer Enquete, die im Anschluß an das schon vor einiger Zeit erwähnte Gesuch der Naphthaindustriellen von der Regierung veranstaltet wurde und bei der sich ergab, daß tatsächlich über den heimischen Bedarf hinaus 6000 Waggons Naphthaüberreste zur Verfügung stehen, hat das Ministerium die Ausfuhr von Naphthaüberresten jetzt prinzipiell genehmigt. Die Industriellen müssen sich aber verpflichten, den heimischen Bedarf auf jeden Fall zu decken. Der Preis für Naphthaüberreste, die an die dem Verkehrsministerium unterstehenden Unternehmungen zu liefern sind, wurde durch eine neuerliche Verfügung des Finanzministeriums mit Wirkung für das ganze Jahr 1925 auf 16 500 Lei je Waggon festgesetzt. Der Ministerrat hatte ursprünglich sogar 17 000 Lei bewilligen wollen. Die Naphthaproduzenten haben sich kürzlich an die Eisenbahnverwaltung gewandt, daß ihnen für die Lieferungen in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1924 20 000 statt 15 000 Lei je Waggon zugebilligt würden. Weiter ersuchen sie die Regierung um Zollnachlaß für die von den rumänischen Petroleumgesellschaften eingeführten Öltanks.

Holz. Posen, 11. März. Resultate der Holzlizitation der staatl. Oberförsterei Birnbaum: Kiefern 2. Kl. 24,63, 3. Kl. 18,67, 4. Kl. 12,75 für 1 Kubikmeter; Scheite 9,01, Brennholz Scheite 6,01, Knüppel 4, Äste 1. Kl. 2,01 für 1 Raummeter.

Flachs und Hanf. Warschau, 13. März. Auf dem Markte für Flachs und Hanf feste Preise infolge der schwierigen Anfuhr. Man notierte: Roher Flachs 1. Gattung 18—31, 2. Gattung 15—28, 3. Gattung 11—21; gehechelter Flachs 1. Gattung 38—43, 2. Gatt. 30—35, 3. Gatt. 24—30. Hanf 1. Sorte 25, 2. Sorte 20. Preise Złoty für 1 Pud = 16,38 Kg. franke Waggon Verladestation. Mandel an Leinsamen, ohne Transaktion.

Baumaterialien. Lemberg, 13. März. in Złoty: Ziegel 43,00 loko Ziegelei, 57,25 loko Waggon, Dachsteine 115,00 loko Fabrik, Kalk (holzgebrannt) 300, vom Kreisofen 260, Gips in Jutesäcken 290 loko Glimna, weißer Quarzsand 25 loko Lesienice, Betonschotter 55 loko Lesienice, Steinschotter 65 loko Lesienice, Cement 5 loko Fabrik plus Parität Szczakowo. Normalschienen 0,26—0,27 für 1 Kg. loko Lemberg.

Leder und Häute. Posen, 11. März. Sohlenleder in Hälften 4,80—5,25, gewöhnl. Croupons 7,25, schwarzes Sohlenleder Boxcalf 2.30 für 1 Fuß, Alaunleder 4,65 für 1 Kg., Lackleder 3 für 1 Fuß, II. 2,85, Schäfte 8,40—9,50 für 1 Kg., Glanzleder schwarz 7—7,25 für 1 Kg., braunes Glanzleder 7—7,25 für 1 Kg., Möbelleder 2,20 für 1 Kg. Tendenz stärker.

Wilna, 13. März. Engrospreise in Dollar: Rohleder leicht und schwer 3 für 16 Kg., Sohlenleder leicht und schwer 0,85 für 1 Kg., mittel 0,75, Chrom 1. Gattung 1,60 für 1 Quadratfuß, 2. Gattung 10 Proz billiger. Tendenz: gehalten.

Kolonialwaren. Warschau, 13. März. Großes Angebot von Reis neuer Ernte führte eine Erniedrigung der Preise herbei. Gattung Barmah II 0,50, Patna-Reis alte Ernte 1. Gattung 0,86, 2. Gattung 0,74 für 1 Kg. franko Waggon Warschau inkl. Umsatzsteuer.

Produkten. Krakau, 13. März. Marktweizen (72/74) 43—44, Roggen-Langstroh 5,50—6, Kurzstroh 4—4,50, gepreßt 4,50—5, Weizenmehl 50proz. Krakauer Bez. 64—65, amerik. 65,50—66, ungar. 65—66, Roggenmehl 65proz. Krakauer Bez. 52—53,60, 60proz. Krakauer Bezirk 54—55, 65proz. Posener Bezirk 55—56. Andere Notierungen unverändert. Tendenz für Roggen stärker.

Warschau, 13. März. Transaktionen an der Getreidebörse für 100 Kg. franko Verladestation: Kongr.-Roggen 693,5, g/I 118 f. holl. 33, 681 g/I 116 f. holl. garant. 33—32, Pommerscher 693,5 g/I 118 f. holl. 33, Kongr.-Brauereigerste 32¼, pommersche 33½, Posener 33, „Ligowo" 33, „Petkus" 33, Roggenkleie 19 franko Empfangsstation 20. Tendenz für Weizen stärker, für Roggen und Gerste ruhig, für Hafer schwach. Umsatz 190 Tonnen.

Wolle. Posen, 11. März. Wolle im Einkauf 1. Gatt., dicke engl. 170, 2. Gatt., dünne gekreuzte 190, 3. Gatt., dünne Reinwolle 210 zł, im Verkauf: 1. Gatt. 190, 2. Gatt. 210, 3. Gatt. 230 zł. Bei Lieferungen von Einheitswaggons 250 zł. Tendenz sehr schwach infolge größerer Transporte von Wolle aus Australien. Bedarf klein. Weiterhin ist ein Preisrückgang vorauszusehen.

Metalle. Berlin, 13. März. Für 1 Kilogr.: Elektrolytkupfer wire bears (100 Kilogr.) 137½, Originalhüttenweichblei 0.73½ bis 0,74½, Hüttenrohzink (im freien Verkehr) 0,70¾—0,71¾, Remelted-Plattenzink 0.63½—0.64½, Originalaluminium (in Blocks, Staben, gewalzt und gezogen 98—99proz.) 2.35—2.40, in Stäben gewalzt und gezogen 99proz. 2.45—2.50, Banka, Straits und Australzinn 5—5.10, Antimon Regulus 1.21—1.23, Reinnickel 98—99proz. 3.40 bis 3.50, Silber in Barren 0.900 94—95, Gold 28.15—28.30, Platin 15.25—15.75.

Edelmetalle. London, 13. März. Silber 31¹⁵/₁₆, bei term. Zustellung 31¾, Gold 86/4.

Geldwesen.

≡ **Österreichisch-ungarische Vorkriegsanleihen. Den Besitzern österreichisch-ungarischen Vorkriegsanleihen, die seinerzeit mit dem polnischen Nostrifizierungsstempel versehen worden sind, wird Gelegenheit geboten, ihre Stücke gegen 5proz. polnc. Konversionsanleihe umzutauschen. Die Frist zum Eintausch der Stücke, die in Warschau erfolgen muß, läuft bis zum 31. März 1925.**

Börsen.

≠ **Der Złoty am 13. März. Danzig:** Złoty 100.99—101.51. Ueberw. Warschau 100.74—101.26. **Berlin:** Ueberw. Warschau, Posen oder Kattowitz 80.42½—80.82½. **Paris:** Ueberw. Warschau 375.50, **London:** Ueberw. Warschau 24.85. **Wien:** Złoty 135.90, Ueberw. Warschau 136.50 **Prag:** Złoty 649.65 Ueberw. Warschau 650.75 bis 6 6 75. **Budapest:** Złoty 13 729—13 883. **Czernowitz:** Ueberw. Warschau 39.80. **Bukarest:** Ueberw. Warschau 39.85. **Riga:** Ueberw. Warschau 102.

≠ **Krakauer Börse vom 13. März.** (Amtlich.) Małopolski 0.32, Hipoteczny 0 60 Towan 0.31—0.34 Azot 0 30—0.32, Zieleniewski 13.75—13.90 Cegielski 0.56—0.59, Żegluga 0.10, Parowozy 0.63, Trzebinia żel. 0.56—0.58. Pocisk 1.10. Elektrownia 4.45—4.55 Tepege 1.4, Polska Nafta 0.55, Chodorów 4.50 4.60. Chybie 5.60 Sirug 0.65. — Nicht notierte Werte: Jaworzno (10) 12.75. Gazy zach. 3.10, Len 0.40, Lokomotywy 0.50.

≠ **Ostdevisen.** Berlin, 12. März. Freiverkehr. Kurse in Bill. Mk. für je 100 Einheiten. Auszahlung Warschau —.— G., —.— B., Bukarest —.— G., —.— B. Riga 80.50 G., 80.90 B., Reval —.— G., —.— B., Kowno 41.195 G., 41 405 B., Kattowitz —.— G., — — B., Posen 80.425 G., 80.825 B. — Noten: polnische 80.15 G., 80.95 B., lettische 80.00 G., 80.80 B., estnische 1.109 G., 1.121 G., litauische 41.09 G., 41.51 B.

≠ **Berliner Börse** vom 13. März. (Amtlich.) Helsingfors 10.558 bis 10.598 Wien 59.105—59.245, Prag 12.452—12.492, Budapest 5.815 bis 5.835 Sofia 3 06—3 07. Holland 167.64—168.06. Oslo 64.42 bis 64 58 Kopenhagen 75.86—76 04, Stockholm 113.04—113.32, London 20.095—20.145, Buenos Aires 1.656—1.660, Neuyork 4.195 bis 4.205 Belgien 21 22—21.28, Italien 17 02—17.06 Paris 21 58 bis 21.64, Schweiz 80.91—81.11, Spanien 59.58—59.72. Danzig 79.70 bis 79 90, Japan 1.713—1.717. Rio de Janeiro 0 462—0.464, Jugoslawien 6.74—6.76 Portugal 20.075—201.25, Riga 80.50—80.90, Athen 6.34—6.36 Konstantinopel 2.14—2 15.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mk. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	14. März	13. März
4% Posener Pfandbriefe (Vorkriegs-)	32.00—31.00	33.00
6proz Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	10.00	9.90
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	3.15	3.15
10 % Poż. Kolejowa	—.—	0.85
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	—.—	5.50
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	7.00	6.9 —7.00
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	11.60—11.50	11.30—11.50
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	3.90	—.—
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	3.25	—.—
Industrieaktien		
H. Cegielski I.—X. Em. f. 50 zł-Akt.	—.—	28.00
Centrala Rolników I.—VII. . . .	—.—	0.50
Centrala Skór I.—V. Em.	—.—	2.90
Cukrownia Zduny I.—III. Em. . .	60.00	—.—
Goplana I.—III. Em	9.25	—.—
C. Hartwig I.—VII. Em.	1.25	1 20—1.25
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em. .	5.50	—.—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em. . .	5.25	5.50 - 5.25
Młyn Ziemiański I.—II. Em. . .	—.—	2.15
Młynotwórnia I.—VI. Em. . . .	0.60	—.—
Płótno I.—III. Em.	0.35	—.—
Starogard. Mebl. Fabr. I.—II. Em.	—.—	0.50
„Unja" (vorm. Bentzki) I.—III. Em. (exkl. Kupon)	7.50	—.—
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em. . .	—.—	11.00—12.00
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	0.45	0.45
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	1.70	—.—

Tendenz: schwach.

≠ **Warschauer Börse vom 13. März.** Wertpapiere: 8proz staatl. Goldanleihe 1922 8,40, 10proz. Staatsbahnenanleihe 9,00 5proz. staatl. Konverf.-Anleihe 5,00, 4½proz. T. K. Z. bis 1914 28,85, 4½proz. T. K. Z. 1921 0,08, 4½proz. T. K. Z. 1922 0,04, 4½proz. T. K. Z. bis 1923 0,01, 4proz. T. K. Z. bis 1914 26,30, 4proz. T. K. Z. 1918 13,50, 8proz. T. K. Z. Pfandbriefe 1924 4,50, 5proz. Vorkriegspfandbriefe 1914 22,00, 5proz. Vorkriegspfandbriefe Warschau bis 1918 12,00, 5proz. Vorkriegspfandbriefe Warschau 1919 2,75, 5proz. Vorkriegspfandbriefe Warschau 1920 0,60, 5proz. Vorkriegspfandbriefe Warschau 1921 gestempelt 9,45, 5proz. Vorkriegspfandbriefe Warschau 1923 gestempelt 0,02, 4½proz. Vorkriegspfandbriefe Warschau 1914 19,85, 6proz. städtische Obligationen Warschau 1915/16 16,15, 6proz. städtische Obligationen Warschau 1917 6,40. Bankwerte: Bank Dyskontowy Warschau 8,85, Bank Handlowy Warschau 7,05, Bank dla Handlu i Przem. 1,10, Bank Przem. Lemberg 0,36, Bank Zachodni 2,22, Bank Ziemian Kred. Lemberg 2,10, Zw. Sp. Zarobk. Posen 12,50. Industriewerte: Cerata 0,55, Kijewski 0,27, Spieß i Syn 2,15, Wildt i Sp. 0,23. Chem Zgierz 1,00, Elektryczność Zagł. Dąbr. 1,05, Polski Tow. Elektr. 1,16, Brown Boveri 1,30, Siła i Światło 0,45, Chodorow 4,60, Czersk 0,62, Częstocice 2,15, Gosławice 2,25, Michałów 0,48, Cukru 3,70, Łazy 0,27, Warsz. Tow. Kop. Węgl. I—III 3,11, IV 3,00, Bracia Nobel 2,10, Cegielski 0,60, Pfitzner i Gamper 5,05, Lilpop 0,96, Modziejowski 5,15, Norblin 1,05, Ostrowiecki 7,50. Parowoz 0,64, Pocisk 1,38, Rutzki 2,11, Starachowice 2,21, Ursus 2,00, Vulkan 2,00, Konopie 0,70, Zawiercie 19,00, Żyrardow 12,20, Borkowski 1,70, Bracia Jabkowscy 0,22, Haberbusch i Schiele 7,10, Spiritus 2,60, Żeglugi 0,30, Majewski i Sp. 13,50, Pustelnik 1,50, Ćmielow 0,55.

≠ **Genfer Börse vom 13. März.** (Amtlich.) Neuyork 5,18⅝, London 24,81¾, Paris 26,60, Wien 73,12, Prag 15,41¼. Italien 21,01¼, Belgien 26,22½, Budapest 71,90, Sofia 3,80, Holland 207,15, Oslo 79,40, Kopenhagen 93,60, Stockholm 139,85, Spanien 73,65, Bukarest 2,53¾, Berlin 123½, Belgrad 8,35.

≠ **Wiener Börse vom 13. März.** (In 1000 Kronen.) Austr. Kol. Państw. 413, Kol. Lwów—Czern. 160,5, Potud. 53,1, Friag 50, Bank Hipot. 7,7, Małop. 4, Alpiny 385,1, Sierska 60,3, Silesia 13, Zieleniewski 195, Tepege 20—20,5, Krupp 190,9, Praskie Tow. Zel. 1960, Huta Poldi 915, Portl. Cement 815, Skoda 1440, Rima 148, Apollo 675, Fanto 192, Karpathy 143,5, Galicja 1205, Nafta 160, Lumen 7,6, Schodnica 192, Warsz. B. Dysk. 100, Mraznica 37—39.

≠ **Züricher Börse vom 13. März.** (Amtlich.) Neuyork 5,18⅝, London 24 82, Paris 26,63¾, Wien 73,15, Prag 15,40, Italien 21,03¾, Belgien 26,20, Budapest 71,85, Holland 207,25, Oslo 79,85, Kopenhagen 93,60, Stockholm 139,90, Spanien 73,67½, Bukarest 2,52, Berlin 123,35, Belgrad 8,34.

≠ **Danziger Börse vom 13. März.** (Amtlich.) Neuyork 5.2506 bis 5 27 9. London Scheck 25.21, Paris 27.05—27.20. Dollar 5.2369 bis 5.2632, Schweiz 101.39—101.91.

≠ **1 Gramm Feingold bei der Bank Polski für den 14. März 1925 — 3.4521 zł. (M. P. Nr. 60 vom 13. März 1925.)**

Warschauer Vorbörse vom 14. März.

Dollar 5.16½. Englisch Pfund 24.83. Schweizer Frank 99.95. Französischer Frank 26.64.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 14. März 1925.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

(Ohne Gewähr.)

Weizen	39.50—42.00	Buchweizen . . .	24.00—26.00
Roggen	32.50—33.50	Senf	40.00—42.00
Weizenmehl . . . . (65 % inkl. Säcke)	58.50—61.50	Weizenkleie	20.25
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	44.50—46.50	Roggenkleie	20.25
		Fabrikkartoffeln . .	4 70
		Hafer	28.50—29.50
Roggenmehl II. Sorte (65 % inkl. Säcke)	50.00	Seradella (neue) . .	13.00—16.00
		Blaue Lupinen . .	9.50—11.50
Braugerste	28.00—30.00	Gelbe Lupinen . . .	13.00—15.00
Felderbsen	21.00—24.00	Klee, roter . .	160.00—230.00
Viktoriaerbsen . . .	30.00—34.00	„ schwedischer .	100.00—130.00
Wicken	21.00—23.00	„ gelber . . .	60.00— 70.00
Peluschken	21.00—23.00	„ weißer . .	200.00—250.00
		„ ungereinigter	23.00— 28.00

Die Preise für Erbsen. Buchweizen. Senf, Seradella, Lupinen und Klee blieben unverändert. Kartoffeln an den Grenzstationen und Braugerste in gewählten Sorten über Notierung. — Tendenz: ruhig.

Dort kauft man für wenig Geld

TANI SKLEP

Inh.: Edmund Rychter, Poznań

1. ul. Wrocławska 15. Tel. 54-25.

2. ul. Wrocławska 14. Tel. 24-71.





Herren-
und Knaben-Anzüge, Paletots, Regenmäntel, Sportjoppen, Anzüge für Motorfahrer, Seidenwesten, Beinkleider, Reithosen **Jacketts, Smokings, Fracks.**

Stoffe
aus bekannten in- u. ausländisch. Fabriken, Tuche, Bostons, Kammgarne, Gabardine in allen Farben und Qualitäten, Futterstoffe, englische Cords, Manchester zu Wagenpolstern

Herren-
Anzüge nach Mass unter Leitung akademisch ausgebildeter Zuschneider bei billigster Preiskalkulation. Garantie für tadellosen Sitz. Hier zeigen wir, was wir leisten; bitte sich davon zu überzeugen.

Konkurrenzlose Preise!

Riesenauswahl! Besichtigung der Läden ohne Kaufzwang.

Religionswissenschaftl. Vorträge z. Zeitlage f. gebildete Laien,
gehalten von Generalsuperintendent **D. Blau**
im Evangelischen Vereinshause:
Die gegenwärtige geistige Lage und das Christentum.
Den 18. März 1925: — Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Bankerott der Kultur und das Christentum.
Den 25. März 1925: — Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Weltanschauungskrisis und das Christentum.
Den 28. März 1925: — Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der religiöse Zusammenbruch und das Christentum.
Eintrittskarten zu 1 zł für den Einzelvortrag, zu 2 zł für alle 3 Vorträge sind in der Evangel. Vereinsbuchhandlung und abends an der Saaltür zu haben. [4486
Landesverband für Innere Mission in Polen.
D. Staemmler, Geh. Konsistorialrat. **Kammel,** Pfarrer.

Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen
Ing.- u. Werkm.-Abtlg. f. allgem. u. landw. Maschinenb., Elektrot. Flugtechnik u. Eisenhochbau.

Pension
für 3 **Gymnasiasten,** gute, liebevolle Verpflegung, Zentralheizung, Badegelegenheit. **Ul. Matejki 40/41,** I. Etage links. 1. Eg. Kuchs. **Bernhardini.**

Heirat! Viele Herren des In- u. Ausland. in best. Position, Fabrikant., Beamte etc., wünsch. glückl. Heirat. Damen, a. ohne Vermögen, Auskunft diskret. Stabrey. Berlin 113, Stolpischestr 48.



Ausgewanderter strebs. junger Mann,
28 Jahre alt, von groß. stattl. Figur, der sich in Deutschland durch gangbares Geschäft eine sichere Existenz geschaffen hat, (Vater Besitzer dreier Häuser in Berlin) **sucht aus derselben Heimat,** liebevolles, tüchtiges, nicht ganz mittellos.
Mädchen kennen zu lernen, zwecks späterer Ehe.
Vermittlung von Verwandten angenehm. — Gefl. Zuschriften unt. **K. R. 39 postlagernd Berlin N 58.**

Villa, Obernigk, Vorort Breslau
beschlagnahmefr., bald beziehbar, 9 Zimmer aller Komfort, Zentralheizung, Nebengebäude mit Kutscherwohnung, Zier- und Obstgarten
zu verkaufen bei
Koschnik, Obernigk, Villenstraße 26.

Fenster-Glas
Ornament-, Kathedral-, Roh-, Draht, **Gartenglas,** Glaserkitt, **Spiegel,** Diamanten usw.
empfehlen
Polskie Biuro Sprzedaży Szkła, T. z ogr. por.
dawniej M. Fuss,
Poznań, Małe Garbary 7a. Tel. 28-63).

Holzkohle,
gebrannt aus frischem Kiefernholz, verkauft en gros u. en detail
Fa Drzewo Grodzisk T. z o. p.
Porażyn, pow. Grodzisk.

Spezialmaschinen zur automat. Anfertigung
von **Reißbrettstiften** (Marke „Fix") **Büronadeln, Heftklammern Heftstreifen, Rundkopfklammern** und **Eckenklammern, Matratzenfedern, Ketten** usw.
Autom. masch'n. Einrichtung zur Herstellung
von **Bügelverschlüssen für Bier-** und **Seltersflaschen,** sowie zum
Bedrucken von Porzellanknöpfen
zur Anfertigung der sogenannten
Kronenkorken-Verschlüsse
autom **Draht-, Richt- u Abschneidemaschinen, Radial-Bohrmaschin. Lochmaschinen, Hebellochstanzen, Blechscheren, Profileisenscheren, Stauch- u. Schweißmaschinen, Feldschmieden** u. a.
E.-K.-L.-Strohbinder
Rhein-Elbe Getreide- und **Grasmäher,** wie Deering Neu-Ideal.
Spezialfabrik Podlasly, Schimmang & Co. G.m.b.H., Berlin-Neukölln.
Vertreten durch:
A. Boening, Poznań, Jasna 1 II.

Pflüge ♦ Eggen ♦ Ackerschleifen
Federzahn-Kultivatoren
Drillmaschinen für Getreide und Rüben
Chilistreuer, zwei- und mehrreihig
Düngerstreumaschinen
Düngermühlen
Kartoffel-Sortier- u. Waschmaschinen
Kartoffel-Pflanzlochmaschinen
Hackmaschinen für Rüben und Getreide.
Grosses Lager von Ersatzteilen.

Związkowa Centrala Maszyn
Tow. Akc.
Poznań, ul. Wjazdowa 9.
Fernspr.: 2280 u. 2289. Telegr.: Comata Poznań.

Solider, strebs., größerer Landwirt,
30 Jahre alt, Witwer mit 3 Kindern, in einer Kleinstadt, Nähe Poznańs, sucht Damenbekanntschaft zwecks baldiger
Heirat.
Vermögen unbedingt nicht erforderlich. Offerten unter K. D. 4466 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Tausch
eines Optanten. Landwirtschaft 114 Morgen, mit Wiesen und Inventar, gute Gebäude, zu tauschen mit einem Optanten aus Deutschland.
Berta Rüdiger, Radusz,
p. Międzychód N. W.

Landwirtschaft,
Nähe Posen oder Bahnstation
zu pachten gesucht
Gefl. Zuschrift. unt. H. 4431 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Land zur Gärtnerei geeignet, **zu pachten gesucht.** Gefl. Zuschriften unt. 4432 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gebrannten Kalk
Stückkalk
sowie
Staubkalk
für Bau- und Düngezwecke, aus dem Kalkwerk Szarlej, Poln.-Oberschlesien
liefert durch die
Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft, Poznań 3
oder direkt
Generaldirektion der Grafen Henckel von Donnersmarck
Tarnowskie-Góry (Carlshof). **G.-Śląsk.**

Frühjahrs-Saison-Neuheit.
in kurzen Pelzjacken, Pelzkrawatten, Pelzschals, Pelzumhängen und Füchsen.
Große Auswahl in allen Arten Fellen
als Besatz für Kostüme und Kleider.
Sämtliche Kürschnerei-Arbeiten
sowie Reparaturen u. Aenderungen werden prompt und wunschgemäß ausgeführt.
Fertige auf Bestellung, laut neuesten **Modellen**
Damen- und Herren-Pelze an. Füchse u. Felle nehme zum Gerben u. Färben an.
Vom 16. bis 21. d. Mts. erteile 15% Rabatt.
J. Jagsz, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 3a. Aleje Marcinkowskiego 21.
Damenartikel- u. Pelzwaren-Geschäft. Telephon 3608

2—3000 Zł.
auf I. Hypothek eines Grundstückes gesucht. Gefl. Offerten unter 4500 an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Höchst seltenes Angebot:
Wir bieten in tadellosem Zustande, fast neu, folgende wissenschaftliche illustr. Werke antiquarisch gut gebunden an:
v. Schweiger-Lerchenfeld, Der Orient.
Salzmann, Im Sattel durch Zentralasien, geb.
Guerville, Das moderne Ägypten,
Cook, Die erste Südpolarnacht,
Dr. Lieven, Hurra-Bansai,
Landor, Auf verbotenen Wegen, Reiseabenteuer in Tibet,
Hamann, Die Reise ins Pharaonenland.
Versandbuchhandlung
Drukarnia Concordia Sp. Akc.
(früher Posener Buchdruckerei u Verlagsanstalt T. A.)
Poznań, Zwierzyniecka 3 (Tiergartenstr.)

längerer Zeit das erste Mal in einen der namhaftesten deutschen Gelehrten in Posen hören zu können

Palästrina-Konzert. Wir möchten nicht unterlassen noch einmal auf das Sonntag, den 15. März, mittags 12.15 Uhr in der Aula der Universität stattfindende Palästrina-Konzert hinzuweisen. Dieses Konzert, das die alten Kirchengesänge des Palästrina und Vittoria, der beiden berühmten Kirchenmusiker des 16. Jahrhunderts zu neuer Gestaltung bringt, steht unter der Leitung des Domchordirigenten, Geistlichen Dr. Gieburowski. Karten sind zum Preise von 5—1 Złoty bei „Par", ul. 27. Grudnia 18, und an der Kasse zu haben.

---

* **Bromberg**, 11. März. Unter dem Verdacht des Kindesmordes festgenommen wurde eine Marjanna Grzes, die sich hier unter dem Namen Wrzesz aufhielt. Am 8. Dezember wurde bei Słupcin, Kreis Bromberg, die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden, deren Sektion ergab, daß der Tod durch Erstickung eingetreten war. Die festgenommene Gr. hat eingestanden, daß das damals gefundene Kind ihr eigenes gewesen sei; sie bestreitet aber, es getötet zu haben.

s. **Bromberg**, 13. März. Über das Vermögen der Firma „Chemjatwór" T. z o. p. in Liquidation, ul. Toruńska 181, ist am 5. d. Mts. der Konkurs eröffnet und zum Verwalter der Kaufmann Maksymilian Lewandowski ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 5. April.

s. **Filehne**, 13. März. Über das Vermögen des Kaufmanns Jan Borowski ist am 10. d. Mts. der Konkurs eröffnet und zum Verwalter der Kaufmann Franciszek Wielebski ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 2. April.

s. **Gnesen**, 13. März. Der zum Ersten Bürgermeister gewählte Leon Barciszewski, vorher polnischer Konsul in Essen, wurde am 10. d. Mts. vom Wojewodschaftsrat Czapski, als Vertreter des Woiewoden, in sein Amt eingeführt.

* **Lissa i. P.**, 12. März. Gestern morgen 6 Uhr 40 Min. wurde im Abortgebäude am hiesigen Bahnhof die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. Es ist anzunehmen, daß das Kind von irgend einer Person auf dem Wege vom oder zum Bahnhof dorthin gelegt worden ist.

* **Mogilno**, 13 März. Selbstmord durch Ertrinken verübte dieser Tage im Goplosee der zuletzt in Czaganiec, Kreis Mogilno, wohnhaft gewesene 23jährige Max Dörr. Wie die Untersuchung ergab, ging D. bis zu 50 Zentimeter tief ins Wasser und schoß sich dann eine Kugel in den Kopf, worauf er, im Wasser zusammenbrechend, ertrank. Die Motive der Tat sind unbekannt. — Am 5. d. Mts. wurde auf dem hiesigen städtischen Friedhofe im Gebüsch versteckt die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden.

s. **Pleschen**, 13. März. In ihrer Generalversammlung am 9. d. Mts. hat die Firma Pleszewskie Młyny Parowe T. A. die Dividende für 1923/24 auf 1 Złoty für die 1000-Mark-Aktie festgesetzt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 3. März. Dem hier weilenden Boxer Kutmann wurden von einem Brillantenfälscher für 300 deutsche Mark Brillanten angeboten. Der Boxer kaufte die Brillanten, und als er kurz nachher wahrnahm, daß man ihn betrogen hatte, eilte er in dasselbe Haus zurück, in dem ihm die Brillantenschwindler die Steine verkauft [illegible] dort noch einen der Betrüger und wollte ihn festnehmen [illegible]. Mit einem Male kamen auch die zwei anderen Schwindler zum Vorschein und wollten ihren Mitarbeiter befreien. Sie stürzten sich auf Kutmann. Dieser übte nun sein Boxerhandwerk auf der Straße aus und hieb die drei Spitzbuben elend zusammen. Als die Betrüger sich einem so starken Gegner gegenüber sahen, flohen sie. Der dritte Schwindler wurde von Kutmann auf die Wache geführt. Dort stellte es sich heraus, daß es sich um einen gewissen Michael Koslowski handelt, der einer der gesuchten Brillantenschwindler ist.

Aus Ostdeutschland

* **Meseritz**, 10. März. Am Sonntag abend ereignete sich hier ein um so tragischeres Unglück, als um der Schonung eines Hundes willen ein Mensch sein Leben einbüßen mußte. Das aus der Richtung Schwerin (Warthe) kommende Auto des Bankdirektors Turobin aus Schwiebus, der in Begleitung seiner Frau und Tochter und seines Sohnes, der den Wagen lenkte, nach Schwiebus zurückfuhr, wollte etwa 1 Kilometer vor der Stadt einem über die Landstraße laufenden Hunde ausweichen, wobei der Hund trotzdem unter die Räder geriet, so daß der Führer die Gewalt über die Steuerung verlor und der Wagen mit voller Geschwindigkeit gegen einen Baum fuhr. Der hintere Teil der Karosserie wurde völlig abgerissen. Die Frau des Direktors war sofort tot; der Sohn erlitt schwere innerliche Verletzungen; der Direktor selbst kam mit leichten Verletzungen davon, während die Tochter vollkommen unversehrt blieb.



TEPPICHE
LÄUFER — DECKEN
BESTENS BEI
K. KUŻAJ
TEPPICHZENTRALE
WOŹNA 12

Die große Rede Chamberlains in Genf.

Gegen das Genfer Protokoll. — Kritik des Bundespaktes.

Unsere gestrigen Ausführungen über den Inhalt der Rede Chamberlains, die in einer Ablehnung des Genfer Protokolls und in starker Kritik des Völkerbundes gipfelte, sollen heute durch den wichtigsten folgenden Teil der Rede Chamberlains ergänzt werden.

Chamberlain führte unter anderem aus: Die Regierung Sr. Majestät hat mit größter Sorgfalt das Protokoll geprüft, das im letzten Oktober durch die Völkerbundsversammlung angenommen und den verschiedenen Regierungen vorgelegt wurde. Ich brauche nicht erst die Sympathien zu betonen, die das britische Reich für jeden Zweck aufgebracht hat, der imstande war, die Erhaltung des Friedens zu unterstützen. Schiedsgericht, Entwaffnung und Sicherheit sind die Themen des Protokolls, und in diesen Fragen hat das britische Reich stets, und zwar nicht durch Worte, sondern durch Taten, bewiesen, daß es der gleichen Ansicht ist wie die fünfte Völkerbundsversammlung.

Die Regierungen, die sich inzwischen in Großbritannien abgelöst haben, haben unter vollständiger Zustimmung der Dominions den Gedanken des Schiedsgerichts freundlichst aufgenommen, und zwar nicht nur in der Theorie, sondern sie haben auch in der Tat schon sehr oft davon Gebrauch gemacht. Sie haben sich nicht begnügt, die Entwaffnung zu predigen, sondern sie sind in der Anwendung so weit gegangen, als es ihre nationale Sicherheit gestattete. Sie haben mit allen Kräften beigetragen, den Völkerbund und das Haager Schiedsgericht zu schaffen und zu erhalten. **Wenn also die Ratgeber S. M. unüberwindliche Schwierigkeiten sehen, die sie verhindern, das Protokoll in seiner gegenwärtigen Fassung zu unterzeichnen, so geschicht dies nicht deswegen, weil sie die Zielsetzung des Protokolls etwa nicht teilen oder weil sie dem Prinzip des genannten Projekts feindlich gesinnt sind.** Ein Ziel kann an sich sehr wünschenswert sein, aber die Regierung S. M. glaubt nicht, daß das Protokoll in seiner gegenwärtigen Form die beste Art und Weise darstellt, um seinem Zweck zu entsprechen.

Chamberlain kritisiert dann den Gedanken des permanenten Schiedsgerichtshofes im Haag und den Entwaffnungsgedanken. Er kommt zum Schluß, indem er sagt: **Jeder weiß, daß der Völkerbund, so wie er jetzt besteht, keineswegs jener Völkerbund ist, der von den Urhebern des Paktes vorausgesehen ist. Sie haben zweifellos daran gedacht, die Mängel zu beseitigen, die daraus entstehen mußten, daß verschiedene Staaten nicht Mitglieder des Völkerbundes sind. Aber sie haben niemals vermuten können, daß unter jenen Staaten die mächtigsten Staaten der Welt sein könnten, und sie haben niemals vorausgesehen, daß Amerika dem Völkerbund nicht angehören könnte.**

Aber alles dies hat sich geändert, seitdem die größten wirtschaftlichen Mächte außerhalb des Bundes stehen. Die Anwendung der „Sanktionen" könne den Handel auf ungewohnte Wege bringen, ohne ihn dabei aufzuhalten.

Im weiteren Verfolg der Ausführungen spricht der Redner dann über den Fall des bewaffneten Eingreifens. Er sagt, daß es schwierig sei, festzustellen, wann der casus belli eingetreten sei, und wann der Moment des Eingreifens bzw. der Sanktionen gekommen wäre.

Chamberlain erklärte, daß in den meisten Fällen der **Umstand**, daß ein Staat als Angreifer erklärt wird, die moralischen Faktoren dieses Angreifers schädigen könnte. In anderen Fällen, nämlich bei Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, könnte aber auch das Gegenteil eintreten, denn der nationale Stolz, das Bewußtsein der eigenen Kraft, die Abneigung gegen ein obligatorisches Schiedsgericht, das Mißtrauen gegen den Völkerbund, dessen Mitglieder diese Staaten nicht sind, würde ihre nationale Kraft noch vermehren. Ohne ein System der Strafe werde der Völkerbund ebensowenig bestehen als eine bürgerliche Gesellschaft ohne Gericht und Polizei. Hierzu bemerke die Regierung Seiner Majestät, daß man, wenn man die Wahl zwischen der alten und der neuen Taktik hätte, man die alte vorziehen würde. Zweifellos, schloß Chamberlain, das Werk des Völkerbundes vollzieht sich wohltuend und fruchtbar. Die Vereinigten Staaten befolgen eine freundliche Reserve, und die Amerikaner haben privatim in vornehmer Weise das Werk des Bundes durch ihre Sympathie unterstützt. Man kann also billigerweise glauben, daß dieser glückliche Zustand andauern wird, aber es wäre sehr unvorsichtig, die Verpflichtungen zu vermehren, die bereits bestehen, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten zu nehmen, die in der Abwesenheit großer Staaten aus dem Verbande entstehen. Die wirtschaftlichen „Sanktionen" können, wenn sie gleich angewendet werden, in der Tat einen Staat, der sich nicht selbst versorgen kann, die größten Schwierigkeiten bereiten. Das ist die Waffe, die die Begründer des Paktes von Haus aus geschaffen haben. In ihren Augen ist dies eine Waffe, die nicht nur das Blutvergießen verhindert, sondern deren Anwendung verhältnismäßig leicht ist.

Die Aufstellung der Kandidaten für die Reichspräsidententenwahl in Deutschland.

Jarres, Marx, Hellpach, Braun, Thälmann.

Die obigen Namen bezeichnen Parteien, die sich um die Präsidentschaft in Deutschland bemühen. Die gestern angekündigte Kandidatur ist inzwischen zurückgezogen, und die Lage ist nach einer soeben aus Berlin eingetroffenen Meldung gegenwärtig wie folgt:

Berlin, 14. März, 11 Uhr vorm. Die hinter der Kandidatur Dr. Jarres stehenden Parteien und Verbände haben sich, wie mehrere Blätter melden, zu einem Reichsblock zusammengeschlossen, der die Leitung der Wahlbewgung in die Hand nehmen soll. In Berlin hat sich zur gemeinsamen Leitung der Wahlarbeiten für die Kandidatur Dr. Jarres ein führerparteilicher Ausschuß gebildet, dem außer den rechtsstehenden Parteien die vaterländischen Spitzenverbände angehören. Für Sonntag, den 22. März, ist von dem Ausschuß eine Massenkundgebung in Aussicht genommen. Dem „Lokalanzeiger" zufolge hat Dr. Jarres die Wahlkandidatur zum Reichspräsidenten nicht nur für den ersten, sondern auch für den zweitenWahlgang angenommen, falls ein solcher notwendig sein sollte.

Die Schwierigkeiten der preußischen Kabinettsbildung.

Marx verhandelt erneut.

Berlin, 14. März. Die Bildung des neuen Preußenkabinetts Dr. Marx stößt auf Schwierigkeiten. Im anderen Fall hätte Herr Dr. Marx nicht nötig, wieder die Vertreter der rechten Parteien für Freitag bzw. Sonnabend vormittag zu einer Aussprache zu bitten, nachdem die Stimmung der rechtsstehenden Kreise gegenüber Marx nach wie vor ablehnend bleibt. Donnerstag vormittag wurde in Zentrumskreisen die Lage bereits dahin beurteilt, daß der Kampf um die preußische Regierungsfrage so lange nicht entschieden werden könne, als bis die Reichspräsidentenfrage gelöst ist. Es besteht eine schwache Möglichkeit, ein Vertrauensvotum mit 1 bis 2 Stimmen Mehrheit für das neue Marx-Kabinett zustande zu bringen, wenn die Zentrumsabgeordneten Papen und Lönnartz in dieser Frage nicht gegen ihre Fraktion stimmen werden. Die Verhandlungen zwischen der Fraktion und den beiden Abgeordneten hierbei war bei Abgang dieses Berichtes noch nicht zu einer Entscheidung gebracht.

Vor einer großen Weltkonferenz mit Deutschland und Amerika.

Verhandlungsstockungen in Genf. — Dr. Benesch verteidigt.

London, 14. März, 10 Uhr vormittags. Der Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: In gut unterrichteten Völkerbundskreisen werde erwartet, daß das Schicksal Europas in den nächsten Monaten entschieden werde, nicht direkt durch den Völkerbund, sondern durch eine Weltkonferenz, welche die Vereinigten Staaten ebenso wie Deutschland einschließen werde.

Die gestrige Rede Chamberlains hat durch viele Absichten der französisch-orientierten Richtung der Völkerbundsratsteilnehmer einen dicken Strich gemacht. Dennoch fährt diese Richtung fort, das Genfer Protokoll mit allen Mitteln zu schützen, und namentlich der Vater dieses Werkes, Benesch, hatte die Aufgabe, das Protokoll zu verteidigen. Seine Rede endete mit dem Antrag, die britische Erklärung einer Kommission der nächsten Völkerbundsratssitzung zu überweisen.

Demnach beschließt die Versammlung jene Resolution, **wonach die Erklärungen des britischen Delegierten und der übrigen Ratsmitglieder zusammen mit allen etwaigen weiteren Erklärungen der Völkerbundsregierungen vor die kommende Völkerbundsversammlung im September zu verweisen und die beschlossenen Vorarbeiten zu vertagen sind, bis die Völkerbundsversammlung in der Frage eine Entscheidung gefällt hat.**

Chamberlain erklärte sich mit dieser Resolution einverstanden und unterstrich noch die große Bedeutung, die für England der Grundsatz des Schiedsgerichts und die Entwaffnungsfrage hat. Er fügte hinzu, daß er das Genfer Protokoll ablehnen müsse, weil seiner Meinung nach der Völkerbundspakt mehr dem Zweck entspricht, der im Schutz der Grundsätze des Völkerbundes besteht.

Die Danziger Frage in Genf.

Aus Genf kommt die Meldung, daß gestern nachmittag die Verhandlungen über den gesamten Danziger Fragenkomplex begonnen haben. **Es handelt sich also im wesentlichen um die Stellung der Stadt Danzig als Freistadt im internationalen Rechtssinne dieses Wortes. Aus dieser Eigenschaft der Stadt ergibt sich die weitere Behandlung der damit verbundenen Probleme, deren letztes ja der bekannte Briefkastenkrieg zwischen Danzig und Polen war.**

Die Verhandlungen dauern zurzeit an und sie werden von einem Teil der Presse sehr tendenziös beleuchtet.

Deutsches Reich.

Sozialdemokratische Wahlhoffnungen.

Berlin, 14. März. Nach der Mitteilung Hermann Müllers in der gestrigen Sitzung der Berliner Gewerkschaften rechnet die Sozialdemokratie doch ernstlich damit, daß ihr Kandidat Braun möglicherweise schon im ersten Wahlkampf eine, wenn auch geringe, Mehrheit erhält. Im anderen Falle bestehe die Gewißheit, daß Braun in die zweite Wahl kommt; die Partei hoffe auf den Übergang zahlreicher Wähler der anderen Parteien und der neue Zug nach links kündige sich auch in den bisherigen Ergebnissen der Berliner Betriebswahlen an.

Wieder deutsche Bahnüberwachung.

Köln 14. März. Auch die britischen Besatzungsbehörden haben die Kriminalüberwachungen im Eisenbahnverkehr an die deutschen Behörden zurückgegeben. Nur die inneren militärischen Kontrollposten bleiben bestehen.

Wachsende Teuerung in Wien.

Wien, 14. März. Die Entwicklung der Preisverhältnisse in Oesterreich, im besonderen in Wien, hat es nötig gemacht, daß die Regierung sich wieder wie zu Zeiten der Zwangswirtschaft um die Preise der Lebensmittel kümmert. Nachdem sie beim Brot mit Anklagen gegen die Direktionsmitglieder von Brotfabriken eingegriffen hat, beginnt sie jetzt mit Maßnahmen gegen die Fleischteuerung. In der Großmarkthalle wurde heute eine umfangreiche und strenge Ueberprüfung der Preise für Fleisch und Wurstwaren vorgenommen.

Jubiläumsfeier bei Krupp.

Essen a. Ruhr. 14. März. Bei der herkömmlichen Feier der Ehrung der Jubilare unter den Werksangehörigen der Firma Krupp äußerte sich Herr Krupp von Bohlen-Halbach sehr pessimistisch über die wirtschaftliche Lage und besonders die der Kruppschen Werke. Seine Rede kündigte u. a. weitere Einschränkungen von Werksbetrieben an, nachdem schon eine Reihe von Betrieben stark gekürzt werden mußte. Die Vorräte der Firma seien den ausländischen Gläubigern verpfändet als Sicherheit für deren Forderungen.

Schulstreit in Elsaß-Lothringen.

Herriots „Schulreform" in Elsaß-Lothringen zeigt recht unliebsame Wirkungen für ihren Urheber. Die Havas-Agentur meldet, daß am Montag, dem 16. März, die interkonfessionelle Schule, die schon in Mülhausen, Neubreisach und einigen anderen Orten besteht, auch in Kolmar eingeführt werden wird. Es wird dazu in dem Havasbericht halbamtlich bemerkt:

Es ist vielleicht nützlich, darauf hinzuweisen, daß der religiöse Schulunterricht für den Augenblick (diese Zeitbestimmung wird in der oppositionellen Presse durch den Druck hervorgehoben) in den Schulprogrammen weiter enthalten sein wird. Man wird diesen Unterricht durch dieselben Personen und mit einer gleichen Angahl Schulstunden wie in der konfessionellen Schule fortsetzen. Diese Einrichtung ist schon vielen Kolmarern vertraut, deren Kinder die beiden großen interkonfessionellen Elementarschulen, die sogenannten Mittelschulen, besuchen.

Der Schulstreit ist aber unterdessen um einen neuen Zwischenfall bereichert worden: Ein Pfarrer in Kolmar hat heute vormittag Kinder, die sich in die Schule begaben, aufgefordert, am 16. März in den Schulstreik zu treten; denn man wolle sie daran hindern, katholisch zu bleiben, und sie mit Juden und Protestanten vermischen. Man wolle das Kruzifix wegnehmen und sie an ihrer Liebe zu Gott hindern. Der Pfarrer empfahl den Kindern auch noch an, am Nachmittag eine schriftliche Zustimmung ihrer Eltern zum Schulstreik zu bringen. Zwischen dem Schuldirektor und dem Pfarrer kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung.

Heute nachmittag haben die elsässischen und lothringischen Abgeordneten, die dem Nationalen Block angehören, sich zu einer Beratung versammelt, über deren Verlauf Stillschweigen bewahrt und nur so viel gesagt wird, daß es sich dabei hauptsächlich um die Einführung der interkonfessionellen Schule in Straßburg und in Kolmar gedreht habe. Die Abgeordneten Brom, Bilger und Jourdain haben einen Ergänzungsantrag zu dem Weillschen Gesetzentwurf eingebracht. Sie verlangen, daß neben dem von der Regierung gemachten Zugeständnis, wonach die Schul- und Kirchendirektion in Straßburg bleiben soll, auch die Direktion der Arbeits- und Sozialversicherung in Straßburg (zur Beibehaltung der deutschen Einrichtungen) aufrecht erhalten bleiben müsse.

Aus anderen Ländern.

Aufhebungen aller Beschränkungen zwischen England und Deutschland.

Rotterdam, 13. März. Die „Evening Times" kündigen an, daß am 1. April sämtliche noch bestehenden Beschränkungen im Handelsverkehr und im Reiseverkehr zwischen Großbritanien und Deutschland zur Aufhebung kommen. Die Londoner Handelskammer sei bereits seit Tagen im Besitz der Anordnung des Handelsministeriums.

Englisches Urteil über die Leipziger Messe.

London, 14. März. Der Sonderberichterstatter der „Morning Post" auf der Leipziger Messe schreibt, die deutsche Industrie schreite rasch ihrer Genesung entgegen und bereite sich auf eine große Ausdehnung vor.

Noch nicht ratifiziert.

Washington, 14. März. Der Lausanner Vertrag zur Herstellung der normalen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei wurde vom Senat an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zurückverwiesen.

Senator Boray teilt mit, daß der Senat den englisch-amerikanischen Vertrag, der die Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada festsetzt, ratifiziert habe.

Vor den neuen Kämpfen in Marokko.

Zürich, 13. März. Der Corriere della Sera meldet aus Marseille die Einschiffung des zweiten französischen Kolonialregiments nach Nordafrika. Man spreche von einer schnellen Zunahme der Aufstandsbewegung.

Tanger, 12. März. (D. A. Z.) Die Häuptlinge der Dschabalcstämme sind von ihrem Besuch bei Abdel Krim zurückgekommen und haben eine große Versammlung ihrer Stämme für heute auf dem Heiligen Berg angesetzt. Man glaubt, daß Abdel Krims Feldzugsplan den Stämmen dort mitgeteilt werden und den Krieg gegen die Spanier in ein neues Stadium eintreten soll. (Bekanntlich hatten die Spanier kürzlich den Tod Abdel Krims gemeldet.)

Gegen Herriot.

Genf, 14. März. Wie der Pariser „Herald" meldet, trägt die Interpellation Bouillon gegen die Herriotsche Politik in der Kammer 28 Unterschriften. Die Interpellation verlange die Vorlegung des deutschen Sicherungsangebots, bevor eine Entschließung des Ministerrates erfolgen dürfe.

In kurzen Worten.

In Parabiago, einem Dorfe 18 Kilometer von Mailand entfernt, ist ein Brand ausgebrochen, der infolge des heftigen Sturms großen Umfang angenommen hat. Es wurden 30 Häuser von den Flammen erfaßt; den Bauern gelang es, ihre lebende Habe zu retten.

*

Nach einer Meldung aus Amsterdam ist die Gemahlin des Exkaisers, Hermine, nach Berlin gereist, wo sie einer Operation unterzogen werden muß.

*

In einer deutschen Parfümfabrik in Madrid erfolgte eine Explosion, wobei 7 Arbeiter getötet und 20 verwundet wurden.

*

Der König von England wird auf seiner Mittelmeefahrt, die er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit unternimmt, noch im März Malta besuchen.

*

Als Nachfolger des verstorbenen Freiherrn von Dalwigk wurde gestern in der Plenarsitzung der Landwirtschaftskammer Freiherr von Lüninck einstimmig zum Präsidenten der rheinischen Landwirtschaftskammer gewählt.

*

Die Rettungsstation Stolpmünde der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 11. März wurden von dem lettischen Motorsegler „Sophie Maria", Kapitän Krumin, gestrandet westlich der Mole von Stolpmünde, mit Papierholz von Riga nach Stolpmünde bestimmt, sieben Personen durch den Raketenapparat der Station Stolpmünde gerettet.

*

Auf der Provinzialstraße bei Benrath am Rhein geriet ein Auto, das einen Lastwagen überholte, auf die Schienen der Kleinbahn und wurde gegen einen Baum geschleudert. Der Führer und ein Insasse, ein Fabrikdirektor aus Düsseldorf, wurden schwer verletzt, der zweite Insasse blieb unverletzt.

*

Das Adriatische Meer wurde von einem heftigen Sturm heimgesucht. Bei Triest ging eine Schaluppe unter. Zwei Mann der Besatzung fanden den Tod in den Wellen. Bei Ankona ist ein Segelboot untergegangen. Dabei ist ein Mann ums Leben gekommen. Aus dem Lagunengebiet von Venedig werden ebenfalls heftige Stürme gemeldet.

Letzte Meldungen.

Was lange dauert —.

Washington, 14. März. Nach 20 Jahren der Erörterung hat der Senat den Vertrag ratifiziert, der die Souveränität Kubas über die Pine-Inseln anerkennt.

Erfolge der Kurden.

Zürich, 14. März. Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet: Charput Musch ist von den Kurden eingenommen. Die Wilajetshauptstadt Mamuret ul Aziz ist geplündert, d. h. auf gut türkisch: es ist alles tot, was da gelebt hat.

Zum Ruhm der holländischen Blumenzucht.

Amsterdam, 14. März. In Heemstede bei Harlem wurde heute die internationale Frühjahrs-Blumen-Ausstellung mit einer Rede des Ministers für innere Angelegenheiten und Landbau eröffnet. Die holländische Ausfuhr in Gärtnereierzeugnissen ist nach der amtlichen Statistik von 57 Millionen im Jahre 1923 auf 98 Millionen Gulden im abgelaufenen Jahre gestiegen und beträgt etwa 7 Prozent der Gesamtausfuhr.

Großer Schneefall in Berlin.

Berlin, 14. März. Seit gestern abend 9 Uhr schneit es in Berlin und Umgegend ununterbrochen. In den ersten Morgenstunden betrug die Schneehöhe 13 Zentimeter. Bei weiterem Anhalten des Schneefalls ist mit umfangreichen Verkehrsstörungen zu rechnen.

Die ägyptischen Parlamentswahlen.

Aus Kairo wird gemeldet, daß bei den Wahlen zum ägyptischen Parlament die Anhänger der Partei Zaglul Paschas bisher 97 Mandate, während die Gegner 98 Mandate erlangten. Das Ergebnis aus 11 Wahlbezirken steht noch aus.

Die heutige Ausgabe hat 16 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt", Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.